

Vorwort des Vorsitzenden der CSU

Als die Christlich-Soziale Union 1993 ihr fünftes Grundsatzprogramm beschlossen hat, war es auch eine Antwort auf die Deutsche Einheit und die damit verbundenen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und internationalen Entwicklungen. Die sich damals abzeichnende Globalisierung und die daraus resultierenden ökonomischen Veränderungen für unser Land werden deutlich skizziert.

„Wie Deutschland diese Herausforderungen in den nächsten Jahren politisch bewältigt, wird langfristig nicht nur über Rang und Rolle Deutschlands in der Welt, sondern über Wohlstand und soziale Sicherheit jedes einzelnen Bürgers entscheiden.“ Dieses Zitat aus dem damaligen Vorwort gilt ohne Abstriche auch für unsere heutige Zeit. Denn unser Grundsatzprogramm baut auf einem klaren Wertefundament auf. Das christliche Menschenbild und die christliche Werteorientierung sind nach wie vor unveränderte Grundlagen unserer Politik. Deshalb wurde bereits im damaligen Vorwort formuliert: „Die CSU hat keine Veranlassung, auch in einer Zeit des politischen und gesellschaftlichen Wandels in der Auseinandersetzung mit den geistigen Strömungen der Zeit Standort, Orientierung und Richtung ihrer Politik grundlegend zu verändern. Das vorliegende Grundsatzprogramm setzt Maßstäbe dafür, wie wir unvermeidliche Zielkonflikte etwa zwischen Ansprüchen des einzelnen und Mehrung des Wohlstandes und Sicherung der Umwelt, zwischen individueller Selbstverwirklichung und den Erfordernissen des Gemeinschaftslebens, zwischen tragbarer Eigenverantwortung und sozialer Sicherheit für alle lösen wollen.“

Das Grundsatzprogramm der CSU von 1993 war das Ergebnis einer breiten und offenen Diskussion. Charakteristisch für die CSU als lebendige Volkspartei ist, dass sie diese programmatische Diskussion kontinuierlich fortsetzt, um Antworten auf Fragen zu geben, die aufgrund der gesellschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Entwicklungen der vergangenen Dekade besondere Bedeutung erlangt haben:

Globalisierung und Europäisierung erhöhen enorm den Wettbewerbsdruck auf unsere Wirtschaft und auf unsere Arbeitsplätze. Hinzu kommt der demografische Wandel, der neben der verschärften ökonomischen Wettbewerbssituation den Druck auf unseren Sozialstaat steigert. Ferner ist die gesamte Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur einem beschleunigten Wandel unterworfen. Der feste, lebenslange Arbeitsplatz in einem Unternehmen ist selten geworden. Die Dienstleistungsgesellschaft verlangt mehr Flexibilität und mehr Mobilität. Für uns in Deutschland kommt schließlich noch etwas hinzu, was es in dieser Form nirgendwo sonst auf der Welt gibt: Der Aufbau der neuen Länder nach der langen Teilung unseres Vaterlandes.

All diese Herausforderungen müssen wir nun gleichzeitig bewältigen. Dadurch potenzieren sich die Probleme. Deshalb erwarten die Menschen von der CSU einen klaren Kurs und überzeugende Konzepte. Was wir brauchen, sind Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit, verbunden mit einem tatkräftigen Reformwillen. Damit wir bei den anstehenden Reformen nicht vom Kurs abkommen, haben wir als CSU einen Kompass: das christliche Menschenbild und die christliche Soziallehre.

Unser Grundsatzprogramm formuliert dies als Eckpunkte für unser politisches Handeln, die über tagesaktuelle Fragen hinaus Orientierung und Richtungsweisung geben. Das vorliegende Programm war und ist für die CSU deshalb ein unverzichtbares Rüstzeug zur Bewältigung der wichtigen Aufgaben, vor denen wir aktuell stehen. Darüber hinaus hat die Grundsatzkommission unter Leitung von Alois Glück in den letzten Jahren zu verschiedenen besonders wichtigen Fragestellungen grundsätzliche Positionen der CSU formuliert. Damit wird aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung getragen und die Position der CSU dazu präzisiert. Deshalb wird die Ihnen vorliegende Ausgabe des Grundsatzprogramms um diese grundlegenden Beschlussfassungen der CSU zu Fragen der Sozialen Marktwirtschaft, zum Lebensschutz, zum Umweltschutz und zur aktiven Bürgergesellschaft ergänzt.

Ich bin sicher: Selbstbewusstsein und Zuversicht auf Grundlage der deutschen Tugenden können die Basis für den Wiederaufstieg Deutschlands aus der heutigen Krise legen. Wir brauchen eine verstärkte emotionale Bindung an unser Land, die die derzeitige Einstellung zur Nation als bloßen Vertragspartner zur Interessenwahrung übersteigt. Der Satz „Ich liebe mein Land“ muss heute selbstverständlich unser politisches Handeln begleiten. Diese wichtige Aufgabe fordert permanent unseren vollen Einsatz mit Herz und Verstand. Als große Volkspartei trägt die CSU mit ihren Grundsätzen zu einem solchen Miteinander für die Zukunft unseres Landes bei!



Dr. Edmund Stoiber Vorsitzender der Christlich-Sozialen Union, Bayerischer Ministerpräsident

Vorwort des Generalsekretärs der CSU

Das auf klaren Werten beruhende Selbstverständnis hat die CSU zur erfolgreichsten Volkspartei in Europa gemacht. Die CSU ist mehr als eine Partei – sie ist Familie und geistige Heimat vieler Menschen in Bayern, unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft, Beruf und Familienstand. Das vorliegende Grundsatzprogramm ist Zeugnis dieser gemeinsamen Basis.

Mit ihrem Grundsatzprogramm hat die CSU im Jahr 1993 eine Orientierungshilfe für politisches Handeln in einem wiedervereinigten, größeren und freien Deutschland vorgelegt. Diesen Weg setzen wir mit der vorliegenden Neuauflage fort. Das Grundsatzprogramm nimmt dabei die Funktion eines Navigationssystems ein, das bei der politischen Arbeit behilflich sein kann. Es gibt Orientierung für die politische Arbeit über das Tagesgeschehen hinaus. Dabei bewahrt es eine zeitlose Gültigkeit, indem es auf den christlich-abendländischen Werten und den Wurzeln der europäischen Aufklärung beruht, die heute mehr denn je für den Zusammenhalt und die Zukunft unserer Gesellschaft von Bedeutung sind.

Auf der Grundlage dieses Programms steht die CSU auch für Modernität und Fortschritt. Wirtschaftliche Stärke durch verlässliche Rahmenbedingungen und Raum für Innovationen kennzeichnen Bayern ebenso wie Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit. Vorrang für Bildung, Forschung und Familie machen Bayern als Standort attraktiv. Die CSU schafft dafür die notwendigen Voraussetzungen.



Dr. Markus Söder Generalsekretär der Christlich-Sozialen Union

I. Orientierung im Wandel

In einer Zeit rascher gesellschaftlicher Veränderungen, eines allgemeinen Wertewandels und des vielfachen Umbruchs schöpft die CSU ihre Orientierung aus einer ungebrochenen Tradition. Die CSU will die gesellschaftliche und politische Entwicklung gestalten.

Dabei weiß sie, daß in einer differenzierten, von Wissenschaft und Technik bestimmten Welt mit komplizierten nationalen und internationalen Strukturen alle Probleme und Ziele auf vielfältige Weise miteinander verflochten sind. Deshalb kann es keine einfachen Lösungen geben. Vor jeder politischen Entscheidung müssen vielfältige und komplexe Zusammenhänge, Ursachen und Wirkungen bedacht werden.

1. Die CSU kann auf bewährten Grundsätzen aufbauen

Die Christlich-Soziale Union muß die Grundlagen ihres politischen Denkens und Handelns nicht korrigieren. Die politischen Leitideen von freiheitlichem Rechtsstaat und Sozialer Marktwirtschaft haben sich als überlegen erwiesen. Subsidiarität und Föderalismus waren für die CSU stets die unverzichtbaren Pfeiler einer freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung. In allen europäischen Ländern setzt sich die Erkenntnis durch, daß ein in Freiheit geeintes Europa nur auf der Grundlage dieser Bauelemente entstehen kann.

Mittelpunkt der Politik der CSU sind weiterhin der Mensch und seine Freiheit. Denn der Mensch ist nach dem christlichen Menschenbild zur Freiheit, zur Selbstverantwortung bestimmt. Er lebt in der Spannung zwischen Selbstbestimmung und Solidarität. Zur Verantwortung des Menschen gehört, daß er seine Freiheit nicht auf Kosten anderer auslebt, seine Interessen mit dem Gemeinwohl in Übereinstimmung bringt, sich seinen Mitmenschen verpflichtet weiß und solidarisch handelt. Der freie, in seinem Gewissen gebundene, selbst- und mitverantwortliche Bürger, nicht der Untertan und nicht der verantwortungslose Individualist, sind Maßstab unserer Politik. In dieser Wertgebundenheit will die CSU unsere freie und offene Gesellschaft gestalten.

Christliches Menschenbild, Selbstverantwortung in Solidarität und Subsidiarität als die Markenzeichen christlich-sozialer Politik sind als Grundlagen und Ordnungsprinzipien für Staat und Gesellschaft aktueller denn je.

2. Die CSU war für Bayern und Deutschland erfolgreich

Die Christlich-Soziale Union hat wesentlich mitgewirkt am Aufbau des demokratischen Rechtsstaates und an der Festigung unserer parlamentarischen Demokratie. Sie hat wie keine andere politische Kraft die föderative Ordnung verteidigt und die politischen Weichen mitgestellt für Wohlstand und soziale Sicherheit im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft.

Sie hat eine aktive und erfolgreiche Politik zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen durchgesetzt. Erfolge der von der CSU maßgeblich mitgestalteten Politik waren die Wiederaufnahme des deutschen Volkes in die Gemeinschaft der freien Völker, die Sicherung des Friedens im Rahmen des westlichen Bündnisses, die Wiedervereinigung Deutschlands und entscheidende Fortschritte auf dem Weg der wirtschaftlichen und politischen Einigung Europas. Dabei hat sich die Christlich Soziale Union stets entschieden eingesetzt für Freiheit und Selbstbestimmung der Völker und Volksgruppen als Grundlage einer gerechten und friedlichen Ordnung Europas und der Welt.

3. Die CSU wird die neuen Herausforderungen in Deutschland und der Welt meistern

Frieden und Freiheit für die Welt

Alle politischen und sozialen Heilsideologien endeten im Totalitarismus. Das Scheitern des Sozialismus ist kein Betriebsunfall der Geschichte. Der Sozialismus leugnet die Schwächen und Fehler des Menschen und versucht, sie politisch durch Zwang und Diktatur auszugleichen. Nach dem ideologischen Zusammenbruch des Kommunismus sind die Kräfte der Freiheit und Demokratie zu stärken und zu unterstützen.

Nach der Auflösung der sozialistischen Zwangsordnungen in Europa und dem politischen und wirtschaftlichen Untergang der Sowjetunion ist die Gefahr gewaltsamer nationaler Auseinandersetzungen größer geworden. Europa braucht eine neue Architektur der Zusammenarbeit und Sicherheit.

Es ist ein Gebot politischer Vernunft und eine moralische Pflicht, die befreiten Völker Mittel- und Osteuropas beim politischen und ökonomischen Systemwechsel zu unterstützen und ihre Einbeziehung in den europäischen Wirtschaftsraum nach Kräften zu fördern.

Mit der Auflösung der bipolaren Welt muß ein neues Gleichgewicht für Sicherheit und Zusammenarbeit in der Welt gefunden werden. Die UNO muß eine dauerhafte internationale Friedensordnung schaffen. Deutschland hat dazu einen angemessenen Beitrag zu leisten.

Die Nord-Süd-Problematik besteht mit ungeminderter Schärfe fort. Das krasse Wohlstandsgefälle zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern entlädt sich in Verteilungskonflikten und Wanderungsbewegungen, auch nach Deutschland. Es kann zu neuen regionalen Konflikten und zur Bildung neuer Terrorbewegungen führen. Sie gefährden die freiheitliche Demokratie. Der Abbau des Gefälles zwischen

arm und reich ist deshalb eine Aufgabe von nationalem Interesse und eine Herausforderung für die internationale Entwicklungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Einheit Europas in Partnerschaft

Mit der Geburt neuer Nationalstaaten in Europa wächst die Gefahr ethnischer Konflikte. Frieden, Freiheit und Menschenrechte sind untrennbar. Unser Einsatz für die Menschenrechte ist unteilbar. In diesem Sinne muß das Völkerrecht um das Recht der Volksgruppen auf Minderheitenschutz ergänzt werden.

Der Aufbau des gemeinsamen europäischen Marktes und die politische Union Europas sind eine große Zukunftschance, bedeuten aber auch neue Herausforderungen für die nationale Identität der Deutschen, für unsere föderative Ordnung und für traditionelle gesellschaftliche Strukturen.

Verantwortung für das Gemeinwohl

Die Wiedervereinigung Deutschlands war ein Sieg der Freiheit und des Selbstbestimmungsrechts. Die Erblast von Nationalsozialismus und Sozialismus in den neuen Ländern erfordert einen geistigen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Neuaufbau. Die geistige und gesellschaftliche Einigung Deutschlands wird die geschichtliche Bewährungsprobe für das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Solidarität aller Deutschen sein. Gesellschaftlicher Wandel, Traditionsverlust und gestiegene Mobilität gefährden die Verwurzelung in der Heimat und die Identitätsfindung. In einer Zeit wachsender Internationalisierung unseres Lebens ist es notwendig, bayerisches Lebensgefühl und bayerische Staatlichkeit zu stärken. Nur aus der kulturellen und landsmannschaftlichen Verwurzelung erwächst gefestigte Weltoffenheit.

Die politischen, geistigen und sozialen Umbrüche spiegeln sich in einem Wertewandel und der schwindenden Bereitschaft, Institutionen und überlieferte Ordnungen wie Familie, Kirche und Staat anzuerkennen. Die fortschreitende Individualisierung läßt gemeinsame Grundüberzeugungen verblassen und erschwert die Konsensbildung in der Gesellschaft.

Politik und Parteien haben an Integrationsfähigkeit und Glaubwürdigkeit verloren. Demokratie braucht aber glaubwürdige Mittler zwischen Bürger und Staat. Nur die Wiederherstellung des Vertrauens der Bürger in Politik und Parteien sichert die Demokratie.

Die aufkommende Scheu, dauerhafte Bindungen einzugehen und ehrenamtliche Aufgaben zu übernehmen, die wachsende Neigung, eigenen Sonderwünschen Vorrang vor übergeordneten Notwendigkeiten zu geben, erschweren die staatliche Durchsetzung des Gemeinwohls. Egoismus, Besitzstandsdenken und Intoleranz sind große Hindernisse für die Gestaltung der Zukunft Deutschlands.

Soziale Gerechtigkeit erfordert ein neues Gleichgewicht zwischen Individualität und Verantwortungsbereitschaft, zwischen Liberalität und Solidarität. Gestaltung des technischen und sozialen Wandels Umweltfragen werden künftig stärker als bisher die nationale und internationale Politik beschäftigen. Nationale Lösungen allein reichen nicht aus, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern. Die Soziale Marktwirtschaft muß verstärkt in den Dienst der Umwelt genommen werden. Dabei kommt der Entkoppelung von Wachstum und Umweltbelastung entscheidende Bedeutung zu.

Wissenschaft und Technik bestimmen zunehmend das Leben; das eröffnet viele Chancen, birgt aber auch Risiken in sich. Die Politik hat aus ethischer Verantwortung die Grenzen der Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse zu ziehen, wo die Würde des Menschen beeinträchtigt wird. Die Politik muß aber Rahmenbedingungen schaffen, die es Wissenschaft und Wirtschaft ermöglichen, verantwortbare Zukunftstechniken zu entwickeln und zu nutzen.

Die anhaltende Überperfektionierung unseres Rechtsstaates droht gesellschaftliche Innovation und wirtschaftliche Dynamik zu ersticken. Dies erschwert zunehmend auch die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Die Absicherungsmentalität in der Gesellschaft, die zu immer neuen Reglementierungen führt, muß abgebaut werden. Nur soweit dies gelingt, können Staatsaufgaben abgebaut oder privatisiert werden.

Der anhaltende Geburtenrückgang in Deutschland droht in eine Überforderung kommender Generationen umzuschlagen. Die Staatsfinanzierung und die sozialen Sicherungssysteme müssen auf die absehbaren Lasten vorbereitet und umgestaltet werden. Nur Leistung und Verzicht heute schaffen Wohlstand und soziale Sicherheit morgen.

Ziele und Wege unserer Politik

01. Gleichberechtigung von Mann und Frau

Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist in unserer Verfassung als Rechtsgrundsatz und politischer Handlungsauftrag formuliert. Sie muß in allen Bereichen, in der Familie, in der schulischen und beruflichen Ausbildung, in der Arbeitswelt, in gesellschaftlichen sowie politischen Organisationen, verwirklicht werden.

Die Ehe ist die verlässliche Grundlage einer vertrauensvollen Lebensgemeinschaft für Mann und Frau. Ehe bezeugt die Bereitschaft gleichberechtigter Partner zu lebenslanger Verantwortung und Sorge füreinander. Die rechtliche Gleichstellung nichtehelicher Lebensgemeinschaften scheidet deshalb aus.

Partnerschaftliche Aufgabenteilung

Unser Leitbild heißt: Partnerschaft zwischen Frau und Mann. Partnerschaft verlangt gleiche Teilnahmerechte und eigenverantwortliche Verteilung von Verantwortung und Pflichten. Partnerschaftliche Aufgabenteilung zwischen Frau und Mann in Familie und Arbeitswelt wird nur dann gelingen, wenn Frauen auch gleichberechtigt an der gesellschaftlichen und politischen Gestaltung beteiligt sind und Männer Mitverantwortung für die Familienarbeit übernehmen. Die Leistungen, die Frauen für die Gemeinschaft erbringen, müssen sich auch in ihrem Einfluß in politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Organisationen widerspiegeln. Der CSU kommt dabei eine Vorbildfunktion zu, die sich auch in der Ämter- und Mandatsverteilung äußern muß.

Wir wollen echte Wahlfreiheit für Frauen und Männer. Wahlfreiheit heißt ein klares Nein zu staatlich verordneten oder gesellschaftlich diktierten Rollenbildern jedweder ideologischen Ausrichtung. Wahlfreiheit bedeutet Entscheidungsfreiheit über die eigene Lebensgestaltung; Eine freie und offene Gesellschaft zeichnet sich durch größtmögliche Chancen für den einzelnen aus, sein Leben individuell zu gestalten, in verschiedenen Arbeitsfeldern tätig zu sein und am gesellschaftlichen und politischen Leben gleichberechtigt mitzuwirken.

Für Frauen ist die gleichberechtigte Teilhabe noch nicht erreicht. Deshalb kommt der Förderung von Frauen eine besondere Bedeutung zu. Die CSU setzt sich für alle Frauen ein: für Frauen, die sich für den Beruf der Mutter und Hausfrau entscheiden, für Frauen, die berufliches Fortkommen als Lebensziel verstehen wollen, für Frauen, die Familie und Erwerbstätigkeit verbinden möchten oder müssen, für alleinerziehende Mütter und für alleinlebende Frauen.

Gezielte Frauenförderung

Das Gleichberechtigungsgebot verpflichtet nicht nur den Staat, sondern auch Gruppen und Verbände, im besonderen die Sozialpartner. Es verpflichtet zum Abbau immer noch bestehender Benachteiligungen von Frauen und insoweit zur gezielten Förderung von Frauen. Notwendig sind

- wirksamere rechtliche Regelungen und eine grundlegende Bewußtseinsänderung bei allen Tarifpartnern und Entscheidungsträgern in der Wirtschaft;
- die Überwindung des zum Teil noch geschlechtsspezifischen Arbeitsmarktes durch Erweiterung des Berufsspektrums für Frauen und auch durch finanzielle Aufwertung traditioneller Frauenberufe.

Praxisbezogene Konzepte umfassender Frauenförderung sollen in Tarifverträgen oder Betriebsvereinbarungen geregelt werden, um Frauen gleiche Aufstiegs- und Verdienstmöglichkeiten zu sichern.

02. Familie: Fundament unserer Gesellschaft

Ehe und Familie haben sich über Jahrhunderte des gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Wandels als Urzelle der Gesellschaft bewährt. In Familien suchen und erfahren Menschen Liebe, Geborgenheit, Lebenssinn, gegenseitige Hilfe und Unterstützung.

Ehe und Familie stehen im Mittelpunkt unserer Politik. Sie sind natürliche Lebensformen und Grundpfeiler einer freien und solidarischen Gesellschaft. Deshalb fördert die CSU Ehe und Familie und hält an ihrem verfassungsrechtlichen Schutz fest. Kinder sind eine Bereicherung für Familie und Gesellschaft. Kinder bedeuten Zukunft.

Familie fördert Persönlichkeit und Lebenschancen

Die Familie ist die beste Grundlage für die Solidarität der Generationen. Kinder lernen und erfahren durch die Familie Regeln des Zusammenlebens, kulturelle Werte und solidarisches Verhalten. Die Familie fördert die Persönlichkeitsentwicklung und vermittelt Lebenschancen wie keine andere Erziehungs- und Bildungsgemeinschaft. Deshalb muß die Erziehungskraft der Familie gestärkt werden. Die Familie ist für eine humane Gesellschaft von unschätzbarem Wert. Sie ist durch staatliche Hilfen umfassend zu unterstützen, aber nicht zu ersetzen. Die Familie ist die beste Grundlage für wechselseitige Hilfe der Generationen.

Partnerschaftliches Verhalten und Verantwortungsgefühl beider Geschlechter wollen gelernt sein. Die CSU will diesem besonders in der schulischen Erziehung und Erwachsenenbildung Rechnung tragen.

Veränderte Lebensperspektiven und Lebensformen haben zu neuen, vielschichtigen Familienproblemen geführt. Viele Partnerschaften und Familien scheitern. Die Zahl der Alleinerziehenden, der Wiederverheirateten, der Familien mit Kindern aus verschiedenen Ehen und nichtehelichen Lebensgemeinschaften nimmt zu. Die CSU berücksichtigt in ihrer Familienpolitik diese Lebensformen.

Arbeitswelt familienfreundlich gestalten

Veränderte Arbeitsbedingungen, bessere Berufschancen der Mädchen und gewandelte gesellschaftliche Strukturen eröffnen Frauen und Männern individuelle Lebensgestaltungen. Immer mehr Partner wollen oder müssen gemeinsam Familie und Erwerbstätigkeit verbinden.

Die CSU setzt sich für eine Gesellschaft ein, in der Frauen und Männer frei entscheiden können, ob sie sich ausschließlich der Arbeit in der Familie oder der außer häuslichen Berufsarbeit widmen oder ob sie Familien- und Erwerbstätigkeit miteinander verbinden möchten. Eine durchlässigere Arbeitsgesellschaft ist die entscheidende Voraussetzung für die Einlösbarkeit des Prinzips Wahlfreiheit für Frau und Mann.

Die CSU erwartet von den Sozialpartnern eine familienfreundliche Regelung der Arbeitswelt. Dazu gehören eine flexible Gestaltung der Arbeitszeiten, qualifizierte sozialversicherungspflichtige Teilzeitarbeitsplätze sowie Wiedereinstiegsprogramme für Frauen und Männer, die zur Betreuung von Kindern oder Pflegebedürftigen zeitweise auf Erwerbstätigkeit verzichten. Dabei kommt dem öffentlichen Dienst eine Vorbildfunktion zu. Sonntagsarbeit muß auch der Familie wegen auf begründete Ausnahmen beschränkt bleiben.

Familienarbeit aufwerten

Mütter und Väter, die ausschließlich Familienarbeit, Erziehungsarbeit an der jungen Generation sowie Pflegearbeit für kranke, behinderte und ältere Mitbürger leisten, übernehmen Aufgaben von unersetzbarem Wert für die ganze Gemeinschaft. Ihre Arbeit verdient gesellschaftliche Anerkennung.

Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit, sie ist sinn- und zweckgerichtetes Tun, Ausdruck der personalen Würde. Sie dient der Persönlichkeitsentwicklung und Selbstverwirklichung jedes einzelnen. Der Wert einer Arbeit für die Gemeinschaft hängt nicht nur vom Ort der Tätigkeit und der Höhe der finanziellen Entlohnung ab. Der soziale Wert einer Arbeit läßt sich nicht allein durch ihren Markt- oder Verkaufswert bestimmen. Deshalb ist die Arbeit in der Familie und für die Familie oder im freiwilligen sozialen Engagement ebenso wertvoll für den einzelnen und für die Gemeinschaft wie die Leistungen in der Arbeitswelt. Sie geben dem einzelnen gleichermaßen Lebenssinn und Zufriedenheit, wie sie unser Land sozial und kulturell mit Leben erfüllen.

Die CSU tritt mit Nachdruck für einen umfassenden Arbeitsbegriff und damit für eine Aufwertung von Familienarbeit und Erziehungsarbeit sowie ehrenamtlicher Tätigkeit ein.

Die CSU hat durch die Einführung von Erziehungsgeld und Erziehungszeiten im Rentenrecht ein sichtbares Zeichen für die Wertschätzung der Familienarbeit gesetzt. Künftig muß im System der sozialen Sicherheit die Erziehungsleistung verstärkt und die Pflegeleistung zusätzlich berücksichtigt werden, damit der Generationenvertrag familiengerecht gesichert bleibt.

Familienleistungsausgleich: Chancengerechtigkeit für Kinder

Familien haben Anspruch auf umfassende staatliche und gesellschaftliche Hilfen. Daher wird die CSU Familieneinkommen bis zur Höhe des Existenzminimums von der Besteuerung ausnehmen. Wesentliches Kriterium des Familienleistungsausgleiches ist die Fürsorge für Kinder. Familien, die über das Steuerrecht keinen angemessenen Ausgleich erhalten können, müssen durch staatliche Transferleistungen unterstützt werden. Der gesamte Familienleistungsausgleich ist der Einkommensentwicklung regelmäßig anzupassen. Familienförderung ist mehr als Steuergerechtigkeit.

Familien brauchen ein bedarfsgerechtes, vielfältiges Angebot außerhäuslicher Betreuungseinrichtungen mit flexiblen Öffnungszeiten.

Politik für die Familie betrifft alle politischen Bereiche im Bund, in den Ländern und vor allem in den Gemeinden. Die CSU setzt sich für ausreichende Beratungsstellen, familienunterstützende Einrichtungen und Familienfreizeitstätten ein. Hierzu gehört auch eine familienbezogene Wohnungspolitik.

Generationenübergreifende Familienhilfe erfordert ein breites Netz von Nachbarschafts- und Selbsthilfegruppen. Diese aktiven sozialen Selbsthilfen und die Angebote der Wohlfahrtsverbände müssen durch die kommunale Familienpolitik unterstützt und ausgebaut werden.

03. Lebensschutz hat höchsten Rang

Unser christliches Menschenbild und unsere Verfassung verpflichten den Staat, menschliches Leben zu schützen und zu fördern. Die Menschenwürde und das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit stehen allen zu - dem geborenen Menschen ebenso wie dem ungeborenen Kind.

Lebensschutz ist die Aufgabe des Rechtsstaates. Das Recht auf Leben hat als Grundrecht auch grundsätzlich Vorrang vor anderen Rechten.

Recht auf Leben für das ungeborene Kind

Das ungeborene Kind ist Mensch von Anfang an und hat ein Recht auf Leben. Ungeborene Kinder wollen leben und angenommen sein. Geborene und ungeborene Kinder müssen daher willkommen sein, nicht nur den Eltern, sondern auch den Nachbarn, Vermietern und Arbeitgebern. Die CSU kämpft für eine kinderfreundliche Gesellschaft. Kinder sind Glück und Zukunft für uns alle. Deshalb hat die CSU mit ihrer Familienpolitik ein Netz sozialer Hilfen für Kinder und Familien geknüpft. Dabei steht im Mittelpunkt, Schwangere durch weitere Hilfen zu ermutigen, ein Kind anzunehmen.

Abtreibung ist Tötung menschlichen Lebens. Eine Fristenregelung, die die Tötung ungeborener Kinder generell bis zu einer bestimmten Schwangerschaftswoche erlaubt, öffnet der Willkür Tür und Tor. Die CSU hält am Lebensrecht ungeborener Kinder fest.

Zum Schutze des Grundrechts auf Leben darf der Gesetzgeber auf das Strafrecht nicht verzichten. Das Strafrecht scheidet Recht von Unrecht. Die Strafdrohung ist zur Bildung von Wertbewußtsein und zur Verhaltensorientierung unerlässlich.

Die CSU will einen Strafrechtsschutz für das Leben, nicht gegen die Frau. In einer schweren Not- oder Konfliktlage kann die Fortsetzung einer Schwangerschaft für eine Frau unzumutbar werden. In diesem Fall kann nach Beratung eine Schwangerschaft straffrei abgebrochen werden. Die Beratung dient der Sorge und Hilfe für die Schwangere und dem Schutz des ungeborenen Kindes.

Gleiche Verantwortung für Vater und Mutter

Vater und Mutter tragen die gleiche moralische und rechtliche Verantwortung für das Leben und den Schutz des ungeborenen Kindes. In schwierigen Lebenssituationen oder Konfliktlagen darf die schwangere Frau weder in ihrer Verantwortung alleingelassen noch zu einer unverantwortlichen Entscheidung gegen das Lebensrecht des Kindes gedrängt werden. Nach Auffassung der CSU ist strafwürdig, wer die Frau in einer schweren Konfliktlage zur Abtreibung nötigt. Eine besondere Verantwortung für das Leben des Ungeborenen kommt gerade auch dem Arzt zu, der die Frau medizinisch betreut. Die CSU betont ausdrücklich die Verantwortung der Ärzte, hier gemäß ihrem Eid, Leben zu schützen, zu beraten und zu behandeln. Wer das Recht ungeborener Kinder bedenkenlos zur Disposition stellt, leistet der möglichen Diskriminierung und Ächtung Behinderter und schwer Pflegebedürftiger in der Gesellschaft Vorschub. Wo der Schutz menschlichen Lebens gesellschaftlichen oder persönlichen Nützlichkeitsabwägungen untergeordnet wird, verliert auch der kranke und alte Mensch sein Recht auf Leben und Sterben in Würde. Auch aus unheilvoller geschichtlicher Erfahrung gilt deshalb für die CSU die Mahnung: Wehret den Anfängen! Das Recht auf Leben ist unteilbar. Staat und Gesellschaft haben die Pflicht, das Leben der Behinderten zu achten und zu schützen. CSU-Politik steht in der Verantwortung gegenüber der ganzen Schöpfung.

04. Jugend: Aufgaben und Verantwortung übernehmen

Die Jugend in Deutschland und im zusammenwachsenden Europa findet eine Ausgangslage vor, die ihr hervorragende Chancen für eine eigenverantwortliche und weitgehend unabhängige Lebensgestaltung bietet. Die CSU als Partei der Freiheit und der Selbstverantwortung bekennt sich zum Recht der Jugend, ihre Zukunft nach eigenen Wünschen, Vorstellungen und Fähigkeiten zu gestalten.

Jugend ist der prägende Lebensabschnitt im Spannungsfeld zwischen eigenen Vorstellungen, Erwartungen und überlieferten Werten sowie sich rasch verändernden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen. Die CSU respektiert die eigenen Lebensstile der Jugend und sichert ihr einen angemessenen Freiheitsraum zu.

Junge Menschen müssen jedoch bei der Entwicklung ihrer Persönlichkeit und auf ihrem Lebensweg Hilfe und Unterstützung finden. Die CSU tritt daher für die Vermittlung einer fundierten Wertorientierung auf der Grundlage des christlich-abendländischen Welt- und Menschenbildes ein.

Dabei steht im Vordergrund, die Jugend zu mit menschlichem, verantwortungsbewußtem sowie tolerantem und solidarischem Handeln zu ermutigen. Wichtige Grundlagen hierzu werden in der Familie und in der Schule gelegt. Dazu gehören auch Kenntnis und Auseinandersetzung mit der Geschichte.

Für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung ist eigenverantwortliches Handeln und die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung für andere und die Gemeinschaft unerlässlich. Der Wille der Jugend, aktiv im Leben der Gemeinschaft mitzuwirken, ist immer wieder von neuem zu wecken. Er schafft erst die Voraussetzung zu einer positiven Einstellung zu unserem freiheitlichen Staat. Dabei müssen den Jugendlichen klare und überzeugende Perspektiven aufgezeigt werden. Nur eine glaubwürdige Politik schafft oder erneuert Vertrauen in und Verständnis für unsere freiheitliche Demokratie.

Die CSU unterstützt die Übernahme von Aufgaben und Verantwortung durch junge Menschen und ermutigt die Jugend, ihre Kreativität und ihren Idealismus für die Entwicklung neuer Wege einzusetzen. Die CSU will der Jugend Lebensziele vermitteln, die über Erfolg um

jeden Preis und die Erfüllung materieller Wünsche hinausgehen. Sie setzt sich für eine intensive Beteiligung der jungen Generation an den politischen Entscheidungsprozessen ein.

Eine stärkere Einbindung in die Politik setzt dabei voraus, daß die Kritik junger Menschen ernstgenommen und ihre Anregungen aufgegriffen werden. Eine Vielfalt von Möglichkeiten der Mitgestaltung und Mitbestimmung bietet gerade die kommunale Ebene. Sie ermöglicht eine frühzeitige aktive Teilnahme am politischen Leben. Darüber hinaus unterstützt die CSU die verstärkte Vertretung junger Menschen in den Parlamenten sowie in den Entscheidungsgremien von Parteien und Verbänden.

Die CSU tritt für freie Initiativen in der Jugendarbeit und daher für eine Jugendarbeit in freier Trägerschaft im Sinne der Subsidiarität ein. Dazu ist der Dialog mit den Jugendverbänden zu verstärken.

Sie setzt sich für eine unbürokratische öffentliche Förderung und Unterstützung vor allem der Arbeit von Jugendverbänden, aber auch der freien Jugendarbeit ein. Ehrenamtliche Jugendarbeit hat für die CSU dabei den Vorrang und muß in der Gesellschaft wieder eine höhere Anerkennung finden. Verbände, Vereine, Jugendzentren und offene Jugendarbeit bieten jungen Menschen die benötigten Freiräume, um ohne Bevormundung eigene Wege suchen zu können, Gemeinsinn zu lernen und Gemeinschaft zu erleben. Dazu gehört auch, das Leben anderer Völker zu erfahren und so fremde Kulturen zu verstehen. Die CSU tritt der Gefährdung junger Menschen durch verrohende und entwürdigende Darstellungen in Wort und Bild entgegen, auch weil sie die Gewaltbereitschaft junger Menschen fördern.

Gegen die Verführung junger Menschen durch Ideologien und radikale politische Forderungen wird sich die CSU ebenso mit aller Härte zur Wehr setzen wie gegen die Gefährdung der Jugend durch Drogen und ausbeuterische Sekten. Der Staat muß zum Schutz der Jugend diese skrupellose Geschäftemacherei auf allen politischen Ebenen bekämpfen.

05. Alter: Lebenserfahrung für die Gemeinschaft nutzen

Aus der Partnerschaft zwischen den Generationen schöpft unser Volk die Kraft, die es für die Bewältigung der großen Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben braucht. Innovationskraft der Jugend und Erfahrung des Alters müssen miteinander verbunden bleiben. Für christlich soziale Politik ist es deshalb selbstverständlich, daß ältere Mitbürger nach einem arbeitsreichen und verantwortungsvollen Leben ihren festen und sicheren Platz in Staat und Gesellschaft haben. Die CSU will eine Gesellschaft, in der die alten Menschen in Würde ihr Leben gestalten können. Die CSU hat mit ihrer Politik der Partnerschaft der Generationen den älteren Mitbürgern eine möglichst selbständige und eigenverantwortliche Lebensführung ermöglicht.

Der von der Union mit der Einführung der dynamischen Rente geschaffene Generationenvertrag ist dafür die Grundlage. Dies kam vor allem der Generation, die Krieg und Vertreibung überwunden und den Wiederaufbau gemeistert hat, zugute. Für eine echte Partnerschaft der Generationen wollen wir die aktive Rolle älterer Mitbürger, vor allem die Mitwirkungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten bei allen sie berührenden Fragen, stärken. Ihr Reichtum an Lebenserfahrung und Wissen ist zu kostbar, als daß er mit Erreichen eines bestimmten Lebensalters ungenützt bleiben darf. Das gilt gerade vor dem Hintergrund einer ständig steigenden Lebenserwartung. Gleitende Übergänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand müssen dafür verstärkt genutzt werden. Die CSU will nicht nur eine Politik für, sondern eine Politik mit den älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern gestalten. Die CSU wird die Rahmenbedingungen für eine eigenständige Lebensführung im Alter sichern.

Die Sicherheit der Renten sowie die den Lebensstandard sichernde Dynamik der Renten standen und stehen für die CSU nicht zur Disposition. Rente ist Lohn für die Lebensarbeitsleistung, kein Almosen. Deshalb lehnen wir auch eine von der eigenen Beitragsleistung losgelöste Grundrente ab.

Pflegebedürftigkeit absichern

Pflegebedürftigkeit ist ein allgemeines Lebensrisiko, im besonderen ein Altersrisiko, das wie Krankheit, Arbeitsunfall, Arbeitslosigkeit und Alter sozial versichert werden muß, weil es die Leistungskraft eigener Vorsorge in der Regel übersteigt. Pflegebedürftigkeit darf nicht zwangsläufig zur Sozialhilfebedürftigkeit führen, den Ertrag einer ganzen Lebensarbeitsleistung aufzehren. Deshalb hat die Christlich-Soziale Union die gesetzliche Pflegeversicherung initiiert. Nur mit einer gesetzlichen Pflegeversicherung wird es auch gelingen, das notwendige Pflegeangebot bereitzuhalten und die soziale Sicherung der pflegenden Personen in Familie und Nachbarschaft zu gewährleisten. Das persönlich vertraute Umfeld ist gerade für ältere Menschen ein wesentlicher Teil der Lebensqualität. Deshalb haben ambulante Dienste Vorrang vor stationärer Versorgung. Die CSU wird darüber hinaus auch für ein bedarfsgerechtes Angebot altersgerechter Wohnungen und Pflegeplätze sorgen.

Die CSU will eine Gesellschaft, in der die alten Menschen in Würde und Wertschätzung ihr Leben gestalten können. Wir brauchen die Erfahrungen der älteren Generation zur Ausgestaltung einer menschlichen Gesellschaft ebenso wie ihre Mitwirkung am politischen Leben.

06. Soziale Sicherheit im Wandel: Menschenwürdig leben in einer arbeitsteiligen Gesellschaft

Ein menschenwürdiges Leben ist nach christlichen und sozialen Maßstäben in einer arbeitsteiligen, leistungsorientierten Industriegesellschaft ohne ein ausreichendes soziales Sicherungssystem nicht denkbar. Soziale Sicherheit ist das Fundament für Menschlichkeit und ein hohes Maß an Freiheit und Stabilität in der Gesellschaft. Sozialpolitik muß den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel nach den Prinzipien der Gerechtigkeit und Humanität gestalten. Die sozialen Verhältnisse in einem Staat sind Spiegelbild und Gradmesser für die Mitmenschlichkeit einer Gesellschaft.

Deutschland hat eines der leistungsfähigsten Sozialsysteme der Welt. Für diese international vorbildliche, historisch unvergleichbar hohe soziale Sicherheit für alle hat die Christlich-Soziale Union in über vier Jahrzehnten Regierungsverantwortung die wesentlichen politischen Grundentscheidungen mit durchgesetzt. Die Einführung der dynamischen Rente, Einbeziehung der Familie mit Kindererziehungszeiten, Erziehungsgeld und -urlaub als weitere Säule unseres Sozialsystems waren Meilensteine der Sozialpolitik. Mit der solidarischen Pflegeversicherung will die CSU die letzte große Lücke im sozialen Netz schließen und die Partnerschaft zwischen jung und alt stärken. Die soziale Sicherung erreicht damit ein Niveau, das den Bürger ohne Ansehen seiner sozialen Stellung in hohem Maße gegen die Wechselfälle des Lebens sichert. Die Wiedervereinigung Deutschlands fordert eine vorausschauende Weiterentwicklung unserer gesellschafts- und sozialpolitischen Ordnung.

Sozialpolitik gibt Sicherheit im gesellschaftlichen Wandel.

Fundament unserer fortschrittlichen sozialen Ordnung ist die Soziale Marktwirtschaft. Sie verknüpft wirtschaftliche Stabilität mit sozialer Sicherheit. Eine leistungsfähige Wirtschaft ist die Grundlage aller Sozialleistungen; aber nur eine gute Sozialpolitik kann sozialen Frieden schaffen, der das Fundament wirtschaftlicher Stabilität ist. Beides muß auch für den künftigen Wirtschafts- und Sozialraum Europa gelten.

Sozialpolitik im Spannungsfeld von Freiheit und Verantwortung, Leistungsbereitschaft und Solidarität

Die Grundprinzipien unserer Gesellschafts- und Sozialpolitik - Personalität, Solidarität und Subsidiarität haben sich bewährt. Sie waren Leitlinien für den Weg von der Armutsgesellschaft des letzten Jahrhunderts zum modernen Sozialstaat. Deshalb sind sie für die CSU auch Grundlage der sozialen Ordnung im vereinten Deutschland. Die Christlich-Soziale Union will diesen freiheitlichen Sozialstaat auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes in ganz Deutschland verwirklichen.

Die CSU weiß sich den Schwachen, Behinderten, Pflegebedürftigen, Kranken, sozial Benachteiligten sowie Kriegsopfern besonders verpflichtet. Das Leitbild unserer Sozialpolitik orientiert sich am selbstverantwortlichen Bürger. Im Mittelpunkt steht der Mensch mit Rechten und Pflichten.

Freiheit fordert immer auch Verantwortung. Nur eine Gesellschaft selbstverantwortlicher Bürger verhindert, daß der Staat durch umfassende Versorgung und Betreuung Menschen abhängig, passiv und egoistisch werden läßt. Die CSU will den Sozialstaat nicht als Vorwand, sondern als Diener des Menschen. Sie fördert deshalb in der Sozialpolitik Selbstverantwortung und Eigeninitiative. Wo der Bürger Wechselfälle des Lebens aus eigener Kraft meistern kann, muß er dieser Verantwortung auch gerecht werden.

Soweit der einzelne überfordert ist, muß die Gemeinschaft im notwendigen Umfang mit solidarischer Hilfe eintreten. Sozialhilfe ist deshalb im Sozialstaat ein Gebot der Humanität. Damit soziale Hilfen wirkungsvoll bleiben, wird die CSU den Mißbrauch konsequent verhindern. Nur größtmögliche Eigenverantwortung ermöglicht wirksame Solidarität. Der Vorrang der Eigenverantwortung vor solidarischer Mitverantwortung ist ein Kernelement sozialer Gerechtigkeit. Die Einforderung von Solidarität ohne Eigenverantwortung führt zu Mißbrauch, zur Ausbeutung der Bescheidenen durch die Anspruchsvollen, der Schwachen durch die Bequemen und Rücksichtslosen.

Soziale Sicherheit muß erarbeitet werden

Arbeit ist die wirtschaftliche Quelle unseres Sozialstaates. Nur was erarbeitet und erwirtschaftet wird, kann verteilt werden. Das System der sozialen Sicherung kann nicht beliebig ausgeweitet werden. Zwischen wirtschaftlichem Fortschritt und Höhe der Sozialleistungen besteht ein Zusammenhang.

Bei allen grundlegenden sozialpolitischen Maßnahmen ist zudem die langfristig ungünstige Altersstruktur unserer Gesellschaft zu berücksichtigen. Bis weit ins nächste Jahrhundert hinein wird es eine erhebliche Verschiebung im Altersaufbau unserer Bevölkerung mit einer rapiden Verschlechterung des Verhältnisses von Arbeitnehmern und Rentnern, Beitragszahlern und Leistungsempfängern geben. Wir müssen Vorsorge treffen gegen einseitige enorme Beitragssteigerungen oder gravierende Leistungseinschränkungen in unserem Sozialsystem.

Sozialer Fortschritt kann nicht als reine Expansion verstanden werden, sonst würde das Gesamtsystem bewegungsunfähig und in seiner Stabilität gefährdet werden. Neue Gestaltungsspielräume gewinnt der Sozialstaat auf seinem heute hohen Leistungsniveau in erster Linie durch den Umbau des Sozialsystems.

Für die Sozialpolitik der CSU ist deshalb nicht der Ausbau, sondern der Umbau die sozialpolitische Gestaltungsmaxime der Zukunft. Das erfordert klare Prioritäten und die Konzentration auf das Notwendige vor dem Wünschenswerten.

Was früher zur Behebung von Armut und Not erforderlich war, muß in einer Zeit des allgemeinen Wohlstands nicht notwendig sinnvoll bleiben. Das Spannungsverhältnis zwischen Eigenverantwortung und Solidarität muß immer wieder zeitgerecht in eine sinnvolle Balance gebracht werden. Wo dies unterbleibt, degeneriert eine ausgleichende Sozialpolitik zur Umverteilung im Kreisverkehr.

Die CSU wird deshalb die einzelnen Zweige der sozialen Sicherung von sachfremden Aufgaben freihalten und Mißbrauch zu Lasten der Gemeinschaft verhindern. Allgemeine soziale Ausgaben müssen aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert werden. Die CSU tritt für mehr Solidarität und Wettbewerb durch eine föderale Organisation der Sozialversicherung ein.

Vorrang für gesellschaftliche Hilfen

Familien-, Nachbarschaftshilfen und Selbsthilfeinitiativen gehören zu einer Gesellschaft mit menschlichem Gesicht. Sie üben Nächstenliebe und Solidarität, ohne die auch der Sozialstaat mit dem höchsten Sozialbudget nicht auskommt. Familienpolitische Maßnahmen haben deshalb für die Christlich-Soziale Union oberste Priorität, weil sie die sozialen Strukturen in der Gesellschaft am wirkungsvollsten sichern und die sozialen Bedürfnisse der Menschen in humanster Form erfüllen.

Wir werden auch in unseren Anstrengungen nicht nachlassen, Behinderte in die Gesellschaft voll einzugliedern. Behinderte dürfen nicht diskriminiert oder vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden. Wer behindert ist oder wem eine Behinderung droht, muß unabhängig von der Ursache der Behinderung notwendige Leistungen zur medizinischen, beruflichen und sozialen Rehabilitation erhalten. Ebenso wichtig ist der Abbau von Vorurteilen gegenüber Behinderten.

Wer nur auf den Staat setzt, zerstört persönliche und gesellschaftliche soziale Hilfen. Für die Sozialpolitik der CSU gilt nachdrücklich und verstärkt der Grundsatz der Subsidiarität: Was in der Familie, in der Nachbarschaft, in Selbsthilfe in kleinen Kreisen geleistet werden kann, soll und darf weder die größere Einheit noch der Staat an sich ziehen. Die CSU wird ein Netz sozialen ehrenamtlichen Engagements ermöglichen und fördern, weil nur dann viele Menschen die nötige Zuwendung und Geborgenheit erhalten. Menschlichkeit in der Gesellschaft erfordert ein hohes Maß an sozialer Arbeit. Kennzeichen christlichsozialer Sozialpolitik waren und bleiben nicht staatliche Gängelung und Bevormundung, sondern Erhaltung des Freiraums, Stärkung der Selbsterhaltungskräfte und Unterstützung von Selbsthilfegruppen.

Hierzu sind die ehrenamtlich Engagierten neben den hauptberuflich Beschäftigten unverzichtbar. Ehrenamtliche Sozialarbeit wird vor dem Hintergrund veränderter Bevölkerungs- und Sozialstrukturen noch notwendiger. Deshalb wird die CSU ehrenamtliche Sozialarbeit aufwerten.

Die traditionsreiche und am Gedanken der Hilfe zur Selbsthilfe orientierte Freie Wohlfahrtspflege bildet eine der tragenden Säulen unserer Sozialordnung. Die CSU will die gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen und dauerhaft sichern, damit sich die Freie Wohlfahrtspflege wirkungsvoll entfalten kann; sie darf nicht zum Erfüllungsgehilfen staatlicher Behörden degradiert werden. Neue Selbsthilfegruppen sind kein Gegensatz zur Freien Wohlfahrtspflege, sondern sollen sie mit vielfältigen Hilfsangeboten in der Sozialarbeit ergänzen. Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege haben im sozialen Dienstleistungsbereich für die CSU bei gleichen Leistungen grundsätzlich Vorrang vor gewerblichen Anbietern.

Menschlichkeit durch persönliche Hilfsbereitschaft

Not beruht heute oft nicht auf einem Mangel an Geld. Seelische Armut und Einsamkeit brauchen Menschen, sie lassen sich nicht mit Geld beseitigen. Ehrenamtliches Engagement, höchstpersönliche Hilfsbereitschaft und menschliche Zuwendung werden von allen erwartet. Unsere Gesellschaft braucht deshalb mehr Menschen, die sich diesen Nöten stellen. Wachsende Produktivität und Arbeitszeitverkürzung verlängern unsere freie Zeit, die wir auch als Chance für mehr soziales Engagement, für mehr Mitmenschlichkeit in unserem Land nutzen müssen.

Sozialpartnerschaft stärken

Kennzeichen eines freiheitlichen Sozialstaates ist auch die Gestaltungsfreiheit für Sozialpartner. Das natürliche Spannungsverhältnis zwischen freien Sozialpartnern in einer freien Gesellschaft eröffnet Chancen, birgt aber auch große Risiken. Tarifautonomie, Mitbestimmung und gewerkschaftliche Pluralität sind wesentliche Kernelemente der sozialen Partnerschaft. Daraus erwächst ihnen die Hauptverantwortung für Vollbeschäftigung und internationale Wettbewerbsfähigkeit. Die deutschen Sozialpartner haben ihre Freiheit verantwortungsbewußt genutzt und den sozialen Frieden zum Wohle aller vorbildlich gewahrt. Dies muß auch künftig Leitziel der Sozialpartnerschaft bleiben. Im Interesse der Chancengerechtigkeit muß bei allen Wahlen von Arbeitnehmervertretungen der Minderheitenschutz gesetzlich gewährleistet bleiben.

Die CSU tritt ein für die Mitverantwortung der Arbeitnehmer durch Mitwirkungsmöglichkeiten - wie Mitbestimmung und Mitgestaltung des einzelnen am Arbeitsplatz im Unternehmen - auf nationaler und internationaler Ebene.

Moderne Arbeitstechniken und Produktionsstrukturen erlauben eine stärkere Differenzierung der Arbeitsbedingungen. Das Leben und die Interessen auch der Arbeitnehmer sind vielfältiger geworden. Besser ausgebildete Arbeitnehmer wünschen zum Teil ganz unter verschiedene Arbeitsformen und Freizeitregeln. Deshalb ist es Aufgabe der Tarifpartner, differenziertere Bedürfnisse der Arbeitnehmer durch tarifliche Differenzierungen zu befriedigen. Die Sozialpartner sind vor allem auch aufgefordert, frauengerechte und familienfreundliche Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Die Christlich-Soziale Union setzt sich für eine weitere Humanisierung der Arbeitsbedingungen ein, damit der einzelne Arbeitnehmer an einem menschengerechten Arbeitsplatz sich besser entfalten und Arbeitsvorgänge mitgestalten kann. Die arbeitsteilige Gesellschaft ist durch Spezialisierung, Rationalisierung und Automation gekennzeichnet. Lebensbedürfnisse und Leistungsfähigkeit der arbeitenden Menschen sind Maßstab für die Veränderung der Arbeitswelt durch Sozialpartner und Staat. Dazu gehören erhöhte Arbeitssicherheit, verstärkter Gesundheitsschutz, Maßnahmen zur Arbeitserleichterung und zur beruflichen Weiterbildung.

Darüber hinaus strebt die Christlich-Soziale Union bei der Verbesserung der Arbeitswelt mehr Freiheits- und Verantwortungsraum an. Je größer die Chance des einzelnen zu sinnerfüllter Arbeit ist, um so intensiver wird die Bereitschaft und Fähigkeit sein, Begabung und Leistung voll zu entfalten. Dazu dient auch die berufliche Weiterbildung.

Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand - Schlüssel zu Ausgleich und Machtbalance

Wirksame Vermögensbildung der Arbeitnehmer ist ein wichtiger Beitrag zur Verteilungsgerechtigkeit und dient der Machtbalance in einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Trotz langjähriger staatlicher Förderung ist der Durchbruch zur breiten Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital unserer Wirtschaft noch nicht gelungen.

Für die Christlich-Soziale Union bleibt die breitgestreute, individuell gestaltete Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand daher eine wichtige gesellschaftspolitische Zukunftsaufgabe. Die Beteiligung möglichst vieler Arbeitnehmer am Zuwachs des Produktivvermögens steigert das Interesse am eigenen Vermögen; sie bietet sich besonders beim Aufbau in den neuen Ländern an. Durch breite Vermögensbildung wird unsere auf privatem Eigentum beruhende Wirtschaftsordnung gefestigt sowie die Kapitalausstattung der Unternehmen verbessert und die Arbeitsplatzsicherheit erhöht. Die Arbeitnehmer gewinnen mehr Interesse am wirtschaftlichen Geschehen ihres Unternehmens und können durch Mitbestimmung aus Miteigentum mitgestalten. Gesetzgeber und Tarifvertragsparteien sind aufgefordert, eine breite Streuung von Produktivvermögen zu ermöglichen. Die Christlich-Soziale Union erstrebt die Bildung von individuell verfügbarem Vermögensbeteiligungen auf der Basis von Freiwilligkeit und Freiheit der Anlageform. Die Christlich-Soziale Union lehnt die Bildung von anonymen Fonds ohne Mitbestimmungsmöglichkeiten der einzelnen Arbeitnehmer ab. Persönlich erarbeitetes und verfügbares Eigentum ist Ausdruck persönlicher Entfaltung und Leistung.

Sozialraum Europa gestalten

In der Europäischen Union haben die Menschen volle Freizügigkeit. Eine sozialpolitische Aufgabe der Zukunft ist deshalb, Europa als Sozialraum zu gestalten. Dafür müssen nach Auffassung der CSU die gleichen allgemeingültigen Grundsätze gelten. Freiheit, Gerechtigkeit, Eigenverantwortung, Solidarität und Subsidiarität sind Werte ohne Grenzen.

Die CSU ist Garant dafür, daß die sozialen Arbeitnehmerrechte in der Bundesrepublik Deutschland nicht mit Blick auf einen europäischen Mindeststandard verschlechtert werden. Dies gilt auch für national unter verschieden geregelt Bereiche wie die Mitbestimmung. Die CSU wird sich dafür einsetzen, daß der hohe Stand der sozialen Arbeitnehmerrechte in der Bundesrepublik Deutschland zum Ziel für Europa wird, um somit den sozialen Frieden innerhalb Europas zu fördern und für deutsche Unternehmen die Wettbewerbsbedingungen zu verbessern. Auf dem Weg dahin bewahrt die Festlegung sozialer Mindestrechte nationale Eigenständigkeit und Vielfalt und berücksichtigt das Gemeinwohlinteresse. Soziale Mindestnormen sind jedoch für einige Mitgliedstaaten noch Ziele sozialpolitischer Verbesserungen.

Die Angleichung geschichtlich gewachsener, unterschiedlicher sozialer Sicherungssysteme ist weder notwendig noch wünschenswert. Die CSU strebt vielmehr individuelle Ausgleichsregelungen für Arbeitnehmer an, die soziale Sicherungssysteme grenzüberschreitend wechseln.

Ein genereller Export sozialer Leistungen in die verschiedenen europäischen Länder muß zum Schutz der Leistungsfähigkeit nationaler sozialer Sicherungssysteme ausgeschlossen werden. Kein Staat allein, auch nicht Deutschland, kann die sozialen Probleme anderer EG Länder lösen.

Gesundheitspolitik ist Politik für das Leben

Unsere Gesundheitspolitik will die Gesundheit erhalten, Krankheiten heilen, Beschwerden lindern und das Leben behinderter Mitbürger erleichtern. Bei der Bekämpfung übertragbarer Krankheiten hat der Bürger Anspruch auch auf staatliche Schutzmaßnahmen. Fundament

einer freiheitlichen Gesundheitspolitik sind Eigenverantwortung, Solidarität und Selbstverwaltung im gegliederten System der sozialen Sicherung. Deutschland verfügt über eine international anerkannte erstklassige medizinische Versorgung. Freie Arztwahl und Niederlassungsfreiheit sind Kernelemente unseres Gesundheitssystems, die gesetzliche wie die private Krankenversicherung ihr Fundament. Jeder Bürger muß ohne Rücksicht auf seine finanzielle Lage die notwendigen Hilfen der modernen Medizin in Anspruch nehmen können. Die gleichwertige medizinische Grundversorgung in Stadt und Land muß erhalten bleiben. Die CSU wird mit Nachdruck dafür sorgen, daß dieses Gesundheitswesen dauerhaft finanzierbar bleibt. Ein wichtiges Ziel der CSU-Gesundheitspolitik bleibt die Beitragsstabilität in der Krankenversicherung und die Herbeiführung gleicher Wettbewerbschancen zwischen den Krankenkassen. Unbegrenzter Ausgabenanstieg gefährdet unser Gesundheitssystem insgesamt.

Die CSU will die medizinische Versorgung in den Krankenhäusern - nach Versorgungsstufen und Fachkrankenhäusern gegliedert - optimieren. Die Ausbildungskapazitäten im Gesundheitswesen sind dem Bedarf anzupassen, die Mediziner Ausbildung so zu gestalten, daß eine zeitgemäße Ausbildung nach dem jeweiligen Stand der Wissenschaft gesichert ist. Neue Anreize für wirtschaftliches Verhalten der Krankenhäuser müssen geschaffen, die Krankenhauskosten durch sparsame effektive Wirtschaftsführung in Grenzen gehalten werden. Die Christlich-Soziale Union will die Krankenpflege, Kinderkrankenpflege und Altenpflege attraktiver machen - im Interesse der Betreuung kranker, hilfsbedürftiger und älterer Mitbürger.

Aufklärung und Beratung, medizinische und psychosoziale Betreuung der Kranken, eine spezielle Forschungsförderung und seuchenrechtliche Maßnahmen sind verstärkt notwendig, um auch die Seuche AIDS wirkungsvoll zu bekämpfen.

Gesundheitliche Aufklärung, Lebensmittelüberwachung und gesundheitlicher Verbraucherschutz gewinnen bei einem freien Warenaustausch im europäischen Binnenmarkt an Bedeutung. Die CSU wird sich dafür einsetzen, daß dabei der hohe deutsche Standard gewahrt bleibt. Letztlich legt jeder einzelne Bürger durch gesundheitsbewußte Lebensführung die Grundlage für seine Gesundheit. Vorbeugen ist besser als Heilen. Aus dieser Verantwortung darf niemand zu Lasten der Solidargemeinschaft entlassen werden. Die CSU wird dazu Eigeninitiative und Selbstverantwortung der Versicherten stärken. Deshalb setzt sie sich verstärkt dafür ein, daß Gesundheitsleistungen nur in Anspruch genommen werden, soweit sie für die Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit erforderlich sind.

Drogen ächten

Der Gebrauch von Rauschgift und der Mißbrauch von Alkohol und auch von Medikamenten sind alarmierende Herausforderungen, weil sie nicht nur die Gesundheit einzelner ruinieren, sondern auch gesellschaftliche und staatliche Strukturen zersetzen. Wir müssen Drogen ächten; ihrer Verharmlosung treten wir entgegen. Die CSU fordert daher verstärkte Aufklärung und verbesserte Rehabilitationsmaßnahmen. Wir müssen aber auch durch wirksamere rechtliche und polizeiliche Instrumente und verstärkte internationale Zusammenarbeit die hierbei auftretende organisierte, den Rechtsstaat zersetzende Kriminalität vernichten. Eine härtere Bestrafung der Täter, die Menschen in Abhängigkeit und Selbsterstörung treiben, ist unabdingbar.

07. Soziale Marktwirtschaft: Arbeiten und Wirtschaften für eine bessere Welt

Unser Arbeiten und Wirtschaften dient der Sicherung der materiellen Grundlagen unseres Daseins und der Mehrung persönlicher Entfaltungschancen durch Leistung. Wirtschaft ist kein Selbstzweck.

Unsere wirtschaftlichen Anstrengungen sollen das System der sozialen Sicherung auf hohem Niveau festigen, durch eigene Maßnahmen und internationale Kooperation die Ökosysteme besser schützen und den technischen Fortschritt fördern.

Die Soziale Marktwirtschaft - ein Erfolgsmodell

Eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist der Garant der persönlichen Freiheit. Eine auf dem Grundsatz der Vertragsfreiheit aufbauende Privatrechtsordnung ist das Fundament der Marktwirtschaft. Die Freiheit, etwas zu beginnen und aufzubauen, über Privateigentum zu verfügen, gehört zu den unabdingbaren Voraussetzungen sinnvoller Selbstverwirklichung. Privates Eigentum muß rechtlich so abgesichert sein, daß es in seiner materiellen Substanz generationsübergreifend verfügbar bleibt.

Die Soziale Marktwirtschaft hat sich der Planwirtschaft in jeder Hinsicht als überlegen erwiesen. Sie bündelt die schöpferischen Kräfte der Menschen, ihre materielle Ergiebigkeit ist nicht nur die Quelle individuellen Wohlstands, sondern auch Voraussetzung für sozialen Frieden und Humanisierung der Arbeitswelt. Sozialer Friede und ein angemessenes Niveau sozialer Sicherheit sind notwendige Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Volkswirtschaft.

Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft gegen den erbitterten Widerstand der Sozialisten war eine epochale politische Leistung Ludwig Erhards. Sie ist auch das Modell für den wirtschaftlichen Neuaufbau in Osteuropa. Zur Sozialen Marktwirtschaft gibt es in einer freiheitlichen Gesellschaft keine Alternative.

Die Soziale Marktwirtschaft ist die Wirtschaftsordnung sozial und ökologisch verantworteter Freiheit. Sie entspricht den Idealen einer freiheitlichen Gesellschaft und entspringt der europäischen kulturellen Tradition. Sie gewährt den Unternehmern den Freiraum für den

optimalen Einsatz der Produktionsmittel in ihrer persönlichen Verantwortung und auf ihr eigenes Risiko, sie eröffnet den Arbeitnehmern die Chance auf gesellschaftlichen Aufstieg und mehr Einkommen durch Leistung; sie sorgt aber auch für Chancengleichheit und Verminderung sozialer Spannungen.

Die Soziale Marktwirtschaft ist eine anpassungsfähige lebendige Ordnung. Sie war und ist immer offen für notwendige soziale Korrekturen. Sie kann auch am besten sachgerechte Antworten auf die wachsenden ökologischen Herausforderungen geben. Es ist Aufgabe der Wirtschaftspolitik, die ökonomische und gesellschaftliche Dynamik mit den gesicherten ökologischen Notwendigkeiten in Einklang zu bringen. Der Staatsanteil am Bruttosozialprodukt ist in Grenzen zu halten, um die Innovationsfähigkeit der Unternehmen, das Schaffen von Arbeitsplätzen und das Wachstum des privaten Unternehmenssektors zu begünstigen und die Erhaltung unserer wettbewerbsorientierten Wirtschaftsordnung sicherzustellen. Nach Auffassung der CSU ist die Soziale Marktwirtschaft auch das Ordnungsprinzip für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, das möglichst unverfälscht durchgesetzt werden muß.

Wirtschaftspolitisches Handeln auf der internationalen Ebene

Die zunehmende internationale Arbeitsteilung steigert die gesamtwirtschaftliche Produktivität um den Preis der gegenseitigen Abhängigkeit der Volkswirtschaften.

Viele wirtschaftspolitische Probleme können nicht mehr im engen Rahmen eines Nationalstaats gelöst werden. Hoheitliches wirtschaftspolitisches Handeln wird immer mehr durch internationale Kooperation oder durch Entscheidungen auf internationaler Ebene ersetzt. Diese Entscheidungen müssen politisch transparent und für den Bürger nachvollziehbar sein.

Die CSU wird Kompetenzübertragungen auf supranationale Institutionen oder Organisationen nur nach dem Subsidiaritätsprinzip zustimmen, damit nationale und regionale Aufgaben nicht unnötig internationalisiert, sondern problemnah entschieden werden können.

Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland

Die Exportnation Deutschland muß die Grundlagen ihrer Leistungsfähigkeit erhalten und verbessern. Die Innovationskraft der Unternehmen, die Infrastruktur unseres Landes, Ideenreichtum, Ausbildung, Können und Fleiß der Menschen bieten die beste Voraussetzung dafür. Zur Sicherung der industriellen Basis der deutschen Volkswirtschaft ist eine Stärkung des Potentials an Produkt- und Verfahrensinnovationen durch Forschung, Entwicklung und Rationalisierung erforderlich. Dies schließt eine konzentrierte staatliche Förderung der Grundlagenforschung ein.

Der Staat muß durch eine Begrenzung der von ihm beeinflussbaren Lohnnebenkosten sowie durch eine Vereinfachung der Gesetzgebung und durch eine Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren seinen Beitrag zur Verbesserung der Standortbedingungen leisten. Zur Standortqualität gehört auch eine intakte Umwelt.

Nur durch das Zusammenwirken von Unternehmen, Staat und Sozialpartnern können wir unsere wirtschaftliche Position behaupten und den Erwartungen der Länder der dritten Welt und Osteuropas auf mehr Hilfe gerecht werden.

Weitere Ziele der Wirtschaftspolitik

Eine vorrangige nationale Aufgabe ist es, die Lebensverhältnisse in den neuen Ländern an die Lebens- und Arbeitsbedingungen im westlichen Teil Deutschlands heranzuführen.

Die CSU will die Zusammenarbeit mit den mittel- und osteuropäischen Staaten vertiefen und auf möglichst viele Gebiete ausdehnen, um ihre Bindung an Zentraleuropa zu festigen und sie auf den Beitritt zur Europäischen Union vorzubereiten. Die übrigen Staaten Osteuropas und der GUS sollen in ihren Bemühungen, stabile freie und soziale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen zu errichten, nachhaltig unterstützt werden. Dies dient auch der Schaffung stabiler politischer Verhältnisse in ganz Europa. Zur Entschärfung des wirtschaftlichen Nord-Süd-Gegensatzes und zur Milderung des Zuwanderungsdrucks auf die Wohlstandszone Europa muß eine umfassende Entwicklungsstrategie entwickelt werden.

Dieser weite Fächer von Aufgaben kann nur bewältigt werden, wenn wir den Innovationswettbewerb mit den hoch entwickelten Volkswirtschaften Nordamerikas und des pazifischen Beckens bestehen. Voraussetzung dafür ist die Sicherung und Verbesserung der Qualität des Industriestandorts Deutschland.

Wettbewerb stärken

Wirtschaftliche Ziele lassen sich nur erreichen und die Leistungskraft der deutschen Wirtschaft nur dann sichern, wenn ein funktionsfähiger Leistungswettbewerb besteht und aufrechterhalten wird. Grundlage einer dynamischen Wirtschaft ist eine ausgewogene Unternehmensstruktur mit einer Vielzahl von Unternehmen verschiedener Größe. Wir wollen sie auch mit Hilfe des Wettbewerbsrechtes erhalten. Sie stärkt den Wettbewerb und ist eine Stütze unserer freien Gesellschaft.

Notwendig ist auch ein wirksamer Verbraucherschutz gegen mißbräuchliche Gestaltung von Formularverträgen und eine sachgerechte Produktinformation. Der wirtschaftliche Wettbewerb ist sowohl national als auch auf europäischer Ebene zunehmend durch industriepolitische Interventionen gefährdet. Diesen Tendenzen gilt es zu wehren, weil sie die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft nachhaltig mindern würden. Für die CSU gilt der Grundsatz: Eine gute Wettbewerbspolitik ist die beste Industriepolitik.

Industriepolitische Einflüsse müssen bei der europäischen Fusionskontrolle schon institutionell wirksam ausgeschlossen werden. Deshalb muß ein europäisches Kartellamt geschaffen werden, das für die Kontrolle von Zusammenschlüssen unter rein wettbewerblichen Aspekten zuständig sein soll. Bei der Untersagung einer Fusion sollte die Europäische Kommission in einer zweiten Kontrollstufe aus allgemein wirtschaftspolitischen Erwägungen eine abweichende Entscheidung treffen können.

Die zunehmende Globalisierung des Wettbewerbs hat auch eine Internationalisierung der Wettbewerbsbeschränkungen zur Folge. Weder das nationale noch das regionale Wettbewerbsrecht der EU können diese Entwicklung hinreichend kontrollieren. Deshalb wird die CSU alle Initiativen fördern, um im Rahmen des GATT zu einer fairen internationalen Wettbewerbsordnung als Grundlage der internationalen Arbeitsteilung zu kommen.

Mittelstand - Rückgrat einer freien Gesellschaft

Ohne eine breite Schicht von Selbständigen, sei es als gewerbliche Unternehmer, als Handwerker oder als Angehörige freier Berufe, kann eine freiheitliche Gesellschaft nicht funktionieren. Der mittelständische Unternehmer gewährleistet mit seiner Risikobereitschaft und Dynamik, mit seinen Eigenschaften wie Eigeninitiative, Selbstverantwortung, Kreativität, Flexibilität und Fleiß wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität. Der Mittelstand sichert Kreativität und Dynamik unserer Wirtschaft. Er trägt zu einem hohen Beschäftigungs- und Ausbildungsniveau bei.

Vielfalt und Dynamik der mittelständischen Wirtschaft müssen gesichert und deshalb deren größenspezifische Nachteile durch geeignete Angebote, vor allem bei Beratung, Information und Kapitalbeschaffung, gemildert werden.

Die CSU will das "Fenster der Selbständigkeit" als besondere Chance für Flexibilität der Wirtschaft und beruflichen Aufstieg weit öffnen.

Die CSU will eine breite Schicht selbständiger Existenzen, um wirtschaftliche und politische Macht zu dezentralisieren sowie Unternehmergeist und individuelle Freiheit dauerhaft in unserer Gesellschaft zu verankern.

Der wirtschaftliche Wandel eröffnet neue Tätigkeitsbereiche für Selbständige, insbesondere bei den Dienstleistungen und im Umweltschutz.

Stabilität der Währung sichern

"Gutes Geld" ist für die Soziale Marktwirtschaft ebenso wichtig wie eine strikte Wettbewerbsordnung. Nur eine politisch unabhängige Notenbank sowie deren Verpflichtung auf eine konsequent stabilitätsorientierte Geldpolitik können Vertrauen in unsere Währung sichern. Die CSU setzt sich daher wie bisher kompromißlos für die Unabhängigkeit der Bundesbank auch im jetzt größeren Deutschland ein. Das gleiche gilt für die zu schaffende Europäische Zentralbank im Vollzug der Wirtschafts- und Währungsunion.

Eine europäische Wirtschafts- und Währungsunion ist notwendig. Die Stabilität der Währung darf dabei unter keinen Umständen gefährdet werden. Inflation darf niemals ein bequemer Ausweg bei Überbeanspruchung der Produktivität und für eine unsolide öffentliche Haushaltspolitik sein.

Die Energieversorgung langfristig sichern

Die Knappheit der Rohstoffe und die Begrenztheit der Energiereserven stellen eine ständige Bewährungsprobe für die Anpassungsfähigkeit der Marktwirtschaft und eine Herausforderung an Forschung und Technologie dar. Sparsamer Umgang und Wiederverwertung von Rohstoffen, Kampf gegen Energieverschwendung und die weltweite Suche nach neuen und regenerativen Energien werden diese Aufgabe bewältigen helfen.

Es bedarf gemeinsamer Anstrengungen von Staat und Wirtschaft, damit unsere Volkswirtschaft langfristig mit Energie und Rohstoffen zu bezahlbaren Preisen versorgt werden kann. Eine Diversifizierung der Energieeinfuhren verringert das politische Versorgungsrisiko.

Die Kosten der Energiesicherung müssen wettbewerbsneutral aufgebracht werden. Die heimischen Energieträger, Steinkohle, Braunkohle und Wasserkraft, sind zu nutzen, soweit dies ökologisch und wirtschaftlich vertretbar ist. Die CSU fordert, die Energieforschung verstärkt zu fördern, damit neue und regenerative Energiequellen beschleunigt entwickelt und auf dem Markt eingeführt werden.

Zur Sicherung der nationalen Energieversorgung und zur Vermeidung weiterer ökologischer Risiken kann auf den weiteren Ausbau der Kernkraftwerke nicht verzichtet werden. Der Bau dieser Anlagen muß so erfolgen, daß die Umwelt voll geschützt wird.

Alle am Wirtschaftsprozeß Beteiligten, die produzierende Wirtschaft wie die privaten Haushalte, müssen stärker als bisher Energie einsparen. Die Rückgewinnung von Rohstoffen ist zu fördern. Die Anstrengungen auf nationaler Ebene müssen durch die Solidarität der Industriestaaten und eine möglichst enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Rohstoff- und Energieerzeugungsländern im Rahmen ungehinderter Handelsbeziehungen und eines freien Zwischenverkehrs abgesichert werden. Die Christlich-Soziale Union fordert, daß die Europäische Union auf diesem Gebiet den ihr zukommenden Auftrag erfüllt.

Verantwortung der Sozialpartner für Arbeitsplätze

Sinnvolle Arbeit ist die Voraussetzung für ein erfülltes Leben. Die Schaffung von Arbeitsplätzen ist daher die beste Sozialpolitik. In der Sozialen Marktwirtschaft regeln die Sozialpartner Arbeitsbedingungen, Lohn- und wesentliche Lohnnebenkosten. Die Tarifautonomie ist deshalb der Schlüssel zu Arbeitsplätzen und Vollbeschäftigung. Arbeitgeber und Arbeitnehmer schaffen miteinander den Wertzuwachs ihrer Unternehmen. Beide zusammen erarbeiten den materiellen Wohlstand unseres Volkes.

Staatliche Arbeitsmarktpolitik hat lediglich ergänzende Aufgaben. Die Arbeitslosenversicherung dient der sozialen Absicherung von Arbeitslosigkeit und der beruflichen Wiedereingliederung.

Nur die Leistungskraft unserer Wirtschaft und fachliche Qualifikation unserer Arbeitnehmer zusammen sichern die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Wir brauchen die Güte der schulischen Bildung und beruflichen Ausbildung, verbunden mit Spitzenleistungen in Wissenschaft und Technik.

Das Berufsleben erfordert immer mehr und immer höhere Qualifikationen. Dabei kommt der beruflichen Weiterbildung wachsende Bedeutung zu. Die Christlich Soziale Union wird deshalb unser gegliedertes leistungs fähiges Bildungs- und Ausbildungssystem aller Stufen auf hohem Niveau halten und ausbauen.

Die Christlich-Soziale Union will verhindern, daß die Gesellschaft auseinanderfällt in produktive Schichten, die den Technologiewandel bewältigen, und in solche, die den ständig steigenden wissensmäßigen Anforderungen der Arbeitswelt nicht gerecht werden können.

Durch Weiterbildungsprogramme, die Förderung neuer Berufsbilder und geeignete soziale Betreuungsmaßnahmen ist dafür zu sorgen, daß die Arbeitnehmer, die den Anforderungen der modernen Industriegesellschaft nicht oder nicht voll gewachsen sind, in das Wirtschaftsleben integriert werden.

Wirtschafts- und Sozialethik erneuern

Die Soziale Marktwirtschaft ist mehr als eine Wirtschaftsordnung, sie ist in ihrer ethischen Grundhaltung gemeinwohlorientiert. Dieser Wirtschaftsethik entspricht eine Sozialgesinnung und ein Umweltbewußtsein, nach denen jeder Bürger den ihm möglichen Beitrag zur Sicherung und Verbesserung unserer Lebensgrundlagen erbringt. Gesellschaftlich geduldete Aussteigermentalität ist sozial schädlich. Alternative Lebensgestaltung darf nicht mit Leben auf Kosten anderer verwechselt werden. Gegen den Mißbrauch sozialer Leistungen und steuerlicher Regelungen ist verstärkt vorzugehen. Die Christlich-Soziale Union vertritt eine solidarische, auf Leistung und Eigenverantwortung ge gründete Wirtschafts- und Sozialethik.

Leistungsfähigkeit und Umverteilungsbereitschaft sind kommunizierende Röhren. Wird die Umverteilung in der Sozialen Marktwirtschaft überbetont, so geht dies zu Lasten der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft. Angesichts der stark gewachsenen Belastung der öffentlichen Haushalte durch die deutsche Einheit und in Anbetracht beachtlicher Haushaltseinkommen hält die Christlich Soziale Union eine Entlastung der sozialen Sicherungssysteme durch verstärkte individuelle Vorsorge für erforderlich, wo immer dies sozial verträglich ermöglicht werden kann. Unser komplexes Wirtschafts- und Sozialsystem wird nur dann wachsenden Anforderungen gerecht werden, wenn die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft gewahrt und die Leistungsträger vor Überforderung geschützt werden. Persönliche Leistung muß sich lohnen.

Die Leistungskraft der Sozialen Marktwirtschaft ist ebenso abhängig von der Leistungsbereitschaft aller am Wirtschaftsleben Beteiligten. Ohne Fleiß und Leistung hätte es nach dem Krieg kein deutsches Wirtschaftswunder gegeben. Arbeitsethos, Verantwortungsbereitschaft, Teamgeist und fähiges Management sind auch im ver schärften internationalen Wettbewerb notwendiger denn je, wenn wir Wohlstand und soziale Sicherheit halten wollen.

08. Leistungsgerechte Steuern und solide Finanzen

Steuern bilden die materielle Grundlage unseres Staates. Jeder einzelne Staatsbürger erbringt nach seiner finanziellen Leistungsfähigkeit einen Beitrag zur Bewältigung der Staatsaufgaben. Der Staat schuldet dafür seinen Bürgern Anerkennung und Respekt unabhängig von ihrer Leistungskraft. Der Bürger erwartet sparsamen und verantwortungsbewußten Umgang mit den von ihm erbrachten Leistungen. Der Staat ist daher zur Rechenschaft verpflichtet und zwar im Sinne von Haushaltswahrheit, Haushaltsklarheit und Wirtschaftlichkeit. Eine gerechte Steuererhebung hat Vorrang vor weiteren all gemeinen Steuererhöhungen. Die Steuerpolitik der Christlich-Sozialen Union muß der Aufgabe dienen, in Deutschland eine leistungsgerechte Besteuerung von Arbeitnehmern und Unternehmern sicherzustellen.

Die im Rahmen der deutschen Wiedervereinigung zu erwartenden Belastungen müssen gerecht verteilt werden. Die finanziellen Folgen der Wiedervereinigung einschließlich der hohen Altlasten des SED-Regimes können nicht in wenigen Jahren verkraftet werden. Die im Zusammenhang mit der deutschen Einheit stehenden finanziellen Lasten ändern nichts an der Entschlossenheit der CSU, die Verschuldung der öffentlichen Haushalte in engen Grenzen zu halten. Die Privatisierung des Erwerbsvermögens des Bundes und der übrigen Gebietskörperschaften muß konsequent fortgesetzt werden. Dies gilt insbesondere für das kommunale Angebot wirtschaftlicher Leistungen.

Wegen der verschärften Konkurrenz auf den Weltmärkten ist die Fähigkeit zu innovativem Wettbewerb von entscheidender Bedeutung. Die Steuerpolitik hat dem ebenso Rechnung zu tragen wie der Anpassung der steuerlichen Rahmenbedingungen an den europäischen Binnenmarkt. Die Steuerpolitik hat einen Beitrag zur Verbesserung der Standortbedingungen Deutschlands zu leisten.

Ertragsunabhängige Steuern der Unternehmen sind mittelfristig abzubauen. Sie dürfen Investitionen nicht be- oder verhindern. Die Steuerbelastung der Unternehmen darf nicht zu einseitigen Nachteilen des Standortes Deutschland im Verhältnis zu den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und den anderen Industriestaaten führen.

Die Wachstumsgrundlagen für die Zukunft sind durch eine mittelstandsfreundliche Steuerpolitik weiter zu stärken. Die Vereinfachung des Steuerrechts und eine möglichst unbürokratische Umsetzung der europäischen Beschlüsse zur Harmonisierung der indirekten Steuern, insbesondere im Hinblick auf kleine und mittlere Unternehmen, sind vorrangige Ziele der Steuerpolitik. Langfristig müssen auch die direkten Steuern innerhalb der Europäischen Union angepaßt werden.

Hauptaufgabe der Finanzpolitik ist es, die für die Erfüllung der staatlichen Aufgaben erforderlichen Mittel zu beschaffen, für ihre sparsame und zweckmäßige Verwendung zu sorgen. Die Christlich-Soziale Union tritt ein für Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und die Einhaltung einer hohen Investitionsquote als verbindliche Grundsätze öffentlicher Ausgabenpolitik.

Die Christlich-Soziale Union steht weiterhin für eine solide Haushaltspolitik ein. Einsparmöglichkeiten sind konsequent auszunutzen und Ausgaben sollten grundsätzlich nicht über den jährlich zu erwartenden Zuwachs des realen Bruttosozialprodukts ansteigen. Die haushaltspolitischen Kriterien des Vertrages von Maastricht sind baldmöglichst zu erfüllen. Eine ordnungsgemäße Haushaltspolitik vor allem im Bund kann Vorbild sein für die Europäische Union und die Wirtschafts- und Währungsunion.

09. Verkehr und Mobilität: Für menschliche Begegnung und internationale Arbeitsteilung

Gleichwertige Lebensbedingungen im ganzen Land sind ohne Mobilität und Verkehr nicht möglich. Die Bewegungsfreiheit der Menschen, der Austausch von Gütern und Dienstleistungen sind Grundvoraussetzungen wirtschaftlichen Handelns und eines gesicherten Wohlstandes in einer arbeitsteiligen und freiheitlichen Gesellschaft. Verkehr entspringt dem menschlichen Bedürfnis nach persönlicher Bewegungsfreiheit und Kommunikation. Verkehrswege sind Lebensadern der Wirtschaft im nationalen wie im weltweiten Rahmen.

Der Verkehr wächst mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Technischer Fortschritt und ein geschichtlich bisher einmaliger Wohlstand haben in Deutschland, verstärkt durch EG-Binnenmarkt und Öffnung der Grenzen zu Mittel- und Osteuropa, das Verkehrsaufkommen sprunghaft gesteigert. Auf Bayern und Deutschland als Haupttransitländer in der Mitte Europas kommen besondere Belastungen zu.

Ein weiteres ungezügelt anwachsende des Verkehrs führt bei ausgelasteter Verkehrsinfrastruktur in den Verkehrskollaps. Die Mobilität von Millionen stößt in Deutschland erkennbar an volkswirtschaftliche und ökologische Grenzen. Der Verkehr belastet zunehmend die Umwelt. Die Bewältigung der Verkehrsprobleme wird zu einer Schlüsselfrage unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zukunft. Unsere freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung steht hier vor einem deutlichen Zielkonflikt. Die CSU stellt sich dieser Herausforderung. Der Verkehrsraum kann nicht unbeschränkt und einseitig auf Kosten von Mensch und Natur, zu Lasten der Landschaft und der gewachsenen Städte und Dörfer vermehrt werden. Deshalb bedarf die Verkehrspolitik einer grundlegenden Neuorientierung.

Verkehrspolitik muß unter Wahrung der Umwelt in erster Linie Freiheit und Wohlstand sichern und in diesem Rahmen der Wirtschaft dienen. Die CSU will auch künftig Freiheit für die notwendige Mobilität von Personen, Gütern und Dienstleistungen sichern.

Verkehr vermeiden

Verkehr soll vermieden werden, wo immer es möglich ist. Das erfordert einen Bewußtseinswandel. Wirtschaftliches Wachstum soll ohne weiteres Wachstum des Verkehrs möglich werden. Die CSU wird deshalb die marktwirtschaftlichen und ordnungspolitischen Voraussetzungen dafür schaffen, daß unnötiger Verkehr, vor allem unnötiger Güterverkehr, vermieden wird. Auch wo eine Begrenzung oder Steuerung des motorisierten Personen-Individualverkehrs erforderlich ist, muß sie mit Mitteln des Marktes, nach dem Verursacherprinzip und nach den Grundsätzen der Gleichheit und der sozialen Gerechtigkeit erfolgen.

Die Verkehrsinfrastruktur muß unter Beachtung der Umwelt und nach den Erfordernissen einer gleichgewichtigen Landesentwicklung regional ausgewogen in Stadt und Land ausgebaut werden. Der Staat hat verkehrspolitische Rahmenbedingungen zu schaffen, die die

Belastungen für Mensch und Natur möglichst minimieren. Die Leistungsfähigkeit von Straße, Schiene, Luft und Wasser ist nach den Kriterien ökologischer Verträglichkeit, volkswirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, wirtschaftlichem Aufwand und Sicherheit neu zu bewerten.

Vernetzung der Verkehrsträger verbessern

Die Verkehrspolitik der CSU strebt eine dichte Vernetzung aller Verkehrsträger im Güter- und Personenverkehr an, insbesondere von Straße, Schiene, Luft- und Wasserwegen. Moderne elektronische Informationssysteme sind für eine optimale Steuerung der Verkehrsflüsse zu nutzen.

Schiene und Binnenschifffahrt müssen als umweltfreundliche Verkehrsträger gestärkt werden. Nur so kann der Zuwachs des Verkehrs bewältigt werden. Die Bahnen müssen wirtschaftlicher geführt und für gemeinwirtschaftliche defizitäre Leistungen von der öffentlichen Hand entschädigt werden. Die Modernisierung und die Reform der Bahnen dienen diesem Ziel.

Nach Auffassung der CSU haben die Schiene und der kombinierte Verkehr aus ökologischen Gründen die größtmöglichen Zuwächse des Massenverkehrs zu übernehmen. Die CSU tritt auch im Schienenverkehr für eine neue funktions- und interessengerechte Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen ein. Nach dem Grundsatz der Subsidiarität müssen die Kompetenzen und die dafür nötigen Finanzmittel nach unten verlagert werden.

Fairer Lastenausgleich in Europa

Die CSU wird mit den Instrumenten der Marktwirtschaft den Wettbewerb der Verkehrsträger Straße, Schiene, Luft und Wasser nach dem Grundsatz der Kostenwahrheit stärken. In einem europäischen freien Binnenmarkt sind die Mobilitätsbedingungen für Personen und Güter nur dann gleich, wenn die Kosten des Verkehrs künftig verstärkt dort erhoben werden, wo sie anfallen. Bayern und Deutschland als Kern- und Haupttransitländer in Europa haben ein berechtigtes Interesse an der regionalen Verteilung des Verkehrs und einer gerechten Kostenbelastung des durchrollenden Individual- und Güterverkehrs. Die CSU setzt sich deshalb für eine ausgewogene Steuerung der Verkehrsströme und für ein europäisches Konzept der Verkehrswegefinanzierung ein, das einen gerechten Lastenausgleich zwischen Ursprungs-, Transit- und Zielländern verwirklicht. Der internationale Verkehr ist insbesondere durch Einführung eines EU-konformen Abgabesystems an den Wegekosten zu beteiligen.

Die gewaltsame Teilung Europas in der Nachkriegszeit hat den Ausbau der Verkehrswege zwischen West und Ost weitgehend unterbunden. Der jetzt zunehmende Verkehr erzwingt den raschen Ausbau der alten Verkehrswege und die Schaffung neuer leistungsfähiger Transitstrecken. Nur mit verkürzten Planungs- und Genehmigungszeiten einschließlich Gerichtsverfahren kann diesen Erfordernissen Rechnung getragen werden.

Den Öffentlichen Nahverkehr stärken

Die Verkehrssituation in den Ballungs- und Verdichtungsräumen erfordert einen weiteren Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs. Benutzerfreundliche und sichere Bahnen und Busse im Taktverkehr sind Alternativen zum belastenderen Individualverkehr. Nach Auffassung der CSU muß der straßen- und umweltentlastende öffentliche Personennahverkehr, auch Fußgänger- und Fahrradwege nachhaltig gefördert werden. In hoch belasteten Verkehrsräumen ist Bahnen und Bussen Vorrang einzuräumen. Das Straßennetz muß funktionsfähig bleiben. Auch der ländliche Raum braucht eine Grundversorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Nach wie vor ist dort der Individualverkehr unverzichtbar.

Das Kraftfahrzeug wird auch in Zukunft einen erheblichen Teil des Personen- und Güterverkehrs bewältigen müssen. Deshalb ist es Ziel der CSU, die Fahrzeug- und Verkehrstechnik europaweit zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und zur Verminderung der Umweltbelastungen zu verbessern. Dazu zählen die Reduzierung der Schadstoffemissionen, des Kraftstoffverbrauchs, der Lärmentwicklung, die Verkehrlenkung in Ballungsgebieten und die Wiederverwertbarkeit von Altfahrzeugen. Bund und EU haben die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß diese Ziele mit marktwirtschaftlichen Instrumenten und damit auch durch Benutzervorteile für besonders verbrauchs-, abgas- und lärmarme Kraftfahrzeuge erreicht werden.

10. Stadt und Land: Lebensräume gestalten

Stadt und Land sind gewachsene Lebensräume, vermitteln Heimat, spiegeln die Geschichte Bayerns wider und drücken bayerisches Lebensgefühl aus. Städtisches und ländliches Leben zusammen bestimmen die Lebenswirklichkeit in Bayern. Für die CSU ist Landesentwicklung Politik für den Menschen im städtischen und ländlichen Raum, wie dies der kulturellen Entwicklung unseres Landes entspricht. Die CSU betreibt eine Politik des Miteinander von Stadt und Land. Sie sorgt dafür, daß aus der Verschiedenheit kein Gegeneinander, sondern ein fruchtbares Miteinander erwächst.

Integrationskraft und Lebensqualität der Städte erhalten

Großstädte und Ballungsräume geraten in Gefahr, in nicht mehr steuerbare, unregierbare Größen zu wachsen. Die CSU lehnt unkontrollierte Verstädterung und Konzentration ab, damit eine gestaltende Politik für die Stadt möglich bleibt. Die Strukturen vieler Städte verändern sich: Zuwanderung von Ausländern einerseits, die Abwanderung junger Familien andererseits, verschärfte soziale Spannungen durch zunehmende Wohnungsnot, eine Pluralisierung der Lebensstile bei gleichzeitiger weltweiter Angleichung der Lebensformen und ein Wandel der Standortanforderungen von Wirtschaft und Gewerbe bringen viele Städte an die Grenzen ihrer Fähigkeit zur Integration und Identitätsvermittlung und damit an die Grenzen ihrer politischen Regierbarkeit. Spürbare Tendenzen zur Verwahrlosung und eine wachsende Anonymisierung bis hin zum Verlust an kultureller Identität in Stadtbild und Stadtleben sind deutliche Zeichen dafür.

Die menschengerechte Stadt ist das Leitbild der Städte- und Wohnungsbaupolitik der CSU. Sie muß den Bürgern über das Angebot an Wohnungen und lebenswichtiger Infrastruktur hinaus Teilhabe am Gemeinwesen und dauerhafte Verbundenheit mit ihrer Heimat ermöglichen. Dies erfordert überschaubare Stadtstrukturen mit Räumen für Wohnen, Leben, Arbeit und Erholung.

Die überzogene räumliche Trennung von Wohngebieten, Gewerbe- und Geschäftsvierteln sowie Erholungsanlagen hat teilweise zur Abdrängung der Wohnbevölkerung in Vororte und Umland, zur Verödung der Innenstädte und zu erheblichen Verkehrsproblemen geführt. Die Städtebaupolitik muß zwar gegenseitig unverträgliche Lebensfelder trennen, aber im Interesse einer menschen- und umweltgerechten urbanen Entwicklung natürliche Lebensbedürfnisse möglichst kleinräumig verbinden. Dies gilt auch für die Sanierung und Wiederbelebung der Altstädte. Verkehr läßt sich vermeiden, wenn unsere Siedlungsstrukturen Wohnungen und Arbeitsplätze möglichst nahe zueinander bringen. In der Regionalplanung sind verstärkt die Interessen von Stadt und Umland abzugleichen.

Durch die zunehmende Motorisierung droht den Innenstädten ein Verkehrskollaps. Deshalb ist der öffentliche Personennahverkehr verstärkt auszubauen. In den Städten gebührt ihm Vorrang vor dem Individualverkehr. Die Umstiegsmöglichkeiten zwischen privaten und öffentlichen Verkehrsmitteln sind in den Verdichtungsräumen entscheidend zu verbessern. Es ist Aufgabe von Städten und Gemeinden, im Rahmen ihrer Planungshoheit dafür Sorge zu tragen, daß parallel zur Ausweisung neuer Gewerbe- und Industriegebiete auch ausreichend neuer Wohnraum geschaffen wird.

Das Unsicherheitsgefühl der Bürger in Städten ist spürbar und wächst. Dies zu beheben, kann allein mit staatlichen Mitteln nicht gelingen. Die Unkultur des Wegschauens muß überwunden werden. Jeder Stadtbürger muß dazu seinen Beitrag leisten, Unordnung und Verwahrlosung und den Verlust an Schutz und Freiheit in seiner Stadt abzuwehren.

Die CSU betrachtet es als eine politische Aufgabe, durch eine koordinierte Stadtplanung, durch Siedlungs- und Wohnungsbau ebenso wie durch eine stadtgerechte Sozial- und Sicherheitspolitik die Stadt als sicheren Ort der Zivilisation und Kultur, als Gemeinschaft freier Bürger zu erhalten und zu stärken. Mit einem neuen städtischen Zusammengehörigkeitsgefühl muß den Desintegrationstendenzen moderner Städte begegnet werden. Jeder Bürger muß auch in der Großstadt Schutz, Sicherheit und Fürsorge finden.

Ziel der CSU und wesentliches Element bürgerlicher Stadtpolitik ist der Erhalt oder die Wiedergewinnung dieser Schutzfunktion der Stadt, auf daß "Stadtluft" wieder "frei macht" zu gemeinsamer urbaner, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Kreativität und Prosperität.

Wohnraum für alle schaffen

Das Sozialstaatsprinzip stellt Bund, Ländern und Gemeinden die politische Aufgabe, im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft für ausreichend Wohnraum für alle Bürger zu sorgen. Die Wohnungsbaupolitik der CSU hat zum Ziel: Wohnungseigentum für möglichst viele und familiengerechte Wohnungen für alle!

Die Ansprüche der Bürger an Wohnung und Wohnumfeld steigen. Die soziale Wohnungsmarktwirtschaft leistet für das Wohnen Hilfe zur Selbsthilfe. Solange Wohnungen fehlen, ist der soziale Wohnungsbau auf hohem Niveau weiter zu fördern und die Fehlbelegung von Sozialwohnungen abzubauen. Die CSU wird persönliche Förderung einkommensschwacher Mieter verstärken und die Wohnungseigentumsförderung gezielt verbessern. Die Mieterunterstützung hat Vorrang, wenn der Wohnungsmarkt ausgeglichen ist. Wo Wohnungsdefizite bestehen, ist der Bau von Sozialwohnungen zusätzlich zu fördern. Investitionen in eine Wohnungsbaugenossenschaft müssen steuerlich ebenso begünstigt werden wie die Schaffung einer eigengenutzten Wohnung, um Versorgungsengpässe für Einkommensschwächere abzubauen. Soziale Schutzvorschriften müssen Mieter vor einer ungerechtfertigten Ausnutzung der Wohnungsknappheit schützen, sie dürfen aber nicht die Investitionsbereitschaft in den Wohnungsbau erdrosseln.

Die CSU wird sich in den Städten und Gemeinden dafür einsetzen, daß durch verstärkte Baulandausweisungen der Wohnungsmarkt wieder ins Gleichgewicht kommt. Natürlich haben dabei die Ausnutzung bereits bebauter Flächen und die Förderung verdichteter Bauweisen Vorrang. Aber die pauschale Diffamierung der Baulandausweisung als Landschaftsversiegelung ist eine Brückierung wohnungssuchender Bürger.

Solange das Wohnungsdefizit anhält, müssen das Angebot an Bauland erheblich erhöht, das Horten baureifer Grundstücke unterbunden werden. Diesem Ziel hat auch das Bodenrecht zu dienen. Es darf nicht dazu verleiten, baureife Grundstücke als totes Kapital zu horten, sondern muß dazu führen, Bauland wie ein mobiles Wirtschaftsgut zum Vorteil des Eigentümers und zum Nutzen aller der Bebauung zuzuführen. Die CSU wird alle bau- und steuerrechtlichen Instrumente auch auf kommunaler Ebene schaffen und ausschöpfen, um sozial-

verpflichtetes Eigentum an Bauland verfügbar zu machen, wo der Wohnungsmangel dies gebietet. Die CSU wird durch steuerrechtliche Förderungen den Mietwohnungsbau stärken und Investitionen in den Mietwohnungsbau lenken.

Das Land - Lebensraum mit Zukunft

Der ländliche Raum prägt das Bild Bayerns entscheidend. Er ist Wohn-, Arbeits- und Lebensraum für mehr als die Hälfte der bayerischen Bevölkerung. Der Zug zum Leben auf dem Land ist eine Folge des in den letzten Jahrzehnten erfolgreich vollzogenen Strukturwandels im ländlichen Raum. Neben bäuerlichen Betrieben bieten heute vor allem eine Vielzahl leistungsfähiger Unternehmen moderne Arbeitsplätze. Die Überschaubarkeit der Lebensverhältnisse, praktizierte Nachbarschaft und günstige Umweltbedingungen sind heute geschätzte Vorteile des ländlichen Raumes. Die Verfügbarkeit von wirtschaftlichen Standorten sowie kostengünstige Kommunikationstechniken und ihre dezentralen Einsatzmöglichkeiten eröffnen dem ländlichen Raum besondere Entwicklungsperspektiven. Er hat heute so gute Zukunftschancen wie noch nie in seiner Geschichte.

Die CSU hat sich dem ländlichen Raum schon immer besonders verpflichtet gefühlt und ihn nachhaltig gefördert. Der Ausbau der Verkehrswege, die Schaffung neuer Arbeitsplätze, eine Vielzahl schulischer und kultureller Einrichtungen, Krankenhäuser sowie Freizeit- und Erholungsstätten haben die Versorgungsinfrastruktur maßgeblich verbessert und damit die Attraktivität des Lebens auf dem Land entscheidend erhöht.

Ziel der CSU ist es, den ländlichen Raum als Heimat für seine Bevölkerung zu bewahren und sein unverwechselbares Gesicht zu erhalten. Es geht darum, seine eigenständige Entwicklung überlegt zu gestalten. Das Land ist ein Lebensraum mit eigenem Wert und eigenständiger Entwicklung. Der ländliche Raum hat Anspruch auf gleichwertige Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten. Ziel unserer Politik war und ist es, die Lebensqualität im ganzen Land zu verbessern und gleichzeitig die siedlungsstrukturelle und kulturelle Identität der verschiedenen Teilräume zu sichern und zu unterstützen.

Die CSU will die Selbstverantwortung der Menschen im ländlichen Raum stärken. Dazu gehört auch die organische Eigenentwicklung von Dörfern, Märkten und Städten.

Dabei ist der Einsatz staatlicher Fördermittel stärker an die Ideen und Impulse, die aus der Region selbst kommen, zu binden.

11. Land- und Forstwirtschaft: Grundpfeiler des ländlichen Raumes

Die Land- und Forstwirtschaft ist nach unserem Verständnis ein Grundpfeiler des ländlichen Raumes, ein tragender Baustein unserer Gesellschaft, dessen politische, soziale, ökologische und kulturelle Bedeutung seine wirtschaftliche Wertschöpfung weit übertrifft. Sie ist darüber hinaus ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, auf den die CSU nicht verzichten wird. Die bayerische Kulturlandschaft ist seit alters her weithin durch die bäuerliche Landwirtschaft geformt worden. Die bayerische Volkskultur ist Generationen lang von bäuerlichen Traditionen und Werten geprägt. Deutschland ist neben Frankreich in der EU zum wichtigsten Agrarerezeugerland aufgestiegen. Bayern hat sich vom Agrarimporteur zum bedeutendsten Agrarexportland Deutschlands entwickelt. Eine bäuerlich betriebene Landwirtschaft sichert am besten die Ernährung unserer Bevölkerung und versorgt sie mit hochwertigen Nahrungsmitteln und nachwachsenden Rohstoffen. Sie pflegt die heimische Kulturlandschaft und erhält unsere natürlichen Lebensgrundlagen.

Die CSU ist sich der Bedeutung bewußt, die eine leistungsfähige bäuerliche Landwirtschaft als Teil eines freien und selbständigen Mittelstandes für eine moderne Industriegesellschaft und deren Lebens- und Erholungsbedürfnisse besitzt. Die CSU tritt für eine zukunftsorientierte Land- und Forstwirtschaft ein, die sich zusammen mit der gesamten Agrarwirtschaft im Wettbewerb des Europäischen Binnenmarktes behaupten kann. Wettbewerbsverzerrungen sind abzubauen. Die CSU fördert mit Nachdruck die Entwicklung und Verwendung von nachwachsenden Rohstoffen, die geeignet sind, die Vorräte an fossilen Brennstoffen zu schonen oder andere Rohstoffe zu ersetzen, um unsere Umwelt zu entlasten.

Anhaltender Strukturwandel

In den letzten Jahrzehnten hat die Landwirtschaft in den westlichen Industrieländern ihre Produktivität dank biologischer, organisatorischer und mechanisch-technischer Fortschritte außerordentlich erhöht. Aus einer Unterversorgung mit Nahrungsmitteln zur Gründungszeit der Europäischen Gemeinschaft entwickelte sich eine breit angelegte Überschussproduktion. Die Produktivität wird als Folge einer verantwortlichen Nutzung des technischen Fortschritts, unter anderem der Gentechnologie, weiter steigen. Die Produktivitätssteigerung ist mit ursächlich für den massiven Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland und den rasanten Strukturwandel in der Landwirtschaft. Diese Entwicklung hat weitreichende Folgen für die Stellung der Landwirtschaft in der modernen Industriegesellschaft.

Der Strukturwandel wird weitergehen. Mehr Menschen auf dem Land müssen ihr Einkommen oder einen Teil ihres Einkommens in neuen Tätigkeitsfeldern inner halb oder außerhalb der Landwirtschaft suchen. Auch die landwirtschaftliche Produktion wird sich noch stärker differenzieren.

Die Bedeutung der Produktqualität wird weiter zunehmen. Dazu gehört auch eine tier- und umweltgerechte Produktion, einschließlich des ökologischen Landbaus. Der Binnenmarkt verstärkt den europäischen Wettbewerb sowie die Konzentrations- und Spezialisierungstendenzen. Regionen und Produzenten, die sich darauf einstellen, bieten sich große Chancen.

Umweltverträgliche Landwirtschaft

Die ökologische und landeskulturelle Funktion der Landwirtschaft gewinnt erheblich an Gewicht. Die Erhaltung der Kulturlandschaft und die Pflege der natürlichen Lebensgrundlagen sind nicht nur ein Nebenprodukt der Nahrungsmittelerzeugung, sondern gehören zu den originären Wohlfahrtsleistungen der Landwirtschaft, die von der Gesellschaft honoriert werden müssen. Die CSU hat bereits 1970 erstmalig in einem Agrargesetz die Erhaltung der Kulturlandschaft als Aufgabe einer bäuerlichen Landwirtschaft verankert und hält daran fest.

Der verantwortliche Umgang mit der Natur und ihren Ressourcen ist Grundlage der Agrarpolitik der CSU. Die Landwirtschaft muß Regeln umweltschonender Landbewirtschaftung beachten. Sie müssen EU-weit gelten und eingehalten werden.

Die Einhaltung dieser Rahmenbedingungen erlaubt eine moderne ökonomische Landwirtschaft, die den verantwortlichen Einsatz von Technik und Chemie mit einschließt.

Ökonomische Forstwirtschaft

Wälder bedecken rund ein Drittel der Fläche des Freistaats Bayern. Sie haben gleichermaßen eine Nutz- wie eine Schutz-, Erholungs- und ökologische Funktion. Sie sind Lebens- und Rückzugsraum für eine Vielzahl heimischer Tier- und Pflanzenarten. Forstwirtschaft ist Umweltökonomie.

Holz ist der wichtigste einheimische nachwachsende Rohstoff. Seine Erzeugung und Gewinnung in naturnah aufgebauten Wäldern ist nicht nur ein wichtiger Beitrag zum Natur- und Umweltschutz, sondern sichert vielen forstlichen Betrieben Einkommen und Beschäftigung.

Staatliche Hilfen sollen in erster Linie der Walderhaltung und seiner mannigfachen naturnahen Gestaltung dienen. In seiner Gesamtheit kann der Wald auf Dauer nur erhalten werden, wenn er seinen Besitzern auch Ertrag verspricht. Die CSU will eine Forstpolitik, die im Rahmen einer ökonomischen Forstwirtschaft die vielfältigen Funktionen der Wälder erhält.

Leitbild unserer Agrarpolitik

Die CSU ist stets für die gewachsene Vielfalt und Gleichberechtigung unterschiedlicher Betriebsgrößen und Betriebsformen eingetreten. Die bäuerliche Familie muß nach Auffassung der CSU selbständig und frei über die Zukunft ihres Hofes bestimmen können. Das Mit- und Nebeneinander von Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieben, der Selbsthilfedanke sowie Partnerschaft und die überbetriebliche Zusammenarbeit kennzeichnen den bayerischen Weg in der Agrarpolitik. Die Strukturpolitik der CSU hat im ländlichen Raum durch Industrie- und Gewerbeansiedlung zusätzliche Einkommenschancen geschaffen und so die Landwirtschaft in Zu- und Nebenerwerb in breitem Umfang ermöglicht. Die Agrarpolitik der CSU hat zum Ziel, den technischen Fortschritt für die Landwirtschaft zu nutzen, Produktionskosten zu senken, marktgerechte Qualitätserzeugung zu fördern und gleichzeitig mit umweltschonenden Produktionsverfahren Belastungen der Umwelt zu mindern.

Die CSU tritt für ein agrarpolitisches Leitbild ein, das vorrangig an die Funktionen der Landwirtschaft anknüpft. Nach wie vor ist der bäuerliche Familienbetrieb wegen seiner Flexibilität und seiner wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Funktionen in der Landwirtschaft leistungsfähig und anderen Organisationsformen vielfach überlegen. Für die Agrarpolitik der CSU bildet eine Landwirtschaft das Leitbild, die

- unter wirtschaftlichen Bedingungen Nahrungsmittel und Rohstoffe umweltgerecht erzeugt,
- weitere Marktleistungen in den Bereichen Verarbeitung und Vermarktung, Freizeit und Erholung erbringt,
- die Umwelt und die Landschaft erhält, pflegt und weiterentwickelt,
- den in ihr beschäftigten Menschen soziale Sicherheit und die Chance einer Teilnahme an der allgemeinen Einkommens- und Wohlstandsentwicklung bietet und
- einen Beitrag zur Erhaltung der Lebensfähigkeit ländlicher Räume und zur Bewahrung des kulturellen Erbes leistet.

Ordnungspolitische Sonderstellung

Die CSU bekennt sich auch in der Landwirtschaft zum Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft, zum bäuerlichen Eigentum, zu einer breiten Eigentumsstreuung, zum freien Unternehmertum und zum Wettbewerb. Die Zukunft der Landwirtschaft wird sich auf Dauer am Markt entscheiden. Der Staat muß aber auch künftig für die sich aus der ordnungspolitischen Sonderstellung der Landwirtschaft ergebenden Rahmenbedingungen sorgen, Fehlentwicklungen verhindern und den Strukturwandel sozial absichern.

Die Abhängigkeit der Landwirtschaft von den natürlichen Wirtschaftsbedingungen wie Leben, Boden, Klima und Witterung begründet und rechtfertigt ihre ordnungspolitische Sonderstellung auch in Zukunft. Die CSU wird sich für einen hinreichenden Außenschutz unserer Landwirtschaft im weltweiten Wettbewerb einsetzen, weil sie nur so leistungsfähig, umweltverträglich und regionalen Gegebenheiten entsprechend produzieren kann. Ohne eine leistungsfähige Landwirtschaft würde die Lebensfähigkeit des ländlichen Raums existenziell getroffen. Die CSU hält marktordnende Eingriffe und eine ausreichende Vorratshaltung für notwendig. Dabei ist angesichts der weiter steigenden Produktivität die Orientierung an der Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes entscheidend. Die Einkommen der Land- und Forstwirtschaft sollen überwiegend auf dem Markt erwirtschaftet werden. Staatliche Ausgleichszahlungen sollen auf die Erhaltung einer bodengebundenen, umweltverträglichen bäuerlichen Landwirtschaft ausgerichtet werden und die landeskulturellen Leistungen der Landwirtschaft abgelten. Verarbeitung und Vermarktung müssen nach Wettbewerbsgesichtspunkten rationalisiert werden. Die CSU will leistungsfähigen land- und forstwirtschaftlichen Betrieben die Chancen sichern, an der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes teilzunehmen und sich dank eines qualifizierten Aus- und Weiterbildungsangebots und der Förderung bäuerlicher Selbsthilfe im Wettbewerb zu behaupten.

12. Schöpfung bewahren - Umwelt schützen, Überleben der Menschheit sichern

Die CSU hat als erste Partei Anfang der siebziger Jahre Umweltpolitik als große politische Herausforderung unserer Zeit erkannt und seither in vielen Bereichen des Natur- und Umweltschutzes Pionierarbeit geleistet. Die Grundhaltung der CSU, ihre Verwurzelung in Tradition und Heimat haben frühzeitig ihre Verantwortung für den Schutz der Lebensgrundlagen heute und für unsere Nachkommen geweckt.

Umweltbelastungen mit teilweise gravierenden Folgen wie der Versteppung ganzer Regionen und massiven Gesamtschäden hat es auch in der Vergangenheit gegeben. Neu ist jedoch die rasche und weltweite Entwicklung.

Die Technik gibt uns die Möglichkeit zu tiefgreifenden Veränderungen in kurzer Zeit. Die Umweltbelastungen wachsen in den Industrieländern und in den armen Ländern. Von besonderer Bedeutung ist dabei das rasche Wachstum der Weltbevölkerung.

Die Kombination von Umfang und Geschwindigkeit der Veränderungen und Belastungen hat den Umweltschutz zu herausragender Bedeutung geführt, ihn zu einer Überlebensfrage der Menschheit werden lassen. Die neue Dimension der Wirkungsmöglichkeiten begründet auch eine neue Dimension der Verantwortung. Zu einem Lebensstil im Einklang mit der Natur bedarf es eines Bewußtseinswandels und der Bereitschaft jedes einzelnen, sein eigenes Verhalten ökologisch zu orientieren. Dies ist Voraussetzung, um die weiter notwendigen Veränderungen in Wissenschaft, Wirtschaft und Politik herbeizuführen.

Ethische Grundlagen unserer Umweltpolitik

Die Verantwortung für die Schöpfung erfordert konsequentes politisches Handeln: Die CSU sieht den Menschen als Teil der Schöpfung berufen, diese zu nutzen und zu gestalten, aber auch zu bewahren und zu erhalten. Der Wert eines Geschöpfes mißt sich nicht an seinem Nutzen für den Menschen. Alles Lebendige hat im Rahmen der Schöpfungsordnung seinen eigenen Wert.

Die Freiheit des Menschen zur Nutzung dieser Erde ist gebunden an die Verantwortung für die Erhaltung der Schöpfung. Je mehr der Mensch es versteht, sich die Natur nutzbar zu machen, desto bessere Chancen eröffnen sich ihm, über die nackte Existenzsicherung hinaus ein Leben in Würde führen zu können. Aus der Beschleunigung technischer Veränderungen entstehen aber auch neue Umweltgefahren. Die Nutzung der Natur darf jedoch ihre Regenerationskraft nicht gefährden. Die natürlichen Lebensgrundlagen müssen auch für die kommenden Generationen erhalten bleiben. Aus der Fähigkeit des Menschen, die Natur zu zerstören, erwächst seine Pflicht zum Maßhalten, zur Selbstdisziplin und zur Selbstbeschränkung.

Umwelt und Natur sind gemeinsames Gut aller Menschen und Generationen. Im Verteilungskonflikt um die Güter dieser Welt wie Luft, Wasser und Boden ist die Umweltpolitik Anwalt der kommenden Generationen. Die CSU versteht die Erde als eine Schicksalsgemeinschaft, die Solidarität mit den nachfolgenden Generationen, aber auch mit der Dritten Welt verlangt. Die Menschheit braucht eine weltumspannende Umwelt-Partnerschaft.

Die Natur ist ein komplexes Gefüge. Ihr Schutz erfordert Denken und Handeln in natürlichen Systemzusammenhängen, das Wechselwirkungen und Spätfolgen menschlichen Handelns bedenkt. Nur so läßt sich die Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts insgesamt sichern. Deshalb tritt die CSU in allen Politikbereichen für einen schonenden, sparsamen Umgang mit Naturgütern und Naturhaushalt ein. Die CSU räumt dem Umweltschutz immer dann und dort Vorrang gegenüber anderen politischen Zielen ein, wenn zu befürchten ist, daß unsere

natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft geschädigt werden. Deshalb ist Vorsorge und Vermeidung von Schäden erstes umweltpolitisches Gebot.

Die Ökonomie, also der haushälterische Umgang mit Gütern, gilt im besonderen für den Umgang mit der Natur. In diesem Sinne verbindet die Politik der CSU Ökonomie und Ökologie, um Wohlstand in einer gesunden Umwelt zu sichern. Zu welch verheerenden Schäden die Nichtbeachtung dieses Grundsatzes führt, haben die gravierenden ökologischen Schäden in den ehemaligen sozialistischen Ländern gezeigt.

Effizienz des Umweltschutzes steigern

Die Umweltpolitik ist ständig auf ihre Prioritäten, ihre Instrumente sowie die Verhältnismäßigkeit der eingesetzten Mittel und deren Effizienz zu überprüfen.

Die Soziale Marktwirtschaft bindet die Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft an die Werteordnung des christlichen Menschenbildes. Die Ethik der Sozialen Marktwirtschaft gebietet deshalb auch einen verantwortungsbewußten und sparsamen Umgang mit den Gütern von Natur und Umwelt. Knappe Umweltgüter müssen verantwortungsbewußt im System der Wirtschaftsordnung gewichtet und berücksichtigt werden.

Der Staat trägt ordnungspolitische Verantwortung für unsere Umwelt. Wirksame Gebote und Verbote setzen die Rahmenbedingungen für Umweltschutz: Innerhalb des rechtlichen Rahmens vertraut die CSU in ihrer Umweltpolitik auf den Vorrang von Selbstverantwortung und Selbstverwaltung, auf Hilfe zur Selbsthilfe, auf Kooperation von Staat und Wirtschaft und auf die Selbststeuerung des Marktes. Die CSU wird das Verursacherprinzip, das ein bewährtes marktwirtschaftliches Lenkungsinstrument ist, verstärkt durchsetzen. Umweltschutzkosten sind vom Verursacher zu tragen; ihre Verlagerung auf die Allgemeinheit ist nur in besonders begründeten Fällen gerechtfertigt.

Die CSU tritt für umweltverträgliches Wirtschaften ein, das alle am Wirtschaftsleben Beteiligten vom Produzenten über den Händler zum Verbraucher in die Verantwortung nimmt. Wirtschaftliche und soziale Folgekosten von Umweltschäden müssen transparent und zurechenbar gemacht werden und in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung eingehen.

Umweltschutz geht alle an und fordert deshalb alle. Die CSU tritt für eine Umweltethik ein, die Wohlstandsegoismus und Zivilisationsbequemlichkeit überwindet, wo dies zur Erhaltung unserer Natur und Umwelt notwendig ist.

Ökologische Verantwortung des einzelnen und gesellschaftlicher Kräfte

Erfolgreicher Umweltschutz erfordert verantwortliches Handeln jedes einzelnen. Die freie, selbstverantwortete- und umweltgerechte Entscheidung des einzelnen ist Grundlage unserer Umweltpolitik. Zwischen Umweltbewußtsein und Umweltverhalten jedoch klafft vielfach noch eine Lücke.

Die CSU fördert und fordert einen individuellen Lebensstil, der durch umweltbewußtes Konsumverhalten, wo nötig auch durch Konsumverzicht, der persönlichen Verantwortung für die Schöpfung gerecht wird. Wir werden dazu Umwelterziehung und Umweltberatung verstärken.

Wirksame Umweltpolitik erfordert deshalb die Zusammenarbeit von Wirtschaft, Wissenschaft, Verbänden, Kommunen und Staat. Staat und Kommunen müssen durch umweltfreundliches Verhalten Vorbildfunktionen übernehmen, z.B. durch vermehrte Nachfrage von umweltverträglichen Gütern und Dienstleistungen.

Die CSU setzt zunehmend auf marktwirtschaftliche Instrumente in der Umweltpolitik. Sie wird die marktwirtschaftlichen Anreize für umweltgerechtes Verhalten fortentwickeln, um die Kosten für Umweltschutz in tragbaren Grenzen zu halten. So kann auch die Wirtschaft selbst dazu beitragen, durch eine eigenverantwortliche, umweltorientierte Unternehmensführung den staatlichen Handlungsbedarf zu senken.

Umwelt im Spannungsfeld von Wirtschaft und Technik

Wissenschaftlich-technischer Fortschritt muß den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt gleichermaßen gerecht werden.

Die CSU begegnet der Technik mit nüchterner Offenheit, stellt den Fortschritt in den Dienst von Mensch und Umwelt. Fortschritt war und ist für die CSU kein Wert an sich, sondern Mittel zur Erleichterung und Vervollkommnung eines menschlichen Lebens in Würde und Freiheit. Wissenschaftlich-technischer Fortschritt erlaubt uns einen wirtschaftlichen und sozialen Lebensstandard wie keiner Generation vor uns auch nur annähernd. Technischer Fortschritt muß aber in seinen Folgen, auch in seinen Gefährdungspotentialen, abschätzbar und beherrschbar bleiben. Für die CSU gilt deshalb: Nicht alles, was technisch machbar ist, ist ethisch erlaubt. Auch um des Umweltschutzes willen kann auf technischen Fortschritt gerade in einem dichtbesiedelten Land nicht verzichtet werden. Die Umweltverträglichkeit von

Technik hängt auch von ihrem Entwicklungsstand ab. Die CSU befürwortet deshalb aus ökologischer Sicht nicht weniger, sondern verbesserte und verfeinerte Technik.

Entkoppelung von Wohlstand und Umweltschäden

Wachsender Wohlstand ging bisher mit gleichzeitig wachsenden Umweltbelastungen einher. Nur bei einer wirksamen Entkoppelung wirtschaftlicher Aktivitäten von umweltpolitischen Belastungen sind Wohlstand und gesunde Umwelt auf Dauer miteinander vereinbar. Die CSU will im Rahmen dieser Entkoppelungsstrategie vor allem erreichen: Mentalität und Methoden der Wegwerfgesellschaft müssen überwunden werden. Luftreinhaltung, Wasser- und Bodenschutz müssen Priorität erhalten. Diese unverzichtbaren Lebenselemente sind von Giften und gesundheitsschädlichen Substanzen freizuhalten. Umweltbelastende sind durch umweltfreundliche Techniken zu ersetzen. Produktionszuwächse müssen mit weniger Verbrauch an Energie und Rohstoffen und relativ abnehmenden Umweltbelastungen erzielt werden. Alle Möglichkeiten der Mehrfachnutzung von Rohstoffen und Energie sind auszuschöpfen, um von der traditionellen Durchlaufwirtschaft mehr zur Kreislaufwirtschaft nach natürlichem Vorbild zu kommen. Die Umweltfreundlichkeit der Produkte von der Rohstoffgewinnung bis zur Verwertung muß im Zusammenhang gesehen werden.

Der wachsende Abfallberg ist eine zentrale umweltpolitische Herausforderung der Industriegesellschaft. Sie hat nur eine Zukunft, wenn es gelingt, Formen von Produktion und Konsum zu entwickeln, die nicht mit einer steigenden Abfallflut erkauft werden. Die Verantwortung für die Verminderung des Abfallvolumens und des Schadstoffpotentials liegt bei Produzenten und Verbrauchern. Die CSU will Rahmenbedingungen schaffen, die das Eigeninteresse von Wirtschaft und Verbrauchern in der Abfallvermeidung stärken. Mit zukunftsweisenden gesetzlichen Regelungen und hohem Bürgerengagement ist es in Bayern gelungen, eine Trendwende zu weniger Abfall in die Wege zu leiten. Die CSU fördert ein wirtschaftliches und unternehmerisches Denken, das bereits bei der Entwicklung eines Produkts seine Verwertbarkeit nach Gebrauch klärt. Die CSU hält thermische Abfallbehandlung für einen unverzichtbaren nachrangigen Teil in einem System der differenzierten Abfallentsorgung. Die CSU unterstützt dabei die technischen Möglichkeiten, die eine möglichst hohe Energieausbeute und eine Minimierung der Schädlichkeit der Reststoffe gewährleisten.

Die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes setzt große wirtschaftliche Initiativen und Kräfte frei. Die CSU wird auch auf der europäischen Ebene dafür kämpfen, daß die gesamteuropäische Wirtschaft in umweltverträgliche Bahnen gelenkt und Europa zu einer Umweltgemeinschaft weiterentwickelt wird. Dazu müssen produktbezogene Umweltnormen durch die EU auf hohem Niveau harmonisiert werden. Bei unvermeidlichen Interessenkollisionen hat nach Auffassung der CSU im Einzelfall auch der freie Warenverkehr im Binnenmarkt zugunsten des Umweltschutzes zurückzutreten.

Globale Verantwortung für die Umwelt

Die Erdatmosphäre ist durch Treibhauseffekt und Ozonabbau in der Stratosphäre bedroht. Diese globale umweltpolitische Herausforderung erfordert weltweites koordiniertes solidarisches Handeln.

Die Begrenztheit der Ressourcen zwingt zu sparsamer und verantwortungsbewußter Nutzung der uns verfügbaren Energien. Die Versorgung mit ausreichender Energie angesichts einer explosionsartig wachsenden Weltbevölkerung erfordert gewaltige Anstrengungen, dazu gehören auch die Erschließung neuer und regenerativer Energiequellen sowie Sparsamkeit und Verantwortungsbewußtsein jedes einzelnen bei allen Formen der Energieverwendung.

Für die CSU gilt deshalb: Wir wollen die heute gesicherten Grundlagen unserer Energieversorgung erhalten, ihre Umweltbeeinträchtigungen minimieren und streben eine am Naturkreislauf orientierte Energieversorgung an.

Die CSU wird alle Möglichkeiten zur Energieeinsparung nutzen. Alle technisch sinnvollen Anstrengungen zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen und nachwachsender Rohstoffe zu volkswirtschaftlich bezahlbaren Preisen müssen weiterhin nachhaltig gefördert werden.

Die Kernenergie bleibt für absehbare Zeit ein unentbehrlicher Energieträger. Die bei der Verbrennung begrenzter fossiler Brennstoffe entstehenden Emissionen sind gefährlicher als die weitere Nutzung der Kernkraft mit unseren Sicherheitsstandards. Auf Kernenergie kann solange nicht verzichtet werden, bis Energieversorgungssysteme zur Verfügung stehen, die ein möglichst noch höheres Maß an Sicherheit und Umweltverträglichkeit gewährleisten. Dabei ist gegenüber jeder Technologie derselbe kritische Maßstab anzulegen.

Natur schützen

Die heimische Tier- und Pflanzenwelt benötigt zur Erhaltung der biologischen Leistungsfähigkeit des gesamten Naturhaushaltes ökologische Zellen als Lebensgrundlage. Der Aufbau eines Biotop-Verbundsystems ist notwendig zur Erhaltung der biologischen Leistungsfähigkeit des gesamten Naturhaushaltes. Mögliche Konflikte zwischen Naturschutz und Erholung, Umwelt und Land- und Forstwirtschaft sind in partnerschaftlicher Zusammenarbeit zu lösen.

Die Wechselwirkungen von Umwelt und Gesundheit werden immer mehr erkennbar. Die CSU wird in Forschung und Anwendung den noch ungeklärten Wechselwirkungen von Umwelt und Gesundheit ein besonderes Augenmerk schenken. Damit wächst dem Umweltschutz auch

die Aufgabe vorbeugender Gesundheitspolitik zu. Im Mittelpunkt des gesundheitlichen Umweltschutzes steht der Kampf gegen die Luft-, Boden- und Wasserverschmutzung und gegen eine schleichende Überlastung unserer Umwelt durch eine Vielzahl zusätzlicher chemischer Substanzen.

Die Planwirtschaft in den ehemaligen sozialistischen Staaten hat Wasser, Boden und Luft in einer bislang nicht vorstellbaren Weise belastet und geschädigt. Nur eine grundlegende Sanierung führt auch dort wieder zum ökologischen Gleichgewicht. Die CSU will durch personelle, technische und finanzielle Hilfe zu Sanierung und ökologischem Aufbau beitragen.

13. Wissenschaft und Technik im Dienst eines menschlichen Fortschritts

Wissenschaft und Technik prägen die Entwicklung der modernen Zivilisation. Sie sind eine Grundlage unseres Wohlstandes und einer humanen und produktiven Arbeitswelt. Geisteswissenschaften sowie Technik- und Naturwissenschaften müssen in der Bedeutung für unsere Gesellschaft gleichrangig sein. Die Geisteswissenschaften sind verpflichtet, sich den Problemen der technischen Zivilisation zu stellen und geistige Orientierung im Leben unseres Volkes zu geben. Die CSU wird sich weiterhin dafür einsetzen, daß die Geisteswissenschaften angemessene Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten im wissenschaftlichen Leben der Nation haben.

Forschung fördern - Zukunft erschließen

Die Geltung Deutschlands wird in starkem Maße vom Stand unserer Forschung, vor allem von der biotechnischen, der chemischen und physikalischen Grundlagenforschung abhängen. Die Förderung von Wissenschaft und Technik ist daher eine Zukunftsaufgabe von nationaler Bedeutung. Forschung und Technik in Deutschland müssen weiterhin in der Welt einen Spitzenrang behaupten. Dazu ist auch in der Forschung die internationale Zusammenarbeit zu verstärken. Ziel muß es sein, im Verbund mit den europäischen Partnern und in Zusammenarbeit mit den übrigen Industrienationen einen Beitrag zur Sicherung des allgemeinen Wohlstandes, zur Besserung der Lebensbedingungen und zur Erhaltung einer gesunden Umwelt zu leisten. Die Christlich-Soziale Union wird wie bisher die Förderung von Wissenschaft und Technologie als vorrangige staatliche Aufgabe ansehen. Sie wird die Zusammenarbeit von Wissenschaft, Staat und Wirtschaft verstärkt unterstützen.

Die CSU will eine Forschungsförderung, die schnell und flexibel auf wissenschaftliche Herausforderungen reagiert und wirtschaftspolitische Perspektiven berücksichtigt.

Eine wirkungsvolle Zusammenarbeit von Hochschule und Wirtschaft bereichert Forschung und Lehre und stellt die rasche Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Praxis sicher.

Der Forscher hat eine ethisch begründete Verantwortung. Die Unantastbarkeit der Menschenwürde und des menschlichen Lebens sind die immanenten Schranken jeder wissenschaftlichen Forschung und technischen Anwendung. Die CSU bekennt sich zur Freiheit der wissenschaftlichen Forschung, sie fordert jedoch die Einhaltung verbindlicher ethischer Maßstäbe in Wissenschaft und Technik. Die gleichen Maßstäbe, vor allem die Wahrung verbürgter Persönlichkeitsrechte, müssen auch bei der Anwendung moderner Technik gelten.

Praxisgerechte Qualität von Wissenschaft und Lehre sichern

Immer mehr Berufe erfordern wissenschaftliche Qualifikation. Die CSU setzt sich dafür ein, daß jeder entsprechend Begabte eine angemessene Ausbildung erhält. Ausbildungsförderung ermöglicht auch einkommensschwachen Bürgern über eine qualifizierte Ausbildung den Weg zum beruflichen Erfolg.

Die CSU tritt für den weiteren kontinuierlichen Aus- und Umbau der Hochschulen und die Ergänzung des Fachhochschulangebots ein. Die bestehenden Ausbauraten sind aufzustocken, damit sich die Schere zwischen den Ausbauzielen und der tatsächlichen Belastung nicht weiter öffnet.

Die CSU strebt langfristig die Abschaffung des Numerus Clausus an, weil nur so das Grundrecht der freien Berufswahl uneingeschränkt gilt. Es ist allerdings ein Ausgleich zu finden zwischen dem Bestreben, möglichst viele Bewerber zuzulassen, und dem Anspruch des zugelassenen Studenten auf eine ordnungsgemäße Ausbildung und dem Ziel einer ertragreichen Forschung.

Die CSU fordert den raschen Ausbau der Fachhochschulen, weil an ihnen die von der Arbeitswelt stark nachgefragten Hochschulabsolventen praxisnah und in angemessener Zeit ausgebildet werden.

Die Freiheit von Forschung und Lehre ist unabdingbare Voraussetzung für die Leistungsfähigkeit der Hochschulen. Die gemeinsame Verantwortung von Lehrenden und Lernenden erfordert deren ständigen Dialog, ein vertrauensvolles Zusammenwirken und Mitwirkungsrechte.

Das Studienangebot ist beständig zu aktualisieren, neue und aussichtsreiche Studiengänge sind zu fördern. Die Hochschule kann selbst durch interne Umwidmung von Ressourcen wesentlich dazu beitragen. Die CSU fordert eine Verkürzung der überlangen Studienzeiten

durch eine sinnvolle und effiziente Gestaltung des Studiums und eine Begrenzung der Leistungsnachweise auf das notwendige Maß. Die Qualität der Lehre ist durch geeignete Anreize zu steigern. Dabei ist auf die Vermittlung eines breiten Grundwissens besonders zu achten.

Elite fördern

Für die CSU ist die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ein herausragender bildungspolitischer Schwerpunkt. Dabei sind junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gleichberechtigt unter dem Gesichtspunkt der Qualität gezielt zu fördern.

Gerade der demokratische Staat und die moderne von Wissenschaft und Technik bestimmte freiheitliche Gesellschaft brauchen geistige Eliten. Sie sind das lebensnotwendige Element, das unser Volk geistig und gesellschaftlich voranbringt und so seinen wissenschaftlichen und damit auch seinen wirtschaftlichen und politischen Rang in der Welt sichert. Komplizierte und vielschichtige Fragestellungen verlangen interdisziplinäre, fakultäts- und hochschulübergreifende Kooperation. Die CSU fördert deshalb den befristeten Forschungsverbund, der sich mit konkreten wissenschaftlichen Problemen befaßt und die Wirtschaft miteinbezieht.

Bei Ausbau und Weiterentwicklung der Hochschulen ist die Zuständigkeit der Länder zu wahren. Bund-Länder-Programme dürfen nicht verfassungswidrig in die Aufgabe der Länder eingreifen.

Die CSU setzt sich dafür ein, daß die Hochschulen Orte internationaler Begegnung des Wissensaustausches und des wissenschaftlichen Dialogs sind. Insbesondere gilt das für die Hochschulen der Länder Osteuropas und mit Blick auf den europäischen Einigungsprozeß für die Hochschulen im gesamten Europa.

14. Bildung und Erziehung für eine persönlichkeitsgerechte und leistungsorientierte Gesellschaft

Bildung eröffnet dem Menschen Chancen für ein Leben in Freiheit, Selbstentfaltung und Verantwortung in der Gemeinschaft. Sie eröffnet Berufswege, gesellschaftlichen Aufstieg und sozialen Ausgleich. Sie ermöglicht Orientierung, Urteilskraft und Verantwortungsbewußtsein.

Der Wettbewerb der Völker und Nationen verlangt schöpferischen Umgang mit der eigenen Tradition und den Herausforderungen der Gegenwart. Bildung und Erziehung sichern die Weitergabe der kulturellen Traditionen unseres Volkes, der religiösen Werte und wissenschaftlichen Erkenntnisse an die nächsten Generationen. Sie fordern zugleich kulturelle und wissenschaftliche Neuschöpfungen heraus. Bildung ist Investition in die Zukunft.

Bildungsziele: Wissen und Können, Herz und Charakter

Die CSU richtet die Inhalte ihrer Bildungspolitik an den Verfassungswerten aus. Sie sind die Richtschnur einer Werte begründenden und Werte vermittelnden Erziehung. Das erfordert die Vermittlung von Wissen und Können sowie die Bildung von Herz und Charakter.

Die in der Bayerischen Verfassung gesetzten obersten Ziele "Ehrfurcht vor Gott, Achtung vor der Würde des Menschen" und die Verantwortung für Mensch, Natur und Umwelt sind Grundlage für das Leben in der Gemeinschaft. Dies schließt die Achtung vor der religiösen Überzeugung anderer ebenso mit ein wie die Erziehung zu Toleranz und friedlichem Zusammenleben in unserer Gesellschaft von Deutschen und Ausländern. Die CSU lehnt jeglichen Fanatismus, sei er moralisch, politisch, ökologisch oder religiös begründet, ab, weil er nur unzureichende, vereinfachte Antworten für komplexe Lebensprobleme bietet.

Bei der Auswahl der Bildungsinhalte muß sich der Staat von der Vielfalt der gewachsenen Kultur, von unserer demokratischen Grundordnung, aber auch von den Anforderungen eines sich einigenden Europas und einer zusammenwachsenden Welt leiten lassen. Die CSU wird die Freiheit der Lehrenden entsprechend ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag gewährleisten.

- Gerechtigkeit und Subsidiarität müssen nach unserer Auffassung auch für die Schul- und Bildungspolitik gelten: Gerechtigkeit erfordert, daß das Bildungswesen durchlässig ist und Abschlüsse allein nach den Gesichtspunkten Leistung und Befähigung verleiht.
- Subsidiarität bedeutet, daß dem öffentlichen Schulwesen nicht Aufgaben zugemessen werden dürfen, die in die Eigenverantwortlichkeit des einzelnen oder der Familie fallen.

Die CSU tritt für ein vielfältiges Bildungsangebot ein. Dies umfaßt neben Kindergarten, Schule und Hochschule auch außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung, die Büchereien, die Musikpflege und den Sport in unterschiedlichem Maß. Kunst und Kultur, Denkmalschutz, Brauchtums- und Heimatpflege brauchen auch in unserer offenen Gesellschaft öffentliche Förderung, damit die Vielfalt und der Reichtum unserer gewachsenen Kultur erhalten und lebendig bleiben. Die CSU begrüßt und unterstützt die Aktivitäten freier Träger und privater Initiativen gerade in diesen Bereichen.

Gegliedertes Bildungsangebot für vielfältige Begabungen

Der Vielfalt menschlicher Begabungen und Neigungen sowie der Mannigfaltigkeit der Berufe wird ein gegliedertes Schulwesen am besten gerecht. Es berücksichtigt mit seiner Durchlässigkeit die individuelle, kindgerechte Entwicklung. Es vermittelt am besten jedem Kind die seinen erkennbaren Fähigkeiten und seiner inneren Berufung entsprechende Ausbildung. Die allgemeinbildenden Schulen müssen junge Menschen auf die sich wandelnden Anforderungen der Berufs- und Arbeitswelt vorbereiten.

Die Eignung des Schülers und der Wille der Eltern müssen auch künftig über Schule und Ausbildungsweg der Kinder entscheiden. Das gegliederte Schulwesen leistet einen wesentlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.

Die CSU wird das gegliederte Schulsystem leistungsfähig erhalten. Sie tritt deshalb für die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung ein. Daher müssen Haupt- und Berufsschule eng aufeinander abgestimmt und wirkungsvoll aufgewertet werden. Der Wert und die Anerkennung dieses eigenständigen Bildungsganges sind zu stärken. Den erworbenen Abschlüssen müssen auf dem Arbeitsmarkt soziale Anerkennung und Einkommen entsprechen. Die CSU wird auf die Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen aller deutschen Länder achten.

Leistung ist in einer demokratischen Gesellschaft der entscheidende Auswahlgrundsatz für Aufstieg und Erfolg. Die Schulen sind deshalb dem pädagogisch verantworteten Leistungsprinzip verpflichtet. Sie müssen aber nicht nur Leistungs-, sondern auch Lebensraum für die Schüler sein und menschliches Miteinander einüben. Schule soll Raum lassen für die Entwicklung eines sozialen und kulturellen Gemeinschaftslebens, in dessen Gestaltung Schüler, Eltern, Lehrer und Schulträger ein zubeziehen sind. Lernschwache sind nach ihren individuellen Bedürfnissen ebenso zu fördern wie besonders Begabte.

Behinderte Kinder sind bestmöglich zu fördern, sei es in der Regelschule oder in Schulen für besonderen Förderungsbedarf. Dabei muß das Wohl des Kindes im Vordergrund stehen.

Die Erziehung im Kindergarten leistet einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung und zum Sozialverhalten des Kindes. Sie muß deshalb wertorientiert sein.

Kinderhorte betreuen schulpflichtige Kinder altersgerecht und familienergänzend. Die CSU fördert deshalb eine bedarfsgerechte flächendeckende Versorgung mit Kindergärten und Kinderhorten als familienunterstützende Bildungseinrichtungen. Sie setzt sich ein für neue Formen der Kinderbetreuung, die Müttern und Vätern, auch Alleinerziehenden nach ihrem Erziehungsurlaub die Wiedereingliederung in das Berufsleben erleichtern können. Dazu bedarf es auch vielfältiger privater Initiativen.

Erwachsenenbildung und berufliche Weiterbildung bieten Orientierungshilfen im gesellschaftlichen und technischen Wandel. Dabei müssen der Erwerb oder die Weiterentwicklung von Schlüsselqualifikationen wie Flexibilität sowie die Bereitschaft zu Teamarbeit und Innovation im Vordergrund stehen. Die CSU erstrebt in Erwachsenenbildung und beruflicher Weiterbildung Vielfalt und freiwillige Zusammenarbeit aller Bildungsträger.

Dem Sport kommt für die Erziehung der Jugend, die Gesundheit der Bevölkerung und die Freizeitgestaltung eine Schlüsselfunktion zu. Er leistet einen wichtigen Beitrag zur Integration des einzelnen in der Gesellschaft. Die CSU fördert deshalb ein breites Sportangebot in Schulen, Verbänden und Vereinen und setzt sich für eine gezielte Betreuung des Spitzensportes ein. Sport soll die Gesundheit fördern, sie nicht gefährden. Daher fordert die CSU strenge internationale Regelungen gegen Doping und deren konsequente Überwachung. Zur Fairneß im Sport muß erzogen werden, die Anwendung von Gewalt bekämpft werden. In gleicher Weise ist die Sensibilität für eine natur schonende Sportausübung zu schärfen.

15. Kultur und Medien: Freiheit mit Verantwortung nutzen

Die Freiheit der Kunst und die Freiheit der Meinung haben Verfassungsrang. Aufgabe des Staates ist es, den Bürgern die Teilhabe an den kulturellen Leistungen zu eröffnen.

Gerade die deutsche Kunst und Kultur haben ihre Kraft und Lebendigkeit, ihre Größe, Qualität und Schönheit aus der schöpferischen Freiheit als Folge der regionalen Vielfalt unseres Vaterlandes gewonnen. Auf kultureller Vielfalt baut die europäische Zusammenarbeit und Integration auf. Deshalb hält die CSU fest an den Grundsätzen der Regionalisierung und Dezentralisierung in der Kulturpolitik. Sie fördert kulturelle Einrichtungen in allen Landesteilen. Dazu gehört das kulturelle Erbe der Heimatvertriebenen.

Die CSU steht für den verfassungsrechtlich gesicherten Freiraum künstlerischer Betätigung ein. Die großen Leistungen in der Kunst erwachsen aus der Freiheit und Risikobereitschaft des Künstlers. Staatliche Förderung unterstützt die Vielfalt und die Kreativität in der Kunst. Der Staat kann aber nicht das Risiko der künstlerischen Berufswahl absichern. Dieser Freiraum muß auch in der Kunst selbst gewährleistet sein. Die Vielfalt der künstlerischen Ausdrucksformen läßt keinen Platz für Monopole der Meinung oder des ästhetischen Empfindens. Sie hat ihre Grenzen dort, wo die Würde des Menschen auf dem Spiel steht. Die CSU bejaht den ständigen kritischen Dialog zwischen Politik und Kunst, zwischen Publikum und Künstlern.

Die Kultur lebt vom Einsatz und von der Begeisterung, die in der Bereitschaft zur vielfältigen, auch ehrenamtlichen Betätigung zum Ausdruck kommt. Privates Mäzenatentum muß durch steuerliche Anreize verstärkt gefördert werden.

Künstlerische Begabungen in Schulen und Vereinen sind zu wecken und zu pflegen. Dort muß auch Platz sein für die Weitergabe des kulturellen Erbes und für die Förderung von Brauchtum, Heimatpflege und Volksmusik.

Medien: Auftrag und Verantwortung

Die Information ist für die CSU ein Grundpfeiler der Demokratie und ihrer offenen, pluralen Gesellschaft. Die Medien haben die Aufgabe, ein breites Angebot an Information, Bildung und Unterhaltung zu gewährleisten. Die rasante und noch keineswegs beendete Entwicklung in der Kommunikationstechnik hat dazu geführt, daß der Informationsstand der Bürger und die öffentliche Meinung weitgehend von den Medien bestimmt werden. Eine ausgewogene und objektive Berichterstattung hat zu gewährleisten, daß die Meinungen einzelner Gruppen nicht unterdrückt werden. Die CSU befürwortet den Wettbewerb zwischen öffentlich rechtlichen und privaten Anbietern in Hörfunk und Fernsehen.

Die Vielfalt der Programme und ein effektiver Wettbewerb begrenzen die Gefahr der Bevormundung oder Manipulation. Den öffentlich-rechtlichen Anstalten kommt besondere Verantwortung zu. Auch kommerzielle Anbieter müssen objektive Information gewährleisten.

In den Programmen müssen wichtige Rechtsgüter wie die verfassungsmäßige Ordnung, die Würde des Menschen, Ehe und Familie sowie die sittlichen, religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen geschützt werden. Gefährdet sind vor allem Kinder und Jugendliche. Ihnen müssen menschliche Leitbilder vorgestellt werden. Die Mitglieder der Aufsichtsgremien sind aufgefordert, ihrer Aufsichtspflicht nach der Verfassung gerecht zu werden.

Der Auftrag des Journalisten ist an die Grundwerte der Verfassung gebunden. Im Rahmen der Meinungs- und Pressefreiheit muß die Selbstverpflichtung auf Wahrheit und die Wahrung der Menschenwürde verstärkt beachtet werden. Die Persönlichkeitsrechte des einzelnen sind vor Mißbrauch und Verletzung zu schützen.

Die Medienpolitik der CSU orientiert sich am Leitbild des freien und mündigen Bürgers, der die wachsenden Angebote aller Medien sinnvoll zu nutzen und kritisch zu verarbeiten versteht. Die CSU unterstreicht deshalb die besondere Bedeutung der Medienerziehung in Schule und Erwachsenenbildung. Sie wird ihre Anstrengungen für einen besseren und erweiterten Jugendschutz verstärken. Der Medienkonsum in unserer Gesellschaft steigt. Damit wächst auch die Verantwortung von Programmanbietern, Verlegern und Journalisten. Brutale, Gewalt verherrlichende und pornographische, jugendgefährdende Darstellungen sind kein Ausweis von Freiheit, sondern Ausdruck von Verantwortungslosigkeit. Insgesamt ist mehr als bisher an die Verantwortung des mündigen Bürgers in Gesellschaft und Politik zu appellieren.

Die CSU unterstützt die Erhaltung einer großen Vielfalt in der Zeitungslandschaft. Wie bei Hörfunk und Fernsehen gilt auch bei den Zeitungen eine größtmögliche Verantwortung der Verleger und Eigentümer. Die Vielfalt der Angebote auf dem Zeitungsmarkt ist regional häufig nicht mehr gewährleistet. Um so mehr Verantwortung im Hinblick auf redaktionelle Selbständigkeit und interne Meinungsvielfalt kommt den einzelnen Presseorganen zu.

Für die CSU ist eine in allen Landesteilen gleichwertige Versorgung der Bevölkerung mit Literatur und bibliotheksgeeigneten Medien durch ein vielfältiges Büchereiwesen in öffentlicher wie freier Trägerschaft von großer Bedeutung. Das Buch muß Kulturträger und Vermittler von fundiertem Sachwissen bleiben.

16. In Freiheit und Demokratie dem Gemeinwohl dienen

Freiheit ist ein angeborenes Menschenrecht. Sie hat ihre Grenze in der Freiheit aller Mitbürger. Freiheit erfordert Verantwortung für die eigene Person und für die Mitmenschen. Verantwortete Freiheit ist nur denkbar in einer pluralen Gesellschaft, gegründet auf eine sittlich verankerte Rechtsordnung.

Die Demokratie ermöglicht den friedlichen und freien Wandel und Fortschritt in einer pluralen Gesellschaft. Deshalb sind Freiheit und Demokratie Mittelpunkt einer Politik, die dem Wohle aller dient. In unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung sieht die Christlich-Soziale Union das Gemeinwohl als oberstes Ziel ihrer Politik.

Der Staat kann den inneren und sozialen Frieden nur gewährleisten, wenn er nicht nur die Freiheit des einzelnen sichert, sondern auch den demokratischen Mehrheitswillen durchsetzt und dabei die Rechte von Minderheiten schützt. Repräsentative Demokratie, parlamentarische Verantwortlichkeit der Regierung und Bindung der Verwaltung an Gesetze sind dafür unverzichtbare Instrumente.

Gewalt und Radikalismus bekämpfen

Der moderne Staat ist nicht zuletzt als Instrument gegen Gewalt in der Gesellschaft und zur innerstaatlichen Friedenssicherung geschaffen und fortentwickelt worden. Dazu bedarf er des Gewaltmonopols. Niemand anderer als der Staat soll mit der Zustimmung seiner Bürger und zu keinem anderen Zweck als zum Schutze seiner Bürger Gewalt gegen Rechtsbrecher und Friedensstörer anwenden. Gewalt muß immer legitimiert, begrenzt und rechtlich gebunden sein. Dadurch unterscheidet sie sich von der Willkür privater, extremistischer und terroristischer Gewalt, die andere einschüchtern und ihre Ziele mit allen Mitteln durchsetzen will. Das Gewaltmonopol der Demokratie ist defensiv. Es dient der Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Weil nur der demokratische Rechtsstaat den inneren Frieden und die Freiheit seiner Bürger schützen kann, bekämpft die Christlich-Soziale Union konsequent alle Versuche, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu unterhöhlen. Nur eine wertbestimmte und wehrhafte Demokratie wird nicht zum Opfer ihrer eigenen Freiheit.

Zurechenbare Verantwortung durch repräsentative Demokratie

Die repräsentative Demokratie zwingt zu Offenheit und Transparenz im parlamentarischen Verfahren. Die CSU sieht in der Direktwahl von Bürgermeistern und Landräten, in einem stark persönlichkeitsbezogenen Kommunal- und Landtagswahlrecht, in Volksbegehren und Volksentscheid auf Landesebene wirkungsvolle demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger.

Die CSU lehnt Plebiszite auf Bundesebene ab, weil sie die grundgesetzlichen Mitgestaltungsmöglichkeiten der Länder unterlaufen würden. Die politische Gestaltung eines modernen demokratischen Gemeinwesens erfordert ein Höchstmaß an Sachverstand, Engagement und zurechenbarer persönlicher Verantwortungsbereitschaft. Dem wird nicht die plebiszitäre, sondern nur die repräsentative Demokratie gerecht.

Demokratie ist ein offenes Angebot an alle Bürger, sich an der Politik aktiv zu beteiligen. Demokratie ist ebenso Freiheit zur Politik wie Freiheit von der Politik. Dieser Freiheit wird nur die repräsentative Demokratie gerecht, da sie Bürger, die sich nicht permanent am politischen Meinungsbildungsprozeß beteiligen können oder wollen, vor der Dominanz von Aktivisten schützt.

Die Vertretung von Einzelinteressen, wie sie sich etwa in zahlreichen Bürgerinitiativen äußert, ist willkommenes staatsbürgerliches Engagement. Betroffenheitsdemokratie ist aber das Gegenteil von rechtsstaatlichem Handeln zum Gemeinwohl. Allzuvielen Bürger fragen nur nach dem Nutzen des Staates und sozialer Einrichtungen für sie persönlich, ohne selbst freiwillig Beiträge zum Funktionieren des demokratischen Staates zu leisten. Das Streben nach Individualisierung und Selbstverwirklichung, Bindungs- und Organisationskepsis, Freizeitorientierung und Nützlichkeitsabwägungen in unserer Gesellschaft lassen das Engagement für Politik in der Demokratie verkümmern.

Ohne ein gleichwertiges bürgerschaftliches Engagement für übergreifende gesellschaftliche und staatliche Ziele aber wäre eine Politik zum Wohle aller nicht durchsetzbar.

Niemand hat einen Monopolanspruch auf politische Willensbildung. Aber jedermann hat das Recht, seine politischen Meinungen und Interessen zum Ausdruck zu bringen. Der politische Erfolg Nachkriegsdeutschlands beruhte auf der Fähigkeit der großen Parteien, nicht nur einzelne Themen und Interessen zu vertreten, sondern sie in abgestimmte Programme für den Gesamtbereich der Politik zu integrieren. Interessen und Meinungen müssen innerhalb von Volksparteien zu Kompromissen gebündelt werden, die von möglichst vielen Bürgern akzeptiert werden können. Gegen gesellschaftlichen Egoismus und gegen die bequeme Beschränkung auf einseitige Themen stellt sich die CSU programmatischer und politisch-praktischer Gesamtverantwortung. Nicht als Interessenpartei, sondern nur als Volkspartei wird die CSU dem Anspruch gerecht, dem Gemeinwohl zu dienen.

Die politische Integration vieler Einzelinteressen erfordert ein kontinuierliches Engagement und Verantwortungsbereitschaft. Sie baut auf der Anerkennung rechtlicher Bindungen auf und erfordert die ständige Begründung politischer Vorschläge und Entscheidungen gegenüber der Öffentlichkeit. Die CSU steht zu dieser integrativen Aufgabe der Volksparteien, weil diese dem Bürger am ehesten Vertrauen und Verlässlichkeit in der demokratischen Mitverantwortung garantieren.

Glaubwürdige Parteiendemokratie sichern

Parteien sind politische Mittler zwischen Staat und Gesellschaft. Ihre Politik setzt den politischen Willen der Bürger in staatliches Handeln um. Dazu bedürfen sie beständigen Vertrauens und hoher Kompetenz. Vertrauen und Kompetenz der Parteien unterliegen kritischer Prüfung durch den Bürger. Die Parteien und ihre Mandatsträger müssen sich dieser Prüfung stellen.

Die Parteien haben die Aufgabe, mit der ihnen durch Wahl anvertrauten Macht Staat und Gesellschaft nach ihren programmatischen Wertvorstellungen zu gestalten. Parteien und Politiker haben dabei Recht und politischen Stil zu achten.

Die Parteien - und mit ihnen auch der demokratische Staat - leben vom unentbehrlichen ehrenamtlichen Engagement vieler Bürger. Ihr Engagement für die Demokratie nützt allen.

Parteiarbeit ist aktive Mitarbeit in der Demokratie. Sie erfordert aber Bindungsfähigkeit, Engagement und Kompromißbereitschaft in verlässlichen Organisationen und Strukturen. Parteiorganisation bleibt deshalb unverzichtbar: Sie kann sich nicht auflösen, aber sie muß offen sein.

Parteiarbeit muß ein offenes Forum bieten für Gespräche auch mit Personen und Gruppen, die der Partei mit kritischer Sympathie, distanziert oder kontrovers entgegnetreten. Ohne Sensibilität für geistige, kulturelle und gesellschaftliche Entwicklungen hätte die CSU ihre Erfolge nicht erzielen können. Die CSU will durch projekt- und themenorientierte Parteiarbeit Bürger, die nicht Mitglied werden wollen, verstärkt informieren und in die Meinungsbildung einbinden. Eine verstärkte Öffnung der Partei soll auch die Chancen für Wechsel und Austausch von Führungspersonal zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft verbessern.

Die demokratische Mitwirkung ist innerparteilich zu stärken. Die CSU will die Nominierung von Direktkandidaten bei allen Wahlen in Bund und Ländern auf eine breitere Basis stellen. Wir erwarten uns davon ein erhöhtes Engagement und offenere Meinungsbildung in der Partei. Die CSU tritt für eine Modifizierung des Bundestagswahlrechts nach bayerischem Muster ein. Die Wähler sollen ihre Zweitstimme einem Kandidaten ihres Vertrauens auf der Landesliste geben können. Damit soll der Einfluß des Bürgers auf die personelle Zusammensetzung des Bundestages verstärkt werden. Zugleich unterstützt die CSU ein persönlichkeitsbezogenes Europa-Wahlrecht. Wie bei der Bundestagswahl ist ein Teil der Mitglieder des Europäischen Parlaments in Wahlkreisen direkt zu wählen. Das ermöglicht bessere Kontakt- und Ansprechmöglichkeiten der Abgeordneten und baut die Anonymität Europas ab.

Wachsende Offenheit der Partei, ständig bewiesene Sensibilität für gesellschaftliche Entwicklungen und kompetente Führungsfähigkeit sehen wir als Chance, neues Vertrauen und neues Personal für politische Ämter und neue Zustimmung zur Parteiendemokratie zu erschließen. Die CSU appelliert deshalb an alle Bürger, sich den politischen Aufgaben in der Gemeinde, im Land und im Bund nicht zu entziehen. Demokratie geht alle an und bedarf des Engagements vieler.

Föderalismus - Ordnung der Vielfalt

Föderalismus ist ein gewaltenteilendes, identitätsstiftendes staatliches Ordnungselement in Deutschland. Föderalismus teilt die Macht im Lande, sichert die Vielfalt demokratischer Meinungsbildung.

Föderalismus ermöglicht eine demokratische Ordnung der Lebensverhältnisse, bewahrt die kulturelle und geistige Vielfalt in Deutschland und verhindert Provinzialisierung und Zentralismus. Lebendiger Föderalismus setzt leistungsfähige Länder voraus.

Auch aus historisch gewachsenem bayerischen Staatsbewußtsein tritt die CSU mit Nachdruck für eine Stärkung des Föderalismus in Deutschland und Europa ein. Die CSU will die Eigenstaatlichkeit der Länder bewahren. Sie will ihren eigenständigen Entscheidungs- und Gestaltungsspielraum erhalten und ihnen alle Aufgaben übertragen, die sie selbst bewältigen können.

Selbstverwaltung und Mitverantwortung

Das Bedürfnis der Bürger nach Überschaubarkeit und Kontrollierbarkeit im Staat wächst im Zuge der Europäisierung und Internationalisierung von Politik und Recht. Die CSU will deshalb eine staatliche Ordnung, in der Aufgaben und Probleme möglichst bürgernah gelöst werden. Kommunale Selbstverwaltung und subsidiäre Aufgabenverteilung zwischen den Ländern, dem Bund und der Europäischen Union sind dafür die beste Grundlage. Nur so findet sich der Bürger in verschiedenen Identitätskreisen wieder. Bodenständigkeit ist kein Widerspruch zu Weltläufigkeit, sondern deren Wurzel.

Durch die kommunale Selbstverwaltung kann der Bürger sein eigenes Lebensumfeld weitestmöglich selbst mitgestalten und mitverantworten. Aus dieser Mitgestaltung und Mitverantwortung erwächst Heimatverbundenheit und Bürgersinn. Die CSU tritt deshalb für eine leistungsfähige kommunale Selbstverwaltung ein, die alle Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft eigen verantwortlich erfüllt und möglichst viele Staatsaufgaben bürgernah wahrnimmt.

17. Bürger und Staat: Freiheit und Verantwortung für inneren Frieden und Gerechtigkeit

Die staatliche Einheit der Deutschen Nation ist wieder gewonnen. Das in gemeinsamer Geschichte, Kultur und Sprache verwurzelte Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen hat den sozialistischen Verzicht auf Nation und Einheit im östlichen und westlichen Teil unseres Vaterlandes überwunden. Für die CSU ist die Wiedergewinnung der nationalen Einheit und gleichwertiger Lebensverhältnisse für alle Deutschen die überragende politische Aufgabe. Innerer und sozialer Friede in ganz Deutschland erfordert die Solidarität und Teilungsbereitschaft aller.

Unser Staat ist die Rechts- und Friedensordnung einer Gesellschaft freier verantwortlicher Bürger. Bürgerrechte und Freiheiten wurden im Kampf gegen den absolutistischen Staat erkämpft. Menschenrechte und Grundrechte sind in ihrem Wesensgehalt politisch und rechtlich unantastbare Grundlagen unserer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung. Die Bürger der Bundesrepublik Deutschland haben im historischen und internationalen Vergleich ein Höchstmaß bürgerlicher Rechte und Freiheiten. Dies wird die CSU auch in Zukunft bewahren.

Rechtsstaat - Voraussetzung der Freiheit

Ziel der Rechtspolitik der CSU ist die Bewahrung und Stärkung des demokratischen Rechtsstaats. Das Rechtsbewußtsein der Bürger sowie der Konsens und die Akzeptanz über die Grundwerte unseres Staates und Akzeptanz des Rechts sind seine Grundlagen. Deshalb betrachtet es die CSU als Aufgabe der Rechtspolitik, die Bürger vom Wert und von der Unverbrüchlichkeit des Rechts zu überzeugen. Rechtsstaatlichkeit ist nur möglich, wenn jeder die Freiheit und die Rechte seiner Mitmenschen und die Gemeinschaftsbezogenheit des Rechts anerkennt und achtet. Das Recht gewährleistet nicht nur Gestaltungsspielraum für den Bürger, es muß ihn notwendigerweise auch begrenzen.

Die rechtsstaatlichen Verfahrensordnungen müssen der Gerechtigkeit und dem Rechtsfrieden dienen. Sie sind dazu da, Entscheidungen herbeizuführen, nicht zu verhindern. Wo Verfahrensregelungen zum formalen Selbstzweck werden, nicht dem Ziel einer gerechten Entscheidung dienen, sondern zur rücksichtslosen Durchsetzung von Individualinteressen mißbraucht werden, leidet das Rechtsbewußtsein der Bürger und ihr Vertrauen in Politik und Staat. Der Rechtsstaat muß handlungsfähig bleiben. Nur schnelles Recht ist auch gutes Recht.

Die CSU hält deshalb eine Vereinfachung der Prozeßordnungen, einen möglichst weitgehenden Ersatz von Kollegialgerichten durch Einzelrichter und eine Beschränkung der Rechtsmittelinstanzen für notwendig. Im Interesse des Rechtsfriedens und der Effizienz des Verwaltungshandelns müssen die Heilbarkeit von Verfahrensfehlern und Ausschlußfristen für Einwendungen erweitert werden. Die Beteiligung von Bürgern im Verwaltungsverfahren ist auf rechtlich Betroffene zu beschränken.

Freiheit mit Verantwortung zur Eigenvorsorge nutzen

Freiheit ist mehr als der Schutz vor staatlicher Willkür. Freiheit begründet auch Verantwortung. Rechte begründen auch Pflichten. Deshalb braucht ein freiheitlicher Rechtsstaat verantwortungsbewußte und verantwortungsbereite Bürger. Die CSU fordert und fördert im weitestmöglichen Umfang Bürgersinn und Bürgerverantwortung. Dabei ist ehrenamtliche Arbeit besonders zu würdigen. Welche Lebensaufgaben nur der Staat zu bewältigen vermag und welche in Eigenvorsorge bewältigt werden können, ist immer wieder zu prüfen. Die CSU tritt für größtmögliche Freiheit und Verantwortung des Bürgers ein.

Einzelinteressen und Gemeinwohl stehen in einem Spannungsverhältnis. Das Gemeinwohl ist mehr als die Summe organisierter Interessen. Zum Schutze der Schwachen und Nichtorganisierten hat der Staat die Pflicht, das Gemeinwohl gegen lokale oder berufsständische Interessen durchzusetzen. Die CSU wird deshalb auch Freiheit und Gemeinwohl gegen mächtige und gut organisierte Interessenverbände durchsetzen.

Abbau von Staatsaufgaben

Seit Gründung der Bundesrepublik wurden die Staatsaufgaben ständig vermehrt. Die Anwendung technischer Produkte und Verfahren wurde zunehmend reglementiert und kontrolliert. In Deutschland hat sich eine Absicherungsmentalität entwickelt, die durch Überreglementierung die Dynamik der Wirtschaft, die Innovationsfähigkeit der Gesellschaft und die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit des Staates bis zu seiner Selbstlähmung beeinträchtigt. Überzogenes Sicherheitsdenken erfordert letztlich mehr Gesetze und Bürokratie.

Die gezielte politische Entwertung von Grundtugenden des menschlichen Zusammenlebens seit den sechziger Jahren hat verbunden mit der wachsenden Anonymisierung des Lebens zu gesellschaftlichen Defiziten geführt, die durch eine Ausweitung der staatlichen Aufgaben kompensiert werden mußten. Zu wenig Gesetzestreue erfordert mehr Polizei, Staatsanwälte und Richter. Zu wenig Erziehung erfordert mehr Kinder- und Jugendhilfen. Zu wenig Leistungsbereitschaft erfordert mehr Arbeits- und Sozialverwaltung. Die CSU will eine Revitalisierung der Gesellschaft. Nur größtmögliche Leistungsbereitschaft des einzelnen und Innovationsfähigkeit der Gesellschaft sichern Wohlstand und Sicherheit. Die CSU wird die Staatsaufgaben auf das Nötigste begrenzen und der Initiative und Leistungsfähigkeit des Bürgers größtmöglichen Raum sichern. Das ist ein Gebot der Freiheit.

Rechtsordnung im europäischen Wettbewerb

Je mehr Europa zu einer politischen Union zusammenwächst, um so mehr stehen auch die Staats- und Rechtsordnungen der Mitgliedsstaaten in einem Wettbewerb. Dies gilt auch für die öffentliche Verwaltung und die Verwaltungsverfahren. Die zunehmende Verdichtung unserer Rechtsordnung erschwert auch die Aktions- und Reaktionsmöglichkeiten der Wirtschaft auf Veränderungen des Weltmarktes. Nur die bestmöglichen Rahmenbedingungen für eine innovative Wirtschaft garantieren Wohlstand und Fortschritt. Während sich die Innovationszyklen industrieller Produkte zunehmend verkürzen, verlängern sich die zu ihrer Herstellung zum Teil notwendigen administrativen Prüfungs- und Genehmigungsverfahren. Die CSU wird den Wettbewerb um die beste Rechtsordnung für Bayern und Deutschland in Europa annehmen. Die CSU will das Netz gesetzlicher und administrativer Normen entflechten, ohne berechnete Schutzbedürfnisse der Bürger zu vernachlässigen. Die CSU ist entschlossen, den Wirtschafts- und Sozialraum Europa um eine europäische Innen- und Rechtspolitik zu erweitern, soweit dies nach dem Grundsatz der Subsidiarität für ein Mindestmaß einheitlicher Lebens- und Rechtsverhältnisse in Europa notwendig ist.

Leistungsfähiger öffentlicher Dienst

Der demokratische Rechtsstaat braucht einen leistungsfähigen und bürgernahen öffentlichen Dienst, dessen Mitarbeiter ihm loyal dienen. Ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst ist das Rückgrat einer Wirtschaftsordnung, des Rechts- und Sozialstaates. Das setzt qualifizierte und leistungsgerecht vergütete Mitarbeiter und optimale Organisationsstrukturen voraus. Die Beschleunigung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels stellt die Verwaltung vor immer neue Aufgaben. Organisation und Personalausstattung müssen diesem Wandel angepaßt werden. Die CSU will dazu das Dienst recht flexibler und leistungsgerechter gestalten. Hoheitliche Aufgaben sind Beamten vorzubehalten, damit der Staat in innenpolitischen Auseinandersetzungen handlungsfähig bleibt.

Innere Sicherheit - soziale Dimension der Freiheit

Bürgerrechte und Bürgerfreiheiten werden heute nicht wie in der Vergangenheit durch Obrigkeitsstaat und Diktatur, sondern durch den verantwortungslosen oder verbrecherischen Mißbrauch von Freiheit und Rechtsordnung bedroht. Zunehmende Gewaltbereitschaft ist eine Folge des Schwundes ethischer Bindungen in der Gesellschaft. Dies und die international operierende und organisierte Kriminalität bedrohen die Sicherheit der Bürger. Sie untergraben das Rechtsbewußtsein des einzelnen und die Fähigkeit des Staates zu wirksamem Schutz. Die CSU ist entschlossen, die Handlungsfähigkeit des Staates nach allen Seiten, gegen die die Gesellschaft zersetzende Kraft des Verbrechens zu verteidigen. Nur ein rechtlich starker Staat vermag Liberalität und Freiheit in der Gesellschaft zu gewährleisten.

Innere Sicherheit ist nicht nur Voraussetzung der Freiheit, sie hat eine soziale Dimension. Wachsende Kriminalität droht die Gesellschaft zu spalten in einen kleinen Teil, der sich Sicherheit kaufen kann, und in einen überwiegenden Teil der Gesellschaft, der mangels staatlicher Autorität um körperliche Unversehrtheit, Eigentum und Vermögen fürchten muß. Die CSU will gleiche Sicherheit für alle Bürger. Polizei und Justiz müssen alle notwendigen und adäquaten Instrumente zur wirksamen Verbrechensbekämpfung erhalten.

Vergehen und Verbrechen dürfen sich nicht lohnen. Deshalb setzt sich die CSU für eine leistungsfähige, motivierte und als Autorität anerkannte Polizei ein.

Achtung des Glaubens in der pluralen Gesellschaft

Das Recht auf Religionsfreiheit ist unantastbar. Religionsfreiheit bedeutet nicht nur passive Toleranz gegenüber unterschiedlichen religiösen Lebensformen, sondern auch das Recht aktiver Verwirklichung eigenen religiösen Lebens. Die CSU sieht in den Kirchen und Religionsgemeinschaften eigenständige und unabhängige Gemeinschaften. Sie unterstützt ihren Beitrag zur Mitverantwortung und Mitgestaltung für das Gemeinwohl, insbesondere bei der Gewissensbildung, im sozialen Engagement und in der Erziehung. Die religiöse Verkündigung ist frei. Die Leistungen der Kirchen im gesellschaftlichen Dialog von Werten und Zielen sind unersetzlich. Das Recht der Kirchen und Religionsgemeinschaften, ihre Angelegenheiten selbständig zu ordnen, muß bestehen bleiben.

Bayern - weltoffen und ausländerfreundlich, aber nicht multikulturell

Bayern war und bleibt ein weltoffenes Land. Viele tausend Ausländer haben in den letzten Jahrzehnten in Bayern eine neue Heimat gefunden. Ausländische Arbeitnehmer haben in jahrelanger Arbeit hierzulande einen Beitrag zum Fortschritt Bayerns geleistet und sich persönlich die Grundlage für eine bessere Zukunft hier oder in ihrer Heimat geschaffen. Das will die CSU erhalten. Ihnen allen galt und gilt in gleicher Weise der Schutz und die Vorsorge dieses Staates.

Weltoffenheit, soziale Gerechtigkeit gegenüber allen Mitmenschen, aber auch Toleranz und Gewissensfreiheit sind die Kennzeichen christlich-abendländischer Kultur. Sie ist das geistig-werthafte Fundament für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Für die CSU ist die europäische weltoffene Kultur des Verstandes und des Herzens die Grundlage jeglichen politischen Handelns und friedlichen menschlichen Zusammenlebens. Christentum, Humanismus und Aufklärung gebieten Toleranz. Das wollen wir erhalten. Wertordnungen, die Toleranz nicht respektieren, schaffen Anlässe für tiefgreifende gesellschaftliche Konflikte. Daher lehnen wir die Selbstaufgabe in einer multikulturellen Gesellschaft ab.

Die EU steht als Wohlstandszone in Europa unter wachsendem Zuwanderungsdruck. In einem Wirtschafts- und Rechtsraum ohne Binnengrenzen lassen sich Wanderungen nur EU-weit beherrschen und regeln. Die CSU fordert deshalb eine gemeinsame europäische Asyl und Flüchtlingspolitik, die gesamteuropäischen Interessen dient. Sie lehnt eine unkontrollierte Zuwanderung in die dichtest besiedelten Regionen Mitteleuropas aus sozialen und ökologischen Gründen ab.

18. Europa: Frieden und Freiheit durch Zusammenarbeit sichern

Europa kann nur dann in Freiheit und Frieden weiterleben, wenn es die Kraft zur Einigung findet. Die Identität der deutschen Nation und die Eigenstaatlichkeit Bayerns bleiben erhalten. Die CSU strebt keinen europäischen Bundesstaat, sondern ein Europa der Nationen an.

Europa war und bleibt für die Christlich-Soziale Union nach den Katastrophen des Jahrhunderts eine grundlegende Voraussetzung für eine gesicherte Zukunft der europäischen Völker.

Nur ein bürgernahes, starkes und entscheidungsfähiges Europa bewahrt den Völkern unseres Kontinents ihre Unabhängigkeit und sichert ihre weltpolitische Handlungsfähigkeit. Die großen Zukunftsaufgaben Europas lassen sich mit den Mitteln des Nationalstaates allein nicht lösen. Europa muß gemeinsam Frieden und Freiheit sichern. Es kann nur gemeinsam die Sicherung unserer Exportmärkte erhalten, die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, vor allem gegenüber den technisch industriellen Hochleistungsregionen Nordamerika und Ferner Osten stärken und so den Wohlstand sichern.

Die wirksame Bekämpfung des international organisierten Verbrechens, die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen angesichts grenzüberschreitender Belastungen sowie die Eindämmung der Zuwanderung und eine verbindliche durchgreifende Regelung des Asylproblems können nur europäisch gelöst werden.

Einheit ist die Schicksalsfrage Europas

Die Vereinigung Europas ist deshalb für die Christlich Soziale Union die Schicksalsfrage an unsere Zukunft. Die grenzüberschreitenden Herausforderungen erfordern eine internationale Lastenteilung und die Zusammenarbeit in einer starken Gemeinschaft. Deutschland braucht seine Nachbarn und Partner. Sie wiederum brauchen Deutschland, dem aufgrund seiner Größe und wirtschaftlichen Leistungskraft eine wichtige Ankerfunktion in Europa zukommt. Die Schaffung der europäischen Union bekräftigt in der Zeit neuer gesamteuropäischer Möglichkeiten die Westbindung Deutschlands. Sie gewährleistet mithin auch nach dem Zusammenbruch des Kommunismus die Kontinuität von Verlässlichkeit und Berechenbarkeit deutscher Politik. Europas Vereinigung entspricht Deutschlands Interesse.

Einheit in Vielfalt

Grundlage der europäischen Zusammenarbeit wird auch in der künftigen Form der Gemeinschaft die Vielfalt der nationalen Identitäten bleiben. Bayern ist mit seiner über tausendjährigen Geschichte der älteste kontinuierlich bestehende Staat in Europa. In diesem Bewußtsein gründet das Bekenntnis der Christlich-Sozialen Union zum europäischen Einigungsprozess. Völker und Volksgruppen, Staaten und Regionen müssen an der Vereinigung Europas mitwirken, aber ihre Unverwechselbarkeit bewahren. Die historisch gewachsene bayerische Staatlichkeit wird deshalb in Europa weiterhin ihren wichtigen Platz haben. Die Christlich-Soziale Union wird die nationalen Interessen und die der Länder mit Nachdruck im europäischen Integrationsprozess vertreten. Das Ziel der europäischen Einigung heißt Einheit in Vielfalt.

Wir fordern daher für die Europäische Union nicht nur demokratische und soziale, sondern auch freiheitliche und föderale Strukturen, in welchen das Subsidiaritätsprinzip herrscht. Danach darf die Europäische Union Aufgaben nur dann übernehmen, wenn ihre Erfüllung auf europäischer Ebene im Interesse der Bürger unabweisbar notwendig ist und ihre volle Wirksamkeit nur auf Gemeinschaftsebene erreicht werden kann. Die nationalen, regionalen und lokalen Institutionen müssen einen eigenverantwortlichen Gestaltungsspielraum behalten, damit sachgerechte und bürgernahe Entscheidungen getroffen werden können.

Die Europäische Union wird nur lebensfähig sein, wenn sie von ihren Bürgern angenommen und unterstützt wird. Das erfordert vor allem auch den Abbau von Zentralismus und Bürokratismus beim Zusammenschluß Europas. Das Konzept der Christlich-Sozialen Union eines "Europas der Regionen" muß dabei eine prägende Rolle spielen. Die Christlich-Soziale Union setzt sich daher für folgende Strukturelemente einer europäischen Ordnung ein:

Die europäische Union muß föderativ gegliedert sein in Länder, Mitgliedstaaten, Europäische Union. Kompetenzen sind nach dem Subsidiaritätsprinzip zwischen Union, Mitgliedstaaten und den Ländern abzugrenzen. Europäische politische Entscheidungen müssen demokratisch legitimiert sein durch das Europäische Parlament und den Ministerrat der Europäischen Union. Das Europäische Parlament ist nach allgemeinem und gleichem Wahlrecht zu wählen. Die Länder bzw. Regionen müssen ein Initiativ- und Mitwirkungsrecht am europäischen Entscheidungsprozeß erhalten, soweit ihre Rechte und Interessen betroffen sind. Grundrechte sind zu schützen. Länder, Regionen und autonome Gemeinschaften müssen ein eigenständiges Klagerecht vor dem Europäischen Gerichtshof erhalten.

Die europäische Wirtschaftsunion ist eine große Chance für alle Völker Europas, die durch eine Währungsunion ergänzt werden soll.

Europäische Integration nach Osten

Zusammen mit unseren westlichen Partnern müssen wir Wege finden, den jetzt freien Völkern Mittel-, Ost- und Südosteuropas die geistige, politische und wirtschaftliche "Heimkehr" nach Europa zu ermöglichen. Es bedarf gemeinsamer Anstrengungen des gesamten Westens, den demokratischen Kräften in den ehemals kommunistisch beherrschten europäischen Staaten zu dauerhaftem Erfolg zu verhelfen. Die Christlich-Soziale Union sieht hier eine vordringliche gesamteuropäische Aufgabe. Die Stabilität der eigenen Währung, das Wachstum der eigenen Wirtschaft, die Sicherheit des eigenen Sozialsystems, aber auch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die ein wirkungsvolles Krisenmanagement mit einschließt, sind Voraussetzungen dafür, das die Europäische Union anderen zu helfen imstande ist. An dieser Einsicht wird die Christlich Soziale Union den deutschen Beitrag zur Einheit Europas ausrichten.

Im Blick auf das Scheitern des Kommunismus und die Demokratisierungsbewegung bei unseren östlichen Nachbarn stellen sich hier allen europäischen Völkern neue Aufgaben. Unsere Verantwortung und die wirtschaftliche und politische Vernunft gebieten eine enge Zusam-

menarbeit der EU-Staaten mit den Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas. Die Bemühungen dieser Staaten unseres Kontinents um Assoziierung oder Beitritt zur Europäischen Union werden von der Christlich Sozialen Union unterstützt.

Bewahrung der Volksgruppen- und Minderheitenrechte

Die Christlich-Soziale Union tritt für das Recht auf die angestammte Heimat als ein unabdingbares Menschenrecht ein und verurteilt jede Form der Vertreibung. Eine freiheitliche, friedliche und gerechte Ordnung in Europa erfordert zwingend die Schaffung eines international verbrieften Volksgruppenrechts und eines durchsetzbaren Minderheitenschutzes. Dafür wird die Christlich Soziale Union mit aller Kraft kämpfen, denn ohne Sicherung dieser Rechte wird es keine gerechte und dauerhafte Friedensordnung auf unserem Kontinent geben. Diese Rechte müssen vor dem Europäischen Gerichtshof einklagbar sein.

19. Deutschlands Aufgabe in einer Welt im Wandel

Mit dem Zusammenbruch der totalitären Systeme Osteuropas ist der Ost-West-Konflikt als bestimmendes Element der Weltpolitik weggefallen. Zahlreiche Spannungsfelder und Konflikte brechen nunmehr auf und müssen gelöst werden.

Deutschland ist vereint. Der europäische Integrationsprozeß schafft eine neue Qualität zwischenstaatlicher Zusammenarbeit. In der historischen Auseinandersetzung zwischen Freiheit und Sozialismus ist eine wichtige Entscheidung für die Freiheit gefallen. Sie auf Dauer zu sichern, ist die überragende politische Aufgabe. Auf dem Wege zu einer umfassenden Friedensordnung liegen jedoch neue Gefahren, die in den dramatischen Umwälzungen im östlichen Europa und in Teilen der Dritten Welt gründen.

Der grundlegende weltweite Umbruch der Machtverhältnisse, der Zusammenbruch des Kommunismus und der Sieg von Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft gegen Diktaturen, Einparteienherrschaft und Sozialismus ist das Ergebnis unserer grundsatztreuen Politik im Rahmen des westlichen Bündnisses. Sie war gleichermaßen gekennzeichnet von Festigkeit und Verständigungsbereitschaft. Die CSU hat für den Erfolg dieser Politik Beiträge von geschichtlichem Rang geleistet.

Orientiert an den christlichen Grundwerten ist sie stets und überall für die Würde des Menschen, seine Freiheit und seine Rechte eingetreten. Mit dieser geradlinigen und berechenbaren Politik hat die CSU entscheidend mitgeholfen, daß sich im ehemals kommunistischen Teil Europas die Reformer gegen die Reaktionäre durchsetzen konnten. An diesem Kurs hält die CSU fest. Um des Friedens und der unterdrückten Menschen willen akzeptiert sie den staatlichen Dialog mit totalitären und autoritären Machthabern, niemals aber macht sie gemeinsame Sache mit Unterdrückern.

Deutsche Interessen vertreten

Deutsche Außenpolitik hat deutsche Interessen zu vertreten. Bestimmend bleibt dabei die Achtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und der Menschenrechte, die Unterstützung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Damit korrespondieren wirtschaftliche Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Verantwortung für die Umwelt. Die Beachtung dieser Grundrechte fördert Frieden und Ausgleich. Eine Außenpolitik für Frieden und Ausgleich zum Nutzen Deutschlands und aller Völker entspricht unserer gewachsenen internationalen Verantwortung und geschichtlichen Erfahrung.

Die historische Entscheidung von Konrad Adenauer und Franz Josef Strauß für die Westbindung der Bundesrepublik Deutschland war von der Christlich-Sozialen Union maßgeblich mitbewirkt. Sie bedeutete nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges für die Menschen im freien Teil Deutschlands die Rückkehr in die Völker- und Wertegemeinschaft des westlichen Kulturkreises. Die Attraktivität der westlichen Wertegemeinschaft hat die historischen Umwälzungen in Osteuropa beschleunigt.

Diese deutsche Entscheidung ist unumkehrbar. Die CSU wird dafür kämpfen, daß diese Leitlinie der deutschen Außenpolitik unverändert bleibt: Die europäische und nordatlantische Einbindung Deutschlands ist die Grundlage für Frieden und Ausgleich in Europa, sie stärkt Europas Gewicht in der Welt. Einen deutschen Sonderweg außerhalb der westlichen Wertegemeinschaft darf es niemals mehr geben!

Die Außenpolitik der CSU will die Beziehungen zu den Nachbarstaaten Deutschlands intensivieren. Die deutsch-französische Freundschaft weist den Weg in eine friedvolle europäische Zukunft, in der die Grenzen ihren trennenden Charakter verlieren. Dieses gut nachbarschaftliche Einvernehmen wollen wir auch mit unseren östlichen Nachbarn erreichen. Hier kommt den Vertriebenen, den in Mittel-, Ost- und Südosteuropa lebenden Deutschen sowie der jungen Generation eine besondere Aufgabe zu.

Der Nachbarschaftsvertrag mit Polen kann dazu eine gute Grundlage bilden. Die Bestätigung der Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnische Grenze war der bittere Preis, damit die Einheit Deutschlands in den heutigen Grenzen mit Zustimmung unserer Partner im Westen und unserer Nachbarn im Osten erreicht werden konnte. Die Bestätigung ist gleichzeitig ein großer Beitrag Deutschlands für die Schaffung eines einigen Europa und ein friedliches Zusammenleben seiner Völker.

Die gemeinsame Aufarbeitung des Unrechts im Zusammenhang mit der Vertreibung Deutscher aus angestammten Siedlungsgebieten ist ebenfalls eine wichtige Grundlage für eine gedeihliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn. Die CSU

betrachtet Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit als unverzichtbare Grundlage der Verständigung. In enger Verbundenheit mit den deutschen Heimatvertriebenen, wie sie besonders durch die Schirmherrschaft des Freistaates Bayern über die Sudetendeutschen zum Ausdruck kommt, verfolgt die CSU zentrale Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen, für die in den Verträgen mit Polen und der CSFR noch keine befriedigenden Regelungen gefunden werden konnten, als Ziele deutscher Ostpolitik.

Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Minderheitenschutz müssen Grundlage des Umstrukturierungsprozesses in den früheren sozialistischen Ländern bilden, um den Frieden in Europa und der Welt zu sichern. Die Linderung der wirtschaftlichen Not und die Einführung marktwirtschaftlicher Ordnungen sind die Voraussetzungen für den Erfolg einer friedlichen Entwicklung. Unterstützung nicht nur materieller Art, sondern vor allem auch in Form von Beratung, von Vermittlung technischen und organisatorischen Wissens und Könnens sind gefordert. Das vereinte Deutschland kann diese Aufgabe nicht allein leisten, die CSU setzt sich dafür ein, daß sie in gemeinsamer Solidarität von der Gruppe der sieben stärksten Wirtschaftsnationen und den Mitgliedern der Europäischen Union wahrgenommen wird.

Die Sowjetunion ist untergegangen. Ihr militärisches Bedrohungspotential, vor allem durch Atomwaffen, ist geblieben. Durch Verträge und Zusammenarbeit mit den aus ihr hervorgegangenen Staaten ist sicherzustellen, daß Atomwaffen und andere Massenvernichtungswaffen nicht weiterverbreitet, sondern einer effektiven Kontrolle unterstellt und vernichtet werden.

Vereintes Deutschland mit größerer Verantwortung

Mit der Wiederherstellung der staatlichen Einheit hat Deutschland seine volle Souveränität wieder erlangt. Abhängigkeiten und Begrenzungen unserer politischen Handlungsmöglichkeiten, die durch die politische, ideologische und militärische Teilung unseres Landes und Europas bedingt waren, sind entfallen. Dieser erweiterte Handlungsspielraum und das künftig stärkere Wirtschaftspotential bedeuten stärkeren internationalen Einfluß, aber auch größere weltweite Verantwortung und Solidarität.

Die CSU tritt entschlossen für eine Politik ein, die auf Verteidigung der Demokratie, der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechts der Völker zielt, wo immer sie bedroht werden. Diese Aufgabe von hohem ethischen Rang darf das wirtschaftsstarke Deutschland mit seinen 80 Millionen Einwohnern nicht allein Partnern und Verbündeten überlassen. Zur Abwehr solcher Bedrohungen müssen die Deutschen ihren angemessenen Beitrag leisten. Zu Recht erwarten die Völkergemeinschaft und vor allem unsere Verbündeten, daß Deutschland mehr Verantwortung zur Friedenserhaltung und Friedensstiftung übernimmt. Mehr denn je beruht der Weltfriede auf kollektiver Sicherheit. Kein Staat kann Schutz erwarten, ohne Schutz zu gewähren.

Frieden und Freiheit in ganz Europa und der Welt

Allein das Bemühen um Partnerschaft und Zusammenarbeit kann zu einer auf Gleichberechtigung und Vertrauen ruhenden dauerhaften Friedensordnung in der Welt führen. Die CSU tritt deshalb für fruchtbare Zusammenarbeit und fairen Wettbewerb Deutschlands mit allen Nationen ein. Dabei müssen selbstverständlich unsere Interessen mit den regionalen Gegebenheiten und soziokulturellen Voraussetzungen in Einklang gebracht werden.

Nur die unbedingte Anerkennung der Menschen- und Minderheitenrechte schafft Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit. Ohne Minderheitenrechte ist kein echter Frieden möglich. Unser Einsatz für die Menschenrechte ist unteilbar. Das Völkerrecht muß von einem Recht souveräner Staaten zu einem Recht der Völker und Volksgruppen werden. Die CSU sieht in dieser Fortentwicklung des Völkerrechts eine politische und moralische Aufgabe deutscher Politik auf allen internationalen Ebenen und in allen internationalen Institutionen.

Die Vereinten Nationen sind als weltweite Einrichtung der Friedenssicherung und zum Schutz der Menschenrechte zu stärken. Das erfordert eine Reform der UN-Charta. Das Tätigwerden zum Schutz von Menschenrechten, insbesondere bei systematischer staatlicher Verfolgung mit Gefahr für Leib und Leben von ethnischen oder religiösen Minderheiten, ist keine widerrechtliche Einmischung in innere Angelegenheiten.

In den Teilen der Welt, wo noch autoritäre Verhältnisse herrschen, muß die Verwirklichung von Menschenrechten, marktwirtschaftlichen Strukturen und sozialer Gerechtigkeit Ziel unserer Außenpolitik sein. Dies ist der wirksamste Beitrag zur Beilegung immer noch schwelender regionaler Konflikte und zur Festigung des Weltfriedens.

Sicherung von Frieden und Freiheit

Die NATO ist der Garant für die längste Friedensperiode in Europa. Sie hat Westdeutschland Sicherheit und Partnerschaft mit den freien Völkern Westeuropas vermittelt. Gemeinsam mit unseren westlichen Partnern haben wir gegenüber den kommunistischen Diktaturen des ehemaligen Warschauer Paktes keinen Zweifel an unserer Entschlossenheit zur Verteidigung der westlichen Wertegemeinschaft aufkommen lassen und dadurch deutlich gemacht, daß wir uns militärischem Druck und politischer Erpressung nicht beugen. Zusammen mit unserer Dialogbereitschaft gegenüber den Staaten Osteuropas haben wir eine aktive und erfolgreiche Friedenspolitik betrieben. Sie hat die demokratische Entwicklung in damals kommunistischen Staaten Europas und einschneidende Abrüstungsmaßnahmen gefördert.

Das Nordatlantische Verteidigungsbündnis ist gegenwärtig die einzige intakte Sicherheitsstruktur in Europa. Sie ist das wichtigste Instrument zur Verhinderung einer Renationalisierung der europäischen Sicherheitspolitik, sowie zur Verhinderung oder zur Schlichtung denkbarer nationaler Konflikte.

Die KSZE kann dafür kein Ersatz sein. Ihre Aufgabe liegt in der Friedenserhaltung durch europäische Zusammenarbeit und in der Unterstützung der demokratischen und an Menschenrechten orientierten Entwicklung ehemals kommunistisch regierter Staaten. Dazu gehört die effektive Garantie der Rechte der nationalen Minderheiten und Volksgruppen auf internationaler und europäischer Ebene. Auch die WEU ist keine Alternative zur NATO. Sie hat ihre Aufgabe im Rahmen der Europäischen Union und stärkt den europäischen Pfeiler in der Nordatlantischen Allianz. Die NATO versteht sich seit ihrer Gründung in erster Linie als Wertegemeinschaft. Wir unterstützen daher den Dialog und die Kooperation der NATO mit den Staaten Ost- und Südosteuropas. Wir müssen ihnen Optionen zum Beitritt offenhalten.

Die USA werden ein maßgeblicher weltpolitischer Faktor zur Bewahrung des Friedens und zur Durchsetzung der Demokratie bleiben. Dazu gehört auch künftig eine nicht nur symbolische Präsenz amerikanischer Truppen in Europa.

Europa und die USA stehen in gemeinsamer weltpolitischer Verantwortung. Die NATO bietet dafür das vertragliche Fundament. Die zukünftigen Aufgaben der NATO liegen

- in der Konfliktverhütung durch Gewährleistung ausreichender und flexibler Verteidigungsfähigkeit angesichts fortbestehender Risiken für die Stabilität in Mittel-, Südost- und Osteuropa und in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion;
- in der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit den Staaten Mittel-, Südost- und Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion;
- in der Beteiligung an friedenserhaltenden und konfliktregelnden Maßnahmen im Auftrag der UNO oder der KSZE;
- in der politischen Abstimmung im Hinblick auf Sicherheitsrisiken und Konfliktpotentiale außerhalb des NATO-Bereiches;
- in der weiteren Förderung des Prozesses von Abrüstung und Rüstungskontrolle.

Aufgabe der Bundeswehr im Bündnis

Die CSU bekennt sich uneingeschränkt zum Friedensauftrag der Bundeswehr. Verteidigung von Frieden und Freiheit ist Bürgerpflicht. Deshalb hält die CSU an der Wehrpflicht fest. Die CSU wird eine allgemeine Dienstpflicht für Männer anstreben, wenn nur so die Wehrerechtigkeit gewährleistet werden kann.

Der Auftrag der Bundeswehr, den sie schon bisher vorbildlich erfüllt hat, bleibt bestehen: Freiheit schützen, Frieden sichern, Krieg verhindern. Umfang und Kampfkraft haben sich an der Bedrohungslage zu orientieren. Dazu gehört die Bereitschaft, die Bundeswehr auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen zur Erhaltung und Herstellung des Weltfriedens zusammen mit den Partnern in der Europäischen Union und der NATO einzusetzen.

Das Bild von Deutschland in der Welt

Deutschlands Ansehen in Europa und der Welt wird entscheidend davon bestimmt, welches Bild von Deutschland, seiner Geschichte, seiner Kultur und Gegenwart von der auswärtigen Kulturpolitik vermittelt wird.

Die auswärtige Kulturpolitik - oft als dritte Säule der Außenpolitik bezeichnet, aber vielfach als fünftes Rad am Wagen behandelt - steht nach der Vereinigung Deutschlands ebenfalls vor neuen Herausforderungen. Dabei kann sie, besonders auch im östlichen Europa und in Übersee, an bedeutende Traditionen anknüpfen. Die großen Leistungen deutscher Künstler, Gelehrter, Forscher und Philanthropen sind in vielen Ländern der Erde unvergessen. Das Interesse an der deutschen Sprache ist größer als je zuvor. Der internationale Kulturaustausch fördert dauerhafte und tragfähige Beziehungen zwischen den Völkern.

Sowohl das große deutsche Kulturerbe als auch die wesentlichen Schöpfungen unserer Gegenwartskultur müssen den Menschen im Ausland zugänglich gemacht werden, die sich dafür interessieren. Für Präsentationen im Ausland - das gilt gleichermaßen für literarische und wissenschaftliche Vorträge, Konzerte, Theateraufführungen oder Ausstellungen - sollen international oder zumindest national angesehene Persönlichkeiten oder Ensembles gewonnen werden. Selbstverständlich müssen auch junge, noch weniger bekannte Talente die Chance erhalten, im Ausland neue künstlerische Tendenzen darzustellen.

Im Hinblick auf die Verbreitung der deutschen Sprache bedeutet dies, daß stärkere Anstrengungen unternommen werden müssen, um durch Sprachkurse, Literaturhilfe (auch im wissenschaftlichen Bereich) und durch eine größere Anzahl von Deutschlehrern das gestiegene Interesse an der deutschen Sprache vor allem in Ost- und Südosteuropa zu befriedigen. Dies muß nicht in erster Linie durch neue Haus-

haltsmittel erfolgen, sondern kann durch Umschichtungen und neue Prioritätensetzungen in der auswärtigen Kulturpolitik erreicht werden.

Ein bevorzugter Adressat der deutschen auswärtigen Kulturpolitik sind die im Ausland lebenden Deutschen und die in Mittel-, Ost- und Südosteuropa lebenden deutschen Volksgruppen. Die zunehmende Aufgeschlossenheit unserer östlichen und südöstlichen Nachbarn für Europa muß zunehmend genutzt werden, das unverlierbare, jahrhundertalte deutsche Kulturerbe in der angestammten Heimat zu bewahren.

Die CSU wird darauf achten, daß die auswärtige Kulturpolitik im Rahmen der bundesstaatlichen Ordnung Deutschlands und der Kulturhoheit der Länder geführt wird.

20. Partnerschaft und Hilfe für eine Welt in Frieden

Deutschland und Europa müssen aus globaler Verantwortung und auch aus ureigenstem Interesse die Entwicklung der armen Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas verstärkt unterstützen. Die Hauptverantwortung für ihre Entwicklung tragen diese Länder selbst. Entwicklungszusammenarbeit kann immer nur Hilfe zur Selbsthilfe sein.

In diesen Ländern muß sich die Überzeugung durchsetzen: Je weiter ein Entwicklungsland auf dem Wege zu einer freiheitlichen, marktorientierten und sozialen Wirtschaftsordnung, zu politischer Stabilität, zu Demokratie und Achtung der Menschenrechte vorangeschritten ist, desto günstiger sind seine Voraussetzungen für Wachstum, soziale Ausgewogenheit und damit auch wirksamere Armutsbekämpfung.

Entwicklungszusammenarbeit verdient ihren Namen nur, wenn sie mittel- oder langfristig die Entwicklung des Empfängerlandes voranbringt. Das setzt ihren wohlüberlegten, den besonderen Gegebenheiten angepaßten Einsatz und entsprechende Eigenanstrengungen im Empfängerland voraus. Der Mensch selbst ist der entscheidende Motor jeder Entwicklung. Wir sehen daher in der Hilfe zur Selbsthilfe, in der Förderung der Privatinitiative und in weitgehend projektbezogenen Hilfen die wesentlichen Grundlagen der Entwicklungspolitik. Dazu gehört auch, daß knappe finanzielle Mittel nicht in Rüstung, sondern in Entwicklungsinvestitionen gehen.

Die CSU wird deutsche Entwicklungszusammenarbeit deshalb konsequent daran orientieren, inwieweit sich die betreffenden Regierungen um geeignete politische, wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen in ihren Ländern bemühen.

Wo wirtschaftliche und Entwicklungszusammenarbeit das Los der Menschen erkennbar verbessern, Hunger, Krankheit und Armut überwinden und zu wirtschaftlichem Aufschwung und politischer Stabilität beitragen, wird sich die CSU für verstärkte Entwicklungszusammenarbeit einsetzen. Länder, die vom Drogenanbau leben, müssen andere wirtschaftliche Perspektiven erhalten. Die Entwicklungszusammenarbeit leistet auch einen Beitrag zur Beseitigung von Fluchtursachen und Armutswanderungen.

Armutsbekämpfung

Umweltschutz und Bildung sind für die CSU zentrale Aufgaben der Entwicklungszusammenarbeit. Die Bekämpfung der Armut bedeutet insbesondere Sicherung der Ernährungsbasis, Förderung der Privatinitiative und der Selbsthilfeinitiative, Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sowie verstärkte Anstrengungen zur Eindämmung des Bevölkerungswachstums, das in vielen Entwicklungsländern dazu beiträgt, die Umwelt zu zerstören und den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt zu behindern.

Die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen ist die Voraussetzung jeglicher Entwicklung. Armutsbekämpfung bedeutet nicht zuletzt: verstärkt in die Menschen investieren. Bildung und Ausbildung ist das wichtigste Kapital. Die Grundbildung der breiten Bevölkerung ist eine entscheidende Voraussetzung für Entwicklung. Die partnerschaftliche Entwicklungspolitik der CSU wird mehr als bisher berücksichtigen, daß gewachsene Strukturen genutzt und nicht zerstört, kulturelle Identitäten gepflegt und nicht verschüttet, religiöse Gefühle respektiert und nicht verletzt werden.

Entwicklungspartnerschaft verlangt weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen, die den Entwicklungsländern die Chance einräumen, aus der internationalen Arbeitsteilung Nutzen zu ziehen. Abbau des Protektionismus und Hilfestellung bei der Bewältigung der Schuldenprobleme durch Strukturanpassung und Schuldenerleichterung sind dabei von besonderer Bedeutung. Der freie Zugang für Erzeugnisse aus Entwicklungsländern zum EU-Markt gehört zu den sinnvollsten entwicklungspolitischen Maßnahmen. Dabei sind die besonderen Belange der Landwirtschaft zu berücksichtigen.

Entwicklungszusammenarbeit ist aber nicht allein eine staatliche Aufgabe, sondern eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft. Dem Engagement der Kirchen, der nicht-staatlichen Organisationen und der politischen Stiftungen kommt dabei besondere Bedeutung zu. Die private Initiative ist auch in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas ein entscheidender Motor für Entwicklung. Deshalb trägt nicht zuletzt privatwirtschaftliche Zusammenarbeit erheblich zum wirtschaftlichen und sozialen Aufbau der Entwicklungsländer bei.

In der Nord-Süd-Zusammenarbeit müssen wir uns von der Vorstellung einer getrennten Entwicklung von Industrie- und Entwicklungsländern lösen. Die gegenseitigen Abhängigkeiten dieser Welt sind inzwischen unauflösbar. Außenpolitik gewinnt allmählich den Charakter

weltweiter Innenpolitik. Nach dem Willen der CSU muß deshalb Deutschland seine führende Rolle in der Welt für die globale Bewahrung der Schöpfung weiter ausbauen. In der Welt von morgen wird es keine Inseln des Wohlstandes mehr geben und keine Inseln, die für sich allein ökologisch intakt sind. Massenarmut und Hungerkatastrophen, Ozonloch und Treibhauseffekt, Zerstörung der Regenwälder und Ausbreitung der Wüsten zeigen das Ausmaß der internationalen Herausforderung.

Das Profil der CSU:

01. Die CSU ist eine Volkspartei

Die Christlich-Soziale Union ist eine Volkspartei im Dienste aller Bürger. Sie ist dem Gemeinwohl verpflichtet und steht allen Frauen und Männern offen, die bereit sind zur Mitarbeit in Gesellschaft und Staat. Parteien oder Gruppen, deren Handeln nur auf einen oder wenige Punkte beschränkt ist, sind dazu nicht in der Lage, weil sie den Ausgleich nicht suchen müssen und deshalb nicht zu gerechten und tragfähigen Entscheidungen kommen. Die CSU betreibt Politik für alle Schichten der Bevölkerung, bündelt die Einzelinteressen und führt sie in einem Konzept des gerechten Ausgleichs zusammen.

02. Die CSU betreibt Politik aus christlicher Verantwortung

Die CSU begründet ihre Politik und ihr Selbstverständnis aus der Verantwortung vor Gott und gegenüber dem Nächsten. Das Recht auf Leben und die Würde des Menschen sind ihre Leitbilder. Auf christlicher Grundlage entwickelt sie schöpferische Kraft für die Gestaltung des politischen Lebens und erhält die Motivation zum Einsatz für die Schöpfung, für Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit. Die CSU geht vom christlichen Menschenbild und von der christlichen Wertordnung aus. Deshalb weiß sie von der Begrenztheit und Unvollkommenheit des Menschen, und deshalb weiß sie, daß die politische Gestaltung der Welt letzte Vollkommenheit nicht erreichen kann.

Deshalb lehnt die CSU politische Ideologien ab, die sich als irdische Heilslehren ausgeben. In der Zusammenarbeit von Christen der beiden großen Konfessionen liegt eine der starken Wurzeln der CSU. Die CSU geht von der weltanschaulichen Neutralität des Staates auf der Wertordnung unserer Verfassung aus. Aus der christlichen Grundlage ihrer Politik leitet die CSU keinen politischen Absolutheitsanspruch ab. Sie steht allen offen, deren politische Vorstellungen mit der christlichen Wertorientierung vereinbar sind.

03. Die CSU ist einer Politik der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet

Die christliche Wertordnung verlangt soziales Handeln gegenüber den Mitmenschen. Den Schwachen helfen, ist christliches wie politisches Gebot. Deshalb ist die Bewahrung und Festigung des Sozialstaates eine vorrangige Aufgabe. Dabei orientiert sich die CSU an der Eigenverantwortlichkeit des einzelnen Menschen, jede Hilfe muß zuerst Hilfe zur Selbsthilfe sein. Chancengerechtigkeit und sozialer Ausgleich sind die Maßstäbe, nicht lähmende Gleichmacherei oder staatliche Bevormundung. Für die CSU besteht zwischen Sozialer Marktwirtschaft und sozialer Leistungsfähigkeit ein unauflösbarer Zusammenhang. Die Leistungsfähigkeit jedes einzelnen und der Wirtschaft setzen sozialen Ansprüchen Grenzen. Verteilt werden kann nur, was vorher erwirtschaftet worden ist. In der Wahrnehmung ihrer sozialen Verantwortung orientiert sich die CSU in besonderer Weise an den Grundsätzen der Personalität, der Subsidiarität und der Solidarität. Die CSU ist ganz bewußt eine Christlich-Soziale Union.

04. Die CSU ist eine konservative Partei

Die CSU ist einer dauerhaften Wertordnung verpflichtet. Sie steht auf der Grundlage abendländischen Denkens sowie des geschichtlichen und kulturellen Erbes unseres Volkes. Tradition und Heimat, Sprache und Kultur geben dem einzelnen Geborgenheit und der Gemeinschaft Identität. Dies ist Grundlage für offenes Denken, für abgewogenen Fortschritt, für notwendige Veränderung und ein verantwortbares Wachstum. Für die CSU ist Fortschritt nicht Selbstzweck, er muß stets im Dienste der Menschen und der nachfolgenden Generationen stehen. Es gilt: Veränderung nicht um jeden Preis und nicht zu jedem Ziel, sondern nur zum Besseren. Die CSU ist deshalb auch eine konservative Partei.

05. Die CSU ist die Partei der Freiheit

Die CSU ist eine liberale Partei, weil sie für die Freiheit des einzelnen eintritt, staatlichen Zwang auf das Notwendige beschränkt und kollektivistische Vorstellungen ablehnt. Die CSU ist die Partei einer wehrhaften Demokratie und eines starken Rechtsstaates. Nur ein Staat, der sich seiner inneren und äußeren Feinde wirksam erwehrt, kann ein liberaler Staat sein. Nur in diesem Rahmen kann persönliche Freiheit verwirklicht werden. Deshalb ist unsere Politik der Sicherung der inneren und der äußeren Freiheit gleichermaßen verpflichtet. Persönliche Freiheit endet dort, wo die Rechte des Mitmenschen, die Belange der Gemeinschaft oder die natürlichen Lebensgrundlagen verletzt werden. Mißbrauchsmöglichkeiten bei der Durchsetzung egoistischer Einzelinteressen müssen beseitigt werden. Freiheit in Verantwortung ist auch das Leitmotiv unserer Wirtschaftsordnung. Deshalb treten wir für die Soziale Marktwirtschaft ein. Sie ist die bewährte Wirtschaftsordnung jenseits von Kapitalismus und Sozialismus.

06. Die CSU ist eine eigenständige Partei

Die Eigenständigkeit der CSU ist geschichtlich gewachsen und bewährt. Nur aufgrund ihrer politischen Unabhängigkeit konnte die CSU zur

einzigsten wirklichen und großen Volkspartei in Bayern werden und Wahlerfolge erzielen, zu deren Ausmaß und Dauer es bei keiner anderen demokratischen Partei und in keinem anderen Land Vergleichbares gibt. Sie hat die deutsche Nachkriegsgeschichte mitgestaltet und zum Auf- und Ausbau eines freiheitlich-demokratischen Deutschland mit unverwechselbarer Handschrift einen wesentlichen Beitrag geleistet. Die Selbständigkeit der CSU ist für ihr erfolgreiches Wirken für Bayern, Deutschland und Europa unerlässlich.

07. Die CSU ist eine bayerische Partei

Neben ihrer deutschen Verantwortung und europäischen Orientierung ist die Liebe zur bayerischen Heimat und ihren Menschen ein tragendes Element im Selbstverständnis der CSU. Sie schöpft ihre Identität aus einer mehr als tausendjährigen bayerischen Staatlichkeit und sieht in der Zukunftsgestaltung der bayerischen Heimat einen vorrangigen Auftrag. Der Stimme Bayerns im geeinten Deutschland und im sich einigenden Europa Gehör zu verschaffen, ist die besondere bayerische Verpflichtung der CSU. Als überzeugter Anwalt eines lebendigen Föderalismus tritt die CSU für die Durchsetzung dieses staatlichen Ordnungsprinzips auch in Deutschland und Europa ein. Wir arbeiten für ein modernes Bayern, das sich wirtschaftlich leistungsfähig und dynamisch, sozial gesichert, umweltfreundlich und ebenso traditionsbewußt wie fortschrittlich im weltweiten Wettbewerb behauptet. Unser Ziel ist klar: Bayern muß auch künftig liebenswerte Heimat für seine Bürger bleiben. Gerade die starke Verankerung der CSU in Bayern hält ihr alle deutschen Optionen offen.

08. Die CSU ist die Partei der deutschen Verantwortung

Die CSU hat sich vom Anfang ihres politischen Wirkens an ihrer nationalen Verantwortung gestellt. Das große Ziel der deutschen Einheit hat sie unbeirrt verfolgt, hat den Weg zur Einheit offengehalten, als die Anerkennung der Zweistaatlichkeit drohte, die historische Chance zur Einheit genutzt. Die endgültige Überwindung der Teilung unseres Vaterlandes ist unsere erste nationale Aufgabe. Die CSU sieht Bayern in der Schicksals- und Kulturgemeinschaft aller Deutschen. Wir werden nicht zu lassen, daß Deutschland Einwanderungsland wird. Die nationale Identität ist deshalb auch in einem geeinten Europa zu wahren. Die Wahrnehmung nationaler Verantwortung ist nicht Hindernis, sondern Voraussetzung für die europäische Integration, für unsere Einbindung in die Atlantische Allianz und für unsere Bereitschaft zu größerer außenpolitischer Verantwortung.

Die gemeinsame deutsche Verpflichtung erwächst auch aus der gemeinsamen deutschen Geschichte. Die CSU übersieht nicht die dunklen Kapitel und leugnet keine Schuld. Aber sie weiß auch, daß es Schuld nicht nur auf deutscher Seite gab und gibt. In dieser geschichtlichen Wahrheit gründet die Versöhnungspolitik der CSU.

09. Die CSU ist die Europa-Partei föderaler Ordnung, nationaler Identität und regionaler Vielfalt

Als Antwort auf nationalistische Irrwege und geschichtliche Katastrophen unseres Kontinents hat die CSU vom Tag ihrer Gründung an auf ein freies und geeintes Europa gesetzt. In einem Zeitalter globaler Verflechtung und weltweiter Aufgabenstellung kann kein europäischer Staat für sich allein die Interessen der Menschen wahren.

Deshalb will die CSU ein geeintes Europa, das außen wie sicherheitspolitisch die Kräfte seiner Länder bündelt und die Wirtschaftskraft der ganzen Gemeinschaft zum Wohle jedes einzelnen Landes stärkt und zusammenfaßt. Stabilität ist für uns der unverrückbare Maßstab einer gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsunion. Wir setzen lebendige Vielfalt gegen zentralistische Gleichmacherei. Europas geschichtlicher und geistiger Reichtum kann nur bei Wahrung der Identität seiner Nationen und der heimatgebenden Lebensfähigkeit seiner Regionen bewahrt werden. Föderalismus und Subsidiarität sind die Bausteine unseres Europas.

10. Für die CSU ist die Bewahrung der Schöpfung verpflichtender Auftrag

Die Bewahrung der Schöpfung, des menschlichen Lebens ebenso wie der natürlichen Lebensgrundlagen, ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Herzstück christlicher und konservativer Politik. Umweltpolitische Pionierleistungen Bayerns sind weltweit zum Vorbild geworden. Dennoch darf es in den Anstrengungen, auch kommenden Generationen natürliche Lebensgrundlagen zu sichern, kein Nachlassen geben. Dabei gilt, daß Vorsorge für die Umwelt Vorrang vor der Reparatur von Umweltschäden haben muß. Das Verursacherprinzip ist anzuwenden. Umweltgefahren und deren Bekämpfung kennen keine Grenzen. Deshalb tritt die CSU nachdrücklich für europäische und weltweite Zusammenarbeit ein, weil nur dadurch Bedrohungspotentiale verringert und grundsätzliche Korrekturen gefährlicher Irrwege möglich sind. Die Soziale Marktwirtschaft und ihr Instrumentarium bieten die beste Voraussetzung, Umweltschäden zu beheben und zu vermeiden. Der Ausgleich zwischen Ökologie und Ökonomie ist nicht Illusion, sondern Auftrag und Chance.

11. Die CSU ist die Partei der kämpferischen Mitte

Die parlamentarische Demokratie, der starke und liberale Rechtsstaat, die Soziale Marktwirtschaft und die föderative Ordnung sind für die CSU die Bauelemente unseres demokratischen Staates und die Markierung der politischen Mitte. Diese Mitte kann am besten von Volksparteien gesichert und auch für die Zukunft ausgebaut werden. Deshalb geht für uns die Ablehnung jedes Extremismus mit unserem Kampf gegen eine Zersplitterung des Parteienspektrums und gegen das Erstarken extremer Parteien Hand in Hand. Die Stabilität unserer Demokratie, das friedliche Zusammenleben der Bürger, allgemeiner Wohlstand und ein tragfähiges Netz sozialer Sicherheit sind nicht von extremen und egoistischen Randpositionen aus zu bewahren.

12. Die CSU ist lebendige politische Heimat für unser ganzes Volk

Das Miteinander der Generationen, die Zusammenarbeit aller Gruppen und Schichten der Bevölkerung, von Frauen und Männern, von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, von Mittelstand und Industrie, von freien Berufen, Selbständigen, Beamten und Bauern haben die CSU zu einer erfolgreichen modernen Partei sowie einer politischen Überzeugungs- und Kampfgemeinschaft gemacht. Diese Zusammenführung zu einem gedeihlichen Ganzen ist der richtige Weg nicht nur für eine Partei, sondern auch für Staat und Gesellschaft. Deshalb fordert die CSU alle Mitbürgerinnen und Mitbürger, denen das Gemeinwohl am Herzen liegt, zur Mitarbeit auf. Dieser Appell geht, weil Zukunft die wichtigste zeitliche Dimension der Politik ist, in besonderer Weise an die junge Generation, die trotz aller Herausforderungen so viele Chancen für sich und vor sich hat. Wer in der CSU mitarbeitet, arbeitet für die Menschen und ihre Zukunft.